DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

237 21. JAHRGANG Juni 2004 4,50 €

AUS DEM INHALT:

REGIONALE WÄHRUNGEN

In Bremen gibt es bereits den »Roland«, in Oberbayern den »Chiemgauer«, letzterer scheint sich immer größerer Beliebtheit zu erfreuen. Nun gibt es zwei weitere Initiativen, ein Rechtsanwalt aus Güsen plant den Genthiner »Zweitgroschen« und in Prenzlauer Berg (Berlin) soll ab September der »Berliner« in Umlauf kommen. Seite 2 und 12

HERRSCHAFT DER ALIENS

Der von uns dokumentierte Text entstammt dem Buch von Christoph Spehr: »Die Aliens sind unter uns – Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter«. Neben lebensnotwendigen Klärungen zum Alienismus im Allgemeinen findet sich dort auch Ausführliches zum Übergang vom traditionellen zum progressiven Alienismus sowie Berichte über die Widersacher des Alienismus und aus der Welt der PMKs – der »Postmodernen Kollektive« –, jener Gruppen, Projekte und Unternehmungen, die sich in den Ruinen der Wachstums-Ära rebellisch zusammenrotten, um sich irgendwie anders durchzuschlagen... Seite 3

EUROPA

Es darf mal wieder gewählt werden – neben Landtagswahlen ist dieses Jahr ein neues Stimmfanggebiet erschlossen worden: Europa. Unter Führung von Deutschland, Frankreich und England soll eine neue Weltmacht geschaffen werden – in mit allem, was eine moderne Herrschaftsstruktur braucht: Eine EU-Armee, Angriffskriege, erweiterte Rüstungsexporte, abgeschottete Grenzen, Sozialabbau und Europa-Patriotismus gehören zur Grundausstattung. Seite 4

JUBILÄUM

Das Umweltunternehmen Wagner & Co aus dem hessischen Cölbe begeht am 3. Juli seinen 25. Geburtstag mit einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel »Der Mitarbeiterbetrieb als Modell für die Wirtschaft?«. Die Solar-Aktivisten wünschen sich heiße Diskussionen einer, vielleicht doch noch möglichen, »alternativen Wirtschaft«. Alois Wilhelm stellt das geplante Programm vor auf Seite 5.

HAUS & GARTEN EG

Das Diakonische Werk/Netzwerk Diakonie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald bietet seit ca. zehn Jahren langzeitarbeitslosen Menschen Hilfen zur Rückkehr ins Erwerbsleben. Seit einiger Zeit sieht sie dabei genossenschaftliche Lösungen als besondere Chance. Eine Genossenschaft – Haus & Garten eG – wurde bisher erfolgreich initiiert und eingetragen. Eine weitere Genossenschaftsgründung befindet sich in Vorbereitung. Beide werden als Test für die Initiierung eines umfassenderen genossenschaftlichen Netzwerkes verstanden. Seite 13

www.contraste.org

»kein mensch ist illegal«

Selbstbestimmt gegen Abschiebungswahn

Wer sich die Landschaften des Widerstands und die darin im öffentlichen Interesse stehenden Zentren politischer Bewegung anschaut, stößt hinter den Fassaden auffallend oft auf einen Abklatsch dessen, was herrschaftsförmige Gesellschaftsformen schon immer auszeichnet: verfestigte Hierarchie und Absicherung der Führenden u.a. durch Taktieren und Manipulation. Die Folgen: »Monokultur« und schließlich Aufweichung emanzipatorischer Ziele. Der Verlust an Radikalität und Vielfalt wird wohl gerne hingenommen, wenn die scheinbar große wärmende Decke einer sogenannten Massenorganisation winkt. In dieser Ausgabe stellt CONTRASTE eine gelebte Alternative vor. Das antirassistische Netzwerk »Kein Mensch ist illegal!« ist ein Beispiel für eine emanzipatorisch organisierte Form der Widerständigkeit.

Sand im Getriebe. Aktion gegen das Anlegen des Lagerschiffes für Flüchtlinge. Köln Dezember 2002. Foto: arbeiterfotografie.com

von Michel Deutschewitz, Redaktion Köln ● Dies wird schon mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit des Projekts direkt deutlich: Ewig gleiche SprecherInnen sucht mensch ebenso vergeblich wie auf Führungsstruktur ausgerichtete Gremien und Instanzen. *Die »Leitmotive« der politischen Arbeit entspringen so auch nicht übergeordneten Vordenker*Innen, sondern dem gemeinsamen Bedürfnis, Rassismus und Aussortierung von Menschen nicht länger widerstandslos hinzunehmen. Um selbstbestimmte und unabhängige Politik praktisch werden zu lassen, hat sich das Netzwerk »immun gemacht« gegen »realpolitisch« agierende Lobbyvereinigungen und »süße« Gelder von der öffentlichen Hand.

kein mensch ist illegal

Dass es auch ohne festangestellte Funktionäre und staatliche Fördermittel möglich ist, dem rassistischen Normalzustand eine gehörige Portion Sand ins Getriebe zu schmeißen, zeigt die Kampagne mit beachtlicher Kontinuität schon seit geraumer Zeit. So vielfältig wie der Widerstand sind auch die Menschen der antirassistischen Gruppe. Einig sind sie sich in der unbedingten Notwendigkeit zum Widerstand gegen eine sich immer mehr offen nationalrassistisch und antisemitisch gebärdende Gesellschaft. Dabei stellt die Zusammenarbeit und der Dialog mit von der rassistischen Praxis direkt Betroffenen einen Schwerpunkt dar. In Analyse wie in der Praxis geht »kein mensch ist illegal« erheblich weiter als das Gros der antirassistischer Organisationen. Während sich viele Gruppen dieses Spektrums auf Rückzugsgefechte begeben haben, nur noch dass vielleicht erreichbare Minimalziel anvisieren, haben viele Aktionen des »kein mensch ist illegal«-Netzwerks ebenso eine widerständige Vision und Utopie von Gesellschaft zum Ziel. Klüngelei mit Politikern gibt es hier ebenso wenig wie den Missbrauch des Netzwerks für die Ziele politischer Profilierung von parteiähnlichen Organisationen und NGO's. Auch diesbezüglich ist »Immunität« eine wichtiges Werkzeug für kreativen und emanzipatorischen Widerstand!

Also Hände weg von der »Realpolitik«?! – Ja!, denn gerade das zeichnet eine selbstorganisierte, nichthierarchische politische Organisationsform aus, sonst droht die systemkonforme Übernahme!●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

KONGRESS DER BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS IN KASSEL VON »ANEIGNUNGS-AKTIONEN« BEGLEITET

Das Ende der Bescheidenheit

Samstag in Kassel: Als die Straßenbahn am Holländischen Platz zum Halten kommt, wird sie von über 150 Menschen umringt. Sie pappen mit viel Tapetenkleister bunte Plakate an die Bahn: »Solidarität mit Florida Rolf« und ähnliche Slogans sind darauf zu lesen. Ein junger Mann klebt einen gelben Sticker über den Fahrplan der Kasseler Verkehrsgesellschaft: »Zu teuer«. Dann fahren Dutzende ohne Ticket einer Innenstadtaktion unter dem Motto »Kassel umsonst« entgegen.

Jutta Sundermann ● Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) hatte für das Himmelfahrtswochenende unter dem Titel »Ende der Bescheidenheit« zu ihrem 27. Kongress an die Gesamthochschule Kassel eingeladen. Rund 800 Menschen kamen. In Workshops und großen Diskussionen setzten sie sich mit dem Begriff »Aneignung« und mit der Frage auseinander, ob dieser als Kampfparole gegen Neoliberalismus taugt. »Internationalismus muss heute vor der Haustür beginnen«, betonte Alexander Schudy vom BUKO-Sprecherrat. Aus Unmut über Sozialabbau könnten neue Formen des Widerstands entstehen. Was mit Massenbesuchen ohne Eintrittskarte in Schwimmbädern, Schwarzfahreraktionstagen oder kleinen Umsonstläden begann, wird in immer mehr Städten praktisch. »Berlin umsonst« oder »Hamburg umsonst« nennen sich die Initiativen, die den Kongress für die Planung gemeinsamer Aktivitäten nutzten.

Einhellig stimmten die Tagungsbesucher der Aussage zu, dass man der konzertierten Umverteilung von unten nach oben Widerstand entgegensetzen müsse. Nur über das Wie gibt es Differenzen, etwa über die Frage, ob sich mit Aktionen der »Aneignung von unten« Kapitalismuskritik wirksam artikulieren lässt. Ganz konkret gab es Debatten darüber, ob die Botschaft der mehrstündigen Innenstadtaktion am Samstag mit »kostenlosem Einkaufen« beim Bekleidungskonzern H&M trotz des »Sachschadens« und des folgenden Polizeieinsatzes vermittelbar sei. Aktivisten hatten dabei so gut wie sämtliche Waren einer Kasseler H&M-Filiale auf die Straße getragen.

Die prominenteste Einzelveranstaltung des Kongresses war das Podium am Freitagabend: »Osterweiterung der EU: osteuropäische Perspektiven internationalistischer Politik«. Gabriella Farkas vom Budapester Women's Study Centre, Anca Sandescu vom Peace Centre im rumänischen Cluj sowie Anna Rzymska von ATTAC Warschau berichteten über ihre Arbeit und ihre Annäherung an die linke Bewegung in Westeuropa. Die Diskussion zeigte, dass es zu gemeinsamer Praxis und gegenseitigem Verstehen noch ein weiter Weg ist. Sprachbarrieren, ökonomische Schwierigkeiten, unterschiedliche Traditionen und politische Kultur in Ost und West trügen dazu bei, »dass manche Linke hierzulande sich den Zapatistas in Chiapas näher fühlen als den Mitstreitern nur wenige hundert Kilometer östlich«, befand Gisela Neunhöffer, die die Veranstaltung moderierte. Dennoch zeigten der volle Saal und der Verlauf der Debatte, dass das Interesse aneinander groß ist.

Während des Kongresses stellte auch die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie ihre Arbeit vor und rief anlässlich des internationalen Tages der biologischen Vielfalt zu Aussaataktionen auf. »Widerstand keimt auf«, verkündeten ein großes Transparent und zahllose Flugblätter mit angehefteten Saatguttütchen. Die Kampagne streitet gegen die Demontage des weltweiten Bauernrechtes, Samen aus der eigenen Ernte wieder auszusäen. Im Zuge der Verschärfung geistiger Eigentumsrechte, von Patenterteilungen und Gentechnologie versuchen die großen Konzerne derzeit, sich die Kontrolle über alles, was angebaut wird, anzueignen. Gegen die Privatisierung des Gemeineigentums an Nutz- und Heilpflanzen und von traditionellem Wissen protestieren immer mehr Betroffene rund um den Globus. Während die Kampagne gegen Biopiraterie erst seit zwei Jahren arbeitet, konnte die BUKO-Pharma-Kampagne in Kassel bereits ihren 20. Geburtstag feiern. Das Theaterprojekt »Schluck und weg« entlarvte auf dem Kasseler Königsplatz das Treiben skrupelloser Pharmakonzerne.

Im kommenden Jahr soll in Hamburg an die Kasseler Diskussionen unter dem Motto »innere und äußere Landnahme – Kolonialismus und Imperialismus« angeknüpft werden.●

Aus: junge Welt, 24.5.2004

GÜSENER ANWALT GREIFT ERFOLGE MIT ERSATZWÄHRUNGEN AUF

Initiative plant Regionalgeld

Frank Jansky, Rechtsanwalt in Güsen (Jerichower Land), sucht Mitstreiter: Deshalb tourt er derzeit durch Schulen, Geschäfte und Behörden. Jansky will in Genthin ein Tauschgeld in Umlauf bringen, um damit die Region zu stärken. Verrückt? Nicht unbedingt. In Bremen gibt es bereits den »Roland« und in Oberbayern den »Chiemgauer« und in Berlin-Prenzlauer Berg soll es ab September den »Berliner« geben (siehe Seite 12 in dieser Ausgabe).

Von Oliver Schlicht (MRSA) ● Geldscheine extra für eine Region? Wer kontrolliert die Sicherheit? Ist das überhaupt erlaubt? Mit solchen Fragen geht Frank Jansky inzwischen redegewandt um. Seit der Güsener einen Beitrag im Hörfunk über das »Chiemgauer«-Projekt der Waldorf-Schule in der bayerischen Region gehört hat, lässt ihn das Thema nicht mehr los.

Und so funktioniert das Geldprojekt im Chiemgau, nach dessen Vorbild Frank Jansky auch den Genthiner »Zweitgroschen« organisieren will. Ein Verein wird gegründet, in den interessierte Bürger eintreten. An Ausgabestellen kann jeder Euro in »Chiemgauer« eins zu eins tauschen. In Geschäften oder bei Dienstleistern können Vereinsmitglieder den Eurowert mit »Chiemgauer« entrichten. Die »Chiemgauer«-Besitzer wiederum können damit woanders einkaufen oder das Geld an Ausgabestellen in Euro zurücktauschen. Bei Rücktausch werden allerdings fünf Prozent einbehalten. Zwei Prozent Bearbeitungsgebühr, drei Prozent kommen regionalen Vereinen oder Einrichtungen zugute, die der Rücktauscher bestimmen darf.

Im Chiemgau nehmen inzwischen 80 Unternehmen »Chiemgauer« in Zahlung, darunter 28 Lebensmittel-Anbieter, 11 Restaurants und Cafés, 12 Bekleidungsgeschäfte und fünf Buchhandlungen. Aber auch bei Gartengestaltern, in Pensionen, Physiotherapie-Praxen oder Ingenieurbüros wird der »Chiemgauer« akzeptiert. Sogar Weihnachtsgeld wurde in Firmen 2003 bereits in »Chiemgauer« ausgezahlt.

Im März fand im Chiemgau ein Bundeskongress mit 120 Teilnehmern zum Thema »regionale Komplementärwährung« statt. Es gibt seit der Euro-Umstellung Initiativgründungen und Vorbereitungen von Regiowährungen in allen Bundesländern. Alle eint die Idee: Mit dem regional begrenzten Tauschgeld fließt das Geld nicht aus der Region fort. Jansky: »Das Gros der Ausgaben, die wir tätigen, fließt doch heute in Konzernkassen, die weit weg sind. Bleibt es aber hier, profitiert der Bioladen vom Fleischer, der Fleischer vom Friseur, der Friseur vom Buchhändler und so weiter.«

Die Idee vom Regionalgeld wurde nicht im Chiemgau geboren. Im österreichischen Wörgl brachte die Gemeinde Anfang der 30er Jahre ein Regionalgeld heraus und erlebte während der Weltwirtschaftskrise einen wirtschaftlichen Aufschwung. In Bielefeld können Sozialleistungen aus »Bethel«-Werkstätten mit einem »Bethel«-Euro bezahlt werden. Seit Oktober 2001 wird in einigen Geschäften von Bremen auch der »Roland« akzeptiert. »57 Dienstleister und Geschäfte machen inzwischen mit«, berichtet Dietlind Rinke vom »Roland«-Verein. Probleme gibt es noch mit der Zirkulation: »Es gibt noch keinen wirklichen Kreislauf. Der Roland wird mehr in Euro und zurückgetauscht.«

Jansky kennt das Problem. »Es gibt eine kritische Masse, ab der die Zirkulation erst beginnt. Deshalb will ich in Genthin auch nicht mit vier, fünf Unternehmen anfangen. Hier müssen wir größer einsteigen.« Sogar eine Zusammenarbeit mit regionalen Geldinstituten hält er für möglich. Auch die würden schließlich unter dem »Geldabflussproblem« leiden. »Und warum sollte man nicht Sozialleistungen seitens der Kommune in der Regionalwährung auszahlen, um damit gleichzeitig ein Stück Wirtschaftsförderung zu leisten?«, fragt sich der Güsener Anwalt.●

Quelle: www.volksstimme.de

Kontakt: Rechtsanwalt Frank Jansky, Breiter Weg 48a, D-39317 Güsen, Tel. (03 93 44) 4 09 27, Fax 90 15, www.rajansky.de

AKTION 2004

Plenum

Vom 18. bis 20. Juni 2004 findet in Dresden das alljährliche CONTRASTE-Plenum statt. Auf dem Plenum werden die Schwerpunktthemen des nächsten Jahres festgelegt und es wird über eine qualitative Verbesserung unserer kleinen Zeitung diskutiert werden. Auch die Finanzen werden wie immer ein wichtiger Punkt sein.

Redaktion Heidelberg ● Im Oktober 2004 wird unser Projekt 20 Jahre alt. Traumziel unserer Spendenkampagne wäre, das bis dorthin unsere in diesem Jahr zu erwartende Dekkungslücke geschlossen wird. Bis zum Stichtag am 25.5.2004 gingen weitere 35 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Eine neue Fördermitgliedschaft und eine Aboumstellung auf Mitgliedschaft bringen uns zusätzliche 97 EUR ein, so dass wir noch 371,50 EUR benötigen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

● Tauschring Loisachtal (10 EUR)
● N.N. (25 EUR)

Herzlichen Dank!

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir können ein neues Fördermitglied begrüßen:

● Erasmus Schöfer, Köln (62 EUR)

Umgestellt wurde folgendes Abo:

● Luisa Pigarelli (80 EUR)

Auch hier herzlichen Dank!

Abokampagne 100+

Es gab ein neues Abo, eine neue Fördermitgliedschaft (s.o.) und keine Kündigung. Das Ziel der Abokampagne liegt jetzt bei 98+

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

KORREKTUR

Bei der Rezension »Lieber Tucker« (CONTRASTE Nr. 236, Seite 14) ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen: Der Autor des Beitrages ist Jan Koch und nicht, wie von uns angegeben, Uwe Timm.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2004

Das Zeitungsprojekt benötigt 371,50 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 98+ Neuabos

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

SÖL schreibt Karl-Werner-Kieffer-Preis 2004 aus

Minou Yussefi, Bad Dürkheim ● Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) schreibt in diesem Jahr erneut den Karl-Werner-Kieffer-Preis aus. Er wird seit 1996 alle zwei Jahre vergeben und erfolgt zum Gedächtnis an den Gründer der Stiftung, Karl Werner Kieffer (1912-1995).

Mit diesem Preis sollen Leistungen ausgezeichnet werden, die dem Schutz unserer Umwelt und der Förderung des ökologischen Landbaus dienen. In diesem Jahr soll der Preis an Personen bzw. Institutionen vergeben werden, die sich insbesondere mit dem Thema »Gesundheit und ökologische Lebensmittel« beschäftigen und sich in diesem Bereich engagiert haben.

Die eingereichten Bewerbungen sollten erfolgreiche und praktische Umsetzungen mit beispielhaftem Charakter aufweisen:

● Einsatz von ökologischen Lebensmitteln in Kliniken, Kurhäusern, Pflegeheimen o. Ä.
● Informationsverbreitung zum Gesundheitswertes ökologischer Ernährung.
● Informationsvermittlung zwischen den Berufszweigen Ökologie – Landbau – Ernährung – Medizin.

Der Preis kann Einzelpersonen und Institutionen verliehen werden.

Der mit 10.000 EUR dotierte Preis wird alle zwei Jahre vergeben. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 15. September 2004 eingereicht werden. Die diesjährige Preisverleihung findet am 26. November 2004 in Bad Dürkheim statt.●

Bewerbungen bitte an: Stiftung Ökologie & Landbau, Weinstraße Süd 51, D-67098 Bad Dürkheim, Tel.: (0 63 22) 98 97 00, Fax: 98 97 01, E-Mail: info@soel.de

Ausschluss: Die Mitglieder des Stiftungsrates, des Kuratoriums sowie des Vorstandes und die Mitarbeiter der Stiftung und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Weitere Informationen im Internet unter www.soel.de/projekte/kwkpreis_ueber.html

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

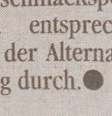
Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KURT'S SURF CENTER: MULTI-MEDIEN-MANIPULATION

Nachrichten nach Nachfrage



Vieles ist im Internet-Zeitalter anders geworden. Aber damit ist es nicht unbedingt besser geworden. Sicher, potenziell gibt es grenzenlose Freiheit, sich zu informieren oder Informationen zu senden. Nur bedeutet das gleichzeitig auch, dass es einen schier endlosen Infobrei zu geben scheint, in dem das eigentlich Wichtige untergehen kann. Der sprichwörtliche »Mainstream« triumphiert so oder so.

Übrig zu bleiben scheint als einzige Wahrheit die Erkenntnis aus der Dreigroschenoper, dass die einen im Schatten und die anderen im Licht stehen, gäbe die schöne neue Medienwelt nicht noch Anlass zu weit schlimmeren Befürchtungen. Diverse Nachrichtenportale angefangen natürlich von Microsoft über Yahoo, Google, My Way News, Paperball bis zu Newsclub kümmern sich nämlich rührend um uns und das, was wir sehen sollen. Zahlreiche Suchroboter durchforsten in ihrem Auftrag den scheinbar unendlichen Nachrichtendschungel und schauen nach Neuem und Aktuellen und listen dies dann im Web automatisch auf, gruppieren es und bewerten es.

Die Tücke liegt in genau diesem Vorgang: räumte Brecht uns immerhin noch die Möglichkeit ein, die im Licht zu sehen, wird uns sogar dies durch die automatische Nachrichtenverwurstelung abgenommen. Kombinieren wir dies mit den in dieser Rubrik schon wiederholt kritisierten Personalisierungsfunktionen des Netzes à la Amazon und Microsoft, die immerhin schon individualisierte Werbung zulassen, weil Kundenbedürfnisse erfasst werden, dann ergeben sich erschreckende Perspektive. Am Ende hören und sehen wir auf diese Weise auch nur mehr das, was wir hören und sehen wollen oder sollen. Das Internet wird zur Idiotenbrille, die Wirklichkeit und Wahrheit aber fällt unter den Tisch.

Gäbe es nicht Medienalternativen... Und die werden seit 5 Jahren in aller Öffentlichkeit bewertet und erhalten dafür auch einen alternativen Medienpreis in den Bereichen Radio und Internet. Das Nürnberger Radio Z (www.radio-z.net) und die dort ansässige Medienakademie (www.journalistenakademie.de) haben das organisiert. In diesem Jahr erhielt nach Radio »bauhaus.fm« aus Weimar und »Radio gAZelle« aus Wuppertal den dritten Preis – mensch höre und staune – ausgerechnet der »Bayerische Rundfunk« für einen Zündfunk-Beitrag über das »Antirassistische Grenzcamp Köln«.

»Otto Wolf von Amerongen, wenn auch nur im Bericht über eine Demo, als »Nazi-Hehler« zu bezeichnen, würde auch schon in einem alternativen Radio von Mut zeugen. Richtig provozierend oder »anstößig« wirkt dieses Eingangsstück aber in der Jugendsendung einer öffentlich-rechtlichen Radiostation, nämlich des Bayerischen Rundfunks. Diese Ungeschminktheit der Berichterstattung über eine »linke« Veranstaltung sichert nicht nur dem Berichterstatter Anerkennung, sondern mindestens ebenso der Redaktion des Senders«, so Radio Z in seiner Laudatio.

Dass es immer noch Menschen sind, die Medien machen erwies sich auch für den ersten Preisträger im Online-Bereich »Morgenwelt.de« als wichtig. Das bereits 1996 gegründete Online-Magazin war schon kurz vor dem Aus, bis Buchautor Jochen Wegner wesentliche Teile seines neuen Buches »Warum immer ich?« zur Vorveröffentlichung freigab. Seit Januar boomt die Morgenwelt wieder. Kein Wunder: der Autor ist bekannter Focus-Journalist.

Weitere Preise gingen an »literaturcafe.de« und die Infoladendatenbank »Dataspace« aus Leipzig (www.nadir.org/dataspace).

Wem Nachrichten überhaupt nicht passen, der kann sich an eine schlagkräftige Truppe aus Freiburg wenden. »Ermitteln – Beschlagnahmen – Aufklären!« ist das Motto der Geschmackspolizei (www.geschpo-freiburg.de) und entsprechend griff die Kabarettgruppe auch bei der Alternativen Medienpreisverleihung in Nürnberg durch.●

DIE FÜNF GESETZE DER ÖKONOMIE, DIE HERRSCHAFT DER ALIENS UND DIE REBELLISCHEN KOLLEKTIVE

»...und du machst die Wäsche!«

Früher war nicht alles besser, aber manches einfacher. Zum Beispiel gab es Leute, die über andere herrschten, aber sich nicht die Mühe machten, dies zu verbergen, sondern es ganz offen für natürlich und gerecht ausgaben – weil sie Fürsten waren, Weiße, Männer, Kapitalisten, was auch immer. Dann kam das demokratische Zeitalter, und mit ihm die Herrschaft der Aliens. Aliens? Doch, doch. Jene Wesen, die genauso aussehen wie wir selbst, mit Vorliebe aus unserer Mitte stammen, alles nur für die Vernunft, den Fortschritt oder die Umwelt tun und jeden Verdacht, sie würden über andere herrschen, strikt von sich weisen.

Der folgende Text entstammt dem Buch von Christoph Spehr »Die Aliens sind unter uns – Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter«. Neben lebensnotwendigen Klärungen zum Alienismus im Allgemeinen findet sich dort auch Ausführliches zum Übergang vom traditionellen zum progressiven Alienismus sowie Berichte über die Widersacher des Alienismus und aus der Welt der PMKs – der »Postmodernen Kollektive« –, jener Gruppen, Projekte und Unternehmungen, die sich in den Ruinen der Wachstums-Ära rebellisch zusammenrotten, um sich irgendwie anders durchzuschlagen...

Die fünf Gesetze der Ökonomie

Der beispiellose Aufstieg der Ökonomie zur Leitwissenschaft, den wir im demokratischen Zeitalter beobachten können, geht einher mit der völligen Entleerung dieser Wissenschaft von allem, womit man etwas anfangen kann. Gegen diese alienistischen Nebelbomben hilft es, sich immer wieder die grundlegenden Gesetze der Ökonomie zu vergegenwärtigen. Glücklicherweise sind es, entgegen der herrschenden alienistischen Lehrmeinung, nicht so viele.

Das erste Gesetz lautet, dass die Ökonomie keine innere Logik ihrer Fortentwicklung hat. Sie hat keine Geschichte. Nur das Soziale hat eine Geschichte, und die Ökonomie folgt ihr. In der Ökonomie hat man es nicht mit Naturgesetzen zu tun. Alle Gesetze sind gemacht. Die einzige unumstößliche Tatsache ist die, dass man Entscheidungen treffen muss, weil es Grenzen gibt; dass man nicht alles gleichzeitig haben kann. Aber die Art dieser Entscheidungen ist eine soziale Frage. Selbstverständlich bringt diese oder jene Art der Verfahrensregelung oder der Eigentumsregelung bestimmte Folgen hervor, aber deshalb wählt man sie ja auch oder lässt es bleiben. Im Alienismus gibt es z.B. keinen reinen Kapitalismus mehr, sondern eine Fülle staatlicher oder korporatistischer Steuerungen. Jedes ökonomische Projekt, mag es auch noch so klein oder banal sein, geht über den einzelnen hinaus und nimmt fremde Arbeit und Natur in Anspruch – Marius Müller-Westernhagen hat es auf den Punkt gebracht mit den unsterblichen Zeilen: »Baby, wenn ich in die Seiten dresche / spür' ich hier den Blues, und du machst die Wäsche« (aus »Geiler wär's schon«). Darum geht es, und die entscheidende Frage ist, wie die Inanspruchnahme fremder Arbeit und Natur geregelt wird, und wer darüber bestimmt. Aber das ist eine Frage sozialer Entscheidungen. Jedes ökonomische Gesetz ist nichts als eine Projektion sozialer Verhältnisse.

Das zweite Gesetz ist das ökonomische Gesetz der Diffusion. Es besagt: Unter den Bedingungen halbwegs freier Kooperation verteilt sich der gesellschaftliche Reichtum und verallgemeinert sich soziale Macht. (Die alltagsweltliche Formulierung dieses Gesetzes lautet: Man kann soviel Geld haben, wie man will, es ist immer weg.) Angehäufter Reichtum kann ohne Herrschaftsmittel nicht daran gehindert werden, nach allen Seiten »wegzurieseln«. Man kennt das: Ein Projekt kommt zu Geld, und sofort wollen alle Zulieferer das Doppelte. Dass Müllermilch mit seinem Reichtum die Zulieferer drücken kann, liegt nur daran, dass diese sich in einer Zwangslage befinden. Unter den Bedingungen freier Kooperation, wo das nicht der Fall ist, würden alle Zulieferer versuchen, mehr zu bekommen, weil sie ja wissen, dass Herr Müller es sich leisten kann. Die kapitalistische Preiskonkurrenz ist nur ein Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen und Alternativlosigkeit, ein Versuch der Umkehrung des »normalen« Gesetzes, dass derjenige härter verhandelt, der's dringender braucht. Trotzdem diffundiert Reichtum ständig. Deshalb ist in Metropolen alles teurer, deshalb wollen alle Migranten dennoch dahin: der Reichtum sickert durch die Ritzen.

Das dritte Gesetz ist das Gesetz der ungleichen Akkumulation und Allokation. Es lautet: Unter den Bedingungen erzwungener Kooperation – die Mitglieder können die Kooperation nicht zu einem vertretbaren Preis verlassen und haben zur Kooperation keine Alternative – wachsen sich kleine Unterschiede in Reichtum und Macht unweigerlich zu immer größeren Unterschieden aus. (Die alltagsweltliche Formulierung dieses Gesetzes heißt: Wo Geld ist, fließt Geld hin.) Reichtum diffundiert dann nicht, sondern wird bei einigen angehäuft; Macht diffundiert und wechselt dann nicht, sondern siedelt sich bei einzelnen an. Bleibende Vorteile in der Konkurrenz entstehen nicht durch Fähigkeiten oder Einfälle, sondern ausschließlich durch Reichtum und Macht. Eine Firma muss keine Ideen produzieren; sie kauft welche. Sie kann alles kaufen: Platz, Leute, Visionen, Fähigkeiten – Hauptsache, die Leute müssen sich verkaufen. Deshalb wird, wer mehr kaufen kann, auch besser sein. Billiger produzieren kann man nur dadurch, dass man Leute zwingt, billiger für einen zu arbeiten – was einen wiederum reicher und mächtiger macht, und so weiter. So läuft es.

Das vierte Gesetz ist das Gesetz vom Zusammenbruch sozialer Kooperation durch ökonomischen Kontakt. Es lautet: Wenn ein reiches und ein armes Kollektiv in ökonomischen Austausch treten, muss das ärmere Kollektiv die kollektive Autorität besitzen, die äußeren ökonomischen Beziehungen seiner Mitglieder zu begrenzen – oder es bricht zusammen. Da das reichere Kollektiv reich ist, sind individuelle ökonomische Beziehungen mit ihm lukrativer (auch wenn es nach seinen eigenen Maßstäben schlecht zahlt) als Beziehungen innerhalb des ärmeren Kollektivs. Dies führt jedoch nicht dazu, dass das ärmere Kollektiv insgesamt reicher wird, sondern bewirkt, dass dessen Substanz ausverkauft wird und seine soziale Kooperation zusammenbricht. Für das einzelne Mitglied des ärmeren Kollektivs ist jede einzelne ökonomische Beziehung zu dem reicheren Kollektiv attraktiver als die Perspektive des eigenen Kollektivs insgesamt. Die Individuen gehen also dazu über, ihre Natur und Arbeit immer weniger in das eigene, ärmere Kollektiv zu investieren, sondern immer mehr in das fremde, reichere. Das hat mehrere fatale Folgen. Erstens sind notwendige Güter und Leistungen im ärmeren Kollektiv nicht immer verfügbar, weil sie abwandern und nicht sofort in gleichem Maß zurückgekauft werden können. Die ökonomische Struktur wird »auseinandergenommen«, was nicht nur vorübergehende Probleme schafft, sondern nachhaltige Schädigungen. In Volkswirtschaften sterben Menschen an so etwas. Zweitens nehmen Reichtums- und Machtunterschiede im ärmeren Kollektiv sprunghaft zu, weil nicht alle in gleicher Weise Zugang zu (nach außen) verkaufbaren Gütern haben oder (nach außen) verkaufbare Leistungen anbieten können. (Auch daran kann man sterben.) Drittens fangen die gegenseitigen Austauschbeziehungen, ohne die keine soziale Kooperation existieren kann, an sich zu zersetzen, weil die gegenseitigen Verpflichtungen immer weniger eingelöst werden. All diese Faktoren verstärken sich gegenseitig – bis zu dem Punkt, wo die soziale Kooperation im ärmeren Kollektiv auseinander bricht.

Art Ringger: Ferien in 50 Jahren, 1986/Fototage 1993

Man kann das gut oder schlecht finden, aber es ist so. Man muss dabei nicht nur an die zusammenbrechenden Nationalökonomien denken, die in den 90er Jahren die Folge der Blockauflösung und der verschärften Globalisierung waren. Dasselbe spielt sich auch in Lebensgemeinschaften ab. Frauen wissen, dass Beziehungen mit Männern davon abhängen, dass deren ökonomische Außenkontakte auch begrenzt werden können.

Entscheidend dabei ist: Für alle diese Effekte ist es nicht notwendig, dass das reichere Kollektiv das ärmere »betrügt« oder durch seine Machtmittel einen ungleichen Tausch erzwingt. Auch wenn durchweg fair getauscht, gehandelt und kooperiert wird, ändert das nichts an der zersetzenden Wirkung dieses Gesetzes. Deshalb empfinden wir beim Kontakt mit einem reicheren oder mächtigeren Kollektiv Hoffnung und Schrecken. (Deshalb versteht ein Film wie »Independence Day« nichts von Aliens, aber einiges von Globalisierungsängsten.)

Das fünfte Gesetz – und damit auch schon das letzte – ist das Gesetz vom Scheidungsgewinn. Es besagt: Ökonomische Macht beruht wesentlich darauf, dass einem der Scheidungsgewinn zufällt. Ökonomische Theorie im Alienismus handelt typischerweise vom Zustandekommen ökonomischer Beziehungen, aber nicht von deren Lösung. Was passiert, wenn eine Kooperation endet? Zu Zeiten persönlicher Herrschaft (Könige, Diktatoren, Einheitsparteien etc.) ist dieser Fall häufig gar nicht vorgesehen. Die Kooperation geht bis zum Ableben. Im demokratischen Zeitalter ist die Aufkündigung oder Auflösung von Kooperation durchaus gängig. Und sie wirft die Frage auf, wer was mitnimmt. Da Arbeit eine kollektive und historisch gewachsene Angelegenheit ist, gibt es dafür keine Lösung, die »in der Natur der Sache« liegt. Da Marius Müller-Westernhagen seinen Blues nur schreiben kann, wenn ihm jemand die Wäsche macht, kann er sich im Scheidungsfall eigentlich nicht auf den Standpunkt stellen, dass ihm der Blues allein gehört, nur weil er ihn geschrieben hat. Wie die Tantiemen verteilt werden, ist eine soziale Frage. Wem der größere Teil des Scheidungsgewinns zufällt, dem fällt es auch leichter, die Kooperation zu verlassen. Und das bedeutet automatisch: er kann eher die Bedingungen der Kooperation diktieren. Im Idealfall einer freien Kooperation ist die Sache so geregelt, dass der Scheidungsgewinn von allen Beteiligten als gleich angesehen wird, und deshalb ist ihre ökonomische Macht in der Kooperation gleich. Die Frage nach dem Scheidungsgewinn lässt sich nicht durch die Forderung nach gleichem Eigentum ersetzen. Diejenigen, die über mehr Flexibilität verfügen oder sich mehr verwertbare Qualifikationen aneignen konnten, haben auch bei gleichem Eigentumsanteil einen höheren Scheidungsgewinn; eine freie Kooperation müsste dies gerade durch einen ungleichen Eigentumsanteil auszugleichen versuchen.

Das sind die fünf Gesetze der Ökonomie, die in jeder Wirtschafts- und Kooperationsform gelten. Sie wirken möglicherweise banal. Aber Ökonomie ist banal. Zu einer Geheimwissenschaft wird sie stilisiert, um diese Gesetze hinter der Fülle der Detailfragen zu verbergen.

Neoliberalismus und PMKs

Wie alle anderen ökonomischen Konzepte bestimmt sich auch der Neoliberalismus durch seine Haltung zu den fünf Gesetzen. Er leugnet die Tatsache, dass es keine Eigengesetzlichkeit der Ökonomie gibt; er bekämpft die Diffusion; er fördert die ungleiche Akkumulation; er unternimmt nichts gegen den ökonomischen Zusammenbruch und er fordert für seine Klientel den maximalen Scheidungsgewinn.

Dagegen zu rebellieren, ist der erklärte Anspruch der heutigen postmodernen Kollektive (PMK). Manchmal heißen sie auch Nichtregierungsorganisationen oder selbstverwaltete Projekte oder alternative Netzwerke. Ihr Verhältnis zum Neoliberalismus ist allerdings nicht ganz

Fortsetzung auf Seite 4

SELBSTORGANISATION IM ALLTAG

Schnorren, Sachspenden, Tauschen, »Dealen« Teil 5: Warum funktioniert es?

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag ● Es liegt nicht nur an dem Gespür für die richtigen Deals oder besonders kreativem Schnorren. Denn: Die SpenderInnen verfolgen eigene Interessen – doch was versprechen sich die SpenderInnen oder UnterstützerInnen? Das kann sehr unterschiedlich sein.

Spenden

● Kleine Sachspenden gehören zum guten Ton. Für gemeinnützige Zwecke, normalerweise Kindergärten, Feuerwehr, Rotes Kreuz hat jede Firma was auf Lager. Die Umweltaktiven machen sich mit einer Anfrage präsent und werden dann auch berücksichtigt. Auch HerstellerInnen haben meist einen solchen Bestand. Selbst größere Spenden gibt es oft ohne Gegenleistung.

● Einen Werbeeffekt durch die Spende sehen viele Geschäftsleute gern. »Wir wollen gerne unser Büro mit umweltfreundlichen Gegenständen ausstatten, wir haben da auch immer interessierten Publikumsverkehr« kann ebenso die Eintrittskarte ins Spendengespräch sein wie die Zusage, dass bei der Präsentation des Projektes die Presse auf die Unterstützung durch ... hingewiesen wird. Solche Zusagen aber nur dann machen, wenn es auch politisch und moralisch richtig erscheint, eine solche kleine Werbung für dieses Unternehmen zu machen.

● Bei der Zusammenarbeit mit HandwerkerInnen spielt oft die persönliche Sympathie die größte Rolle.

● SpenderInnen profitieren gerne von ihrem Entgegenkommen. Eine harmlose Variante ist die Spendenquittung. Dann können sie ihre Spende beim Finanzamt steuermindernd geltend machen.

Spende gegen Werbung

● Eine weitere Möglichkeit ist ein Sponsoring. Dabei wirbt die Firma mit ihrer Förderung des tollen Umweltprojektes. Sie kann das selber machen (in Presseinfos, auf ihren Produkten, in ihrem Geschäftsbericht) und/oder das Projekt nennt die Firma bei eigenen Veröffentlichungen, bringt den Namen (oder die Namen, mehrere können es auch sein) bei einer Präsentation irgendwie rüber. Jedoch: Vorsicht ist geboten. Der Sponsoringbereich ist in den letzten Jahren sehr groß geworden. Werbung für Konzerne kann politisch schnell fragwürdig sein – und wer seinen Etat davon abhängig macht, ist nicht mehr frei in den politischen Entscheidungen. Bei den großen NGOs ist das überall inzwischen der Fall!

● Sachspende öffentlich sichtbar: Wer einen Raum, ein Haus, ein Cafe, ein Infomobil oder etwas anderes, was öffentlich zugänglich bzw. sichtbar ist, schaffen oder ausstatten will, hat noch eine zweite Möglichkeit. Das Material kann am Ort für sich selbst werben (z.B. biologische Baustoffe). Bücher, Gruppenmaterial, Möbel, Solaranlagen und andere Umwelttechnik ... das und noch viel mehr kann so von Firmen kommen, die dann eine Werbung vor Ort haben. Das gilt natürlich nur für Material, dass politisch auch akzeptabel ist.

● Spenden von Geräten oder Baumaterial können an Ort und Stelle mit Werbung verbunden sein (dieses ... kommt von ...). So ist z.B. die Projektwerkstatt in Saasen gänzlich ohne Bankkredite, Abhängigkeiten und dauerhafte Zuschüsse von Papi Staat aufgebaut worden u.a. mit etlichen Materialien von baubiologischen Firmen, Solarbetrieben usw., deren Materialien jetzt im Haus zu finden und gekennzeichnet sind. Ein Öko-Lehrpfad durchs Haus zeigt, was zu finden ist. In der Bibliothek stehen Hintergrundmaterialien zu allen eingebauten Stoffen und Herkunftsadressen.

● Wer eine Zeitung hat, kann einfach Material gegen Anzeige tauschen. Oder, das geht dann auch bei Radiobeiträgen u.ä., die Materialien dann vorstellen – also wie ein Warentest. Das klappt sehr gut. Freianzeigen gegen Büromaterial, Bücher, Reparaturen etc!

Mit diesem Artikel ist die Reihe zu »Schnorren und Dealen« beendet. Wir hoffen, dass Einzelpersonen, Projekte und politische Gruppen die Tipps für ihre Praxis nutzbar machen können. Kritik, Ergänzungen und Weiterentwicklungen sind sehr erwünscht! Resonanz und Nachfragen bitte an: piratenutopie@web.de●

Wer Teile dieser Reihe verpasst hat oder alles im Zusammenhang lesen will, sollte auf www.projektwerkstatt.de/ von-unten vorbei schauen.

MILITARISIERUNG UND ANDERE GRÜNDE FÜR KREATIVEN WIDERSTAND GEGEN DIE EUROPAWAHL

Schafherden aller Länder vereinigt euch

Es darf mal wieder gewählt werden – neben Landtagswahlen ist dieses Jahr ein neues Stimmfanggebiet erschlossen worden: Europa. Unter Führung von Deutschland, Frankreich und England soll eine neue Weltmacht geschaffen werden – in mit allem, was eine moderne Herrschaftsstruktur braucht: Eine EU-Armee, Angriffskriege, erweiterte Rüstungsexporte, abgeschottete Grenzen, Sozialabbau und Europa-Patriotismus gehören zur Grundausstattung.

Espi, Redaktion Selbstorganisation von Unten ● In einer inzwischen von allen EU-Staaten verabschiedeten, verbindlichen Militärstrategie liest sich das so: »Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.«

Militarisierung der EU

Die Militarisierung der EU ist nur ein Teilaspekt des Projekts – aber einer, der überdeutlich zeigt, was hier eigentlich gespielt wird. In der EU-Militärstrategie ist zu lesen: »Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.« Auch Angriffskriege überall werden darin fest verankert: »Unser herkömmliches Konzept von Selbstverteidigung, dass bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.« Wenn der aktuelle Vorschlag zur EU-Verfassung können einzelne Staaten-Zusammenschlüsse innerhalb der EU sogar »autonom« für Menschrechte bomben (»strukturierte Zusammenarbeit«) ... die konkrete Form für die »Kern«-Europaidee, die überaschenderweise vor allem von deutschen und französischen Eliten propagiert wird.

Deutschland hat die Nase vorn

Mit 18.000 SoldatInnen stellt Deutschland das größte Kontingent für die EU-Interventionstruppe. Der Befehlshaber der EU-Armee wird ein deutscher General sein. Und sehr wahrscheinlich wird das »Operation Headquarter« das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow werden. Auf der Webseite der Bundeswehr gibt mensch sich wenig Mühe, die Ziele zu verdecken: »Diese Kräfte in Form einer europäischen Eingreiftruppe sollen für gemeinsame Einsätze der EU unabhängig von der NATO zur Verfügung stehen.«

EU-Wahlquark

Im Kern des Projekts geht es um die Ausdehnung von Herrschaft und Verwertung – die Wahl soll den Europäischen das Gefühl geben, irgendwie dabei mitbestimmt zu haben. Demokratische Systeme leben davon, dass Unmut immer wieder neu kanalisiert wird. Die tatsächliche Fremdbestimmung wird mit Wahlen, runden Tischen und der Einbindung der »Zivilgesellschaft« verschleiert.

Wie immer sind auch jede Menge linker Partein, die auch ein Stück vom Kuchen haben wollen. Was überhaupt daran sinnvoll sein soll, neue staatliche Herrschaftsstrukturen zu schaffen, erklärt niemand. Denn etwas anderes als eine Machtstruktur kann bei dem Projekt EU gar nicht heraus kommen – egal, ob sich die HardlinerInnen oder die »softeren« Herrschaften durchsetzen: Konkrete Menschen würden sich nie weder in Form von Nationen oder der EU organisieren – das sind immer Projekt der wirtschaftlichen und politischen Eliten, die über die Diskurse und völkischer Identitäten ihre Interessen durchsetzten (Sozialabbau ist z.B. sicher nicht das, was die lohnabhängigen Menschen in Europa wollen – die Lügen von notwendigen Reformen oder leeren Kassen sollen die Köpfe der Menschen vernebeln und die Zuspitzung von Ausbeutung verdecken). Die Beteiligung an der EU-Wahl ist bereits per se antiemanzipatorisch, weil ein Staatenbund überhaupt nichts anderes sein kann als eine Herrschaftsstruktur. Deshalb geht es nicht darum, Europa zu verhindern und am Nationalstaat festzuhalten, sondern für Alternativen jenseits von Staatlichkeit und völkischen Konstrukten zu kämpfen, in der Menschen tatsächlich selbstbestimmt und kooperativ zusammen leben können. Insbesondere linke Parteien sind aktiv daran beteiligt, dass diese Frage nicht gestellt wird: Sie kanalisieren Widerstand, indem Stimmabgabe als Protest verklärt wird oder zur Wahl des kleineren Haufen Scheiße aufgerufen wird. Sie verengen die Frage darauf, wer die Mega-Nation Europa regieren wird anstatt die sie dafür zu öffnen, wie eine Welt ohne Grenzen, Armeen, Markt und Staat aussehen könnte und wie wir damit anfangen könnten, erste Ansätze selbstbestimmten Lebens schon heute aufzubauen.

Ob Europa- oder Landtagswahl – sie alle werden Werbeshows für Stellvertretung, Kapitalismus und die aktuellen Verschärfungen sein ... mit erhebliche Aufmerksamkeit durch Medien usw. Genau deshalb bieten all diese Wahlen auch Möglichkeiten, mit kreativen Aktionen Gegenbilder zu demokratischer Herrschaft, Sozialabbau und Militarismus öffentlich zu machen: Vom veränderten Wahlplakat über Jubel-Orgien bei Politikerbesuchen, gefälschte Parteipropaganda bis hin zu Utopiezonen vor Wahllokalen oder verstecktes Theater beim Urnengang ... ein bunter, vernetzter Widerstand, der Visionen einer ganz anderen Welt thematisiert, erscheint uns viel sinnvoller als das Mitmachen beim Wahlquark.●

Weiterführendes im Netz

- Antiwahlseiten mit Anregungen für kreative Aktionen, Downloads und vielen Infos: www.wahlquark.de.vu – außerdem Bezugsquelle für die Macht Nix! Antiwahlzeitung ... mit zeitlosen Texten gegen Wahlen und Demokratie sowie vielen Aktionstipps.
- Sehr gute Infos zur Militarisierung der EU – leider kandidiert Tobias Pflüger inzwischen selber für die PDS: www.imi-online.de

BUNDESKONGRESS SOZIOKULTURELLER ZENTREN

elements of future

Redaktion Heidelberg ● Vom 18. bis 20. Juni 2004 findet im Kultur- und Kommunikationszentrum K4 in Nürnberg der Bundeskongress »elements of future« statt. Die Veranstaltung bringt Vertreter von bundesweit 450 Soziokulturellen Zentren und Initiativen sowie Wissenschaftler, Künstler, Kulturarbeiter und Kulturpolitiker zusammen.

Anlass der Konferenz ist das 25-jährige Bestehen der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.. Ziel ist es, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Qualität und gesellschaftlichen Bedeutung von Soziokultur zu schärfen, die Akteure zu stärken und noch besser zu vernetzen sowie Instrumentarien für eine zukunftsfähige Arbeit zu entwickeln.

In Referaten und Diskussionsrunden wird die Zukunft von Soziokultur in Bezug zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen gesetzt und beleuchtet. Um den regional unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Problemlagen gerecht zu werden, können die TeilnehmerInnen entlang ihrer eigenen Interessen bis zu 25 Arbeitsgruppen bilden und verschiedene Themen und Fragestellungen nach der Open-Space-Methode bearbeiten. Ein umfangreiches multimediales Angebot von Information und Unterhaltung sowie Möglichkeiten zu eigenen künstlerischen Aktivitäten runden das Programm ab.

elements of future steht unter der Schirmherrschaft von Christina Weiss, Staatsministerin für Kultur und Medien, und wird unterstützt vom Fonds Soziokultur, dem Kulturreferat der Stadt Nürnberg, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Kulturpolitischen Gesellschaft.●

Aktuelle Informationen:
http://kongress2004.soziokultur.de
Ort: K4, Kultur- und Kommunikationszentrum im Künstlerhaus Königstraße 93, D-90402 Nürnberg
Information und Anmeldung:
Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren, Lehrter Str. 27-30, D-10557 Berlin, Tel. (0 30) 39 74 45 90
E-Mail: kongress@soziokultur.de

KOMMENTAR

Größer und stärker?

Die Erweiterung der europäischen Union kann zu Recht als bedeutender historischer Schritt gesehen und auch gefeiert werden. Der Aufbau sozialer Marktwirtschaften und stabiler Demokratien, die Entwicklung von materiellem Wohlstand und sozialem Ausgleich, die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten, nicht zuletzt die Überwindung zwischenstaatlicher Gewalt – ein mit Blick auf die Kriegsgeschichte des Kontinents besonders zu schätzender Wert – all das sind Errungenschaften, über die wir uns freuen sollen; Errungenschaften, die modellhaft für ein erweitertes Europa und auch für andere Weltregionen sein können. Es macht daher auch Sinn, den europäischen Sozialstaat zu verteidigen, auf die Bewahrung sozialer Standards zu drängen, der hemmungslosen Konkurrenz- und Ellbogengesellschaft entgegenzuwirken und sozialen Zusammenhalt als Grundpfeiler der Demokratie hochzuhalten, ohne dabei Reformnotwenigkeiten (Ökologisierung, Ausstieg aus dem Wachstumszwang, Finden neuer Verteilungsbalancen) außer Acht zu lassen.

Wenn die EU-Osterweiterung jedoch – wie häufig zu hören ist – mit den Begriffen »Größer und Stärker« propagiert wird, so stimmt dies bedenklich. Nicht Größe und Stärke – etwa im Sinne eines (militärischen) Rivalen der derzeit einzig verbliebenen »Supermacht« und ihrer zweifelhaften Rolle in der Weltpolitik – sollen die Attribute des erweiterten Europas sein, sondern Vielfalt und Vielstimmigkeit (nur so ist lebendige Demokratie möglich) bei gleichzeitiger Verständigung über ein gemeinsames Zukunftsziel, das in einem »guten Leben für alle« liegen könnte. Dazu zählen etwa die Möglichkeit für alle BürgerInnen, für sich und ihre Familien selber sorgen zu können (Vollbeschäftigung in neuer Form) sowie ein soziales Netz zur Absicherung gegen Lebensrisiken; dazu zählen aber auch die Erhaltung bzw. Wiederherstellung von attraktiven Lebensräumen (Stichwort Verkehr), die Schaffung einer neuen dauerhaften (solaren) Energiebasis, die Orientierung an einer Kultur jenseits des Konsumismus sowie die Gastfreundschaft für jene, die aufgrund von Verfolgung oder wirtschaftlicher Not zu uns kommen. Ein in diesem Sinne nachhaltiges Europa wäre zugleich der beste Beitrag für eine friedlichere und gerechtere Welt. Dazu braucht es weder eine aufgerüstete EU-Armee noch eine Konkurrenzökonomie, die sich allein am globalen Standortwettbewerb orientiert.●

Mag. Hans Holzinger
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

FORTSETZUNG VON SEITE 3

klar. Wo die Neigung der sozialen Bewegungen durchbricht, es müsse doch dringend etwas geschehen gegen die Probleme der Welt, kommt der Neoliberalismus den PMKs in der gemeinsamen Ablehnung der traditionellen Strukturen und Institutionen entgegen. Vieles, was unter dem Druck des Neoliberalismus zugrunde geht, sehen die PMKs ganz gern zugrunde gehen, oder jedenfalls würden sie sich nicht zu dessen Verteidigung aufraffen. So wie den sozialen Bewegungen aber eigentlich klar ist, dass eine Verschärfung des herrschaftsförmigen Zugriffs auf Natur und Arbeit ihren Zielen letztlich nicht dient, ist auch den PMKs gleichzeitig bewusst, dass der Neoliberalismus eine autoritäre Angelegenheit ist und dass sie eigentlich auf einige der Strukturen angewiesen sind, die er zerstört – ökonomische Umverteilung, Existenzsicherung, Strukturen gleichberechtigten Austauschs.

Auch der »progressive Alienismus« – die neue, demokratische und flexible Variante des Alienismus – nimmt zu den Rebellen eine ambivalente Haltung ein. Obwohl die Rebellen ihnen suspekt sind, versuchen die Aliens nicht, die PMKs zu vernichten. Das ist keine Freundlichkeit, sondern pure Berechnung. Mit dem Ende der Entwicklungsära fangen die PMKs an, die Imperien und die Strukturen der formellen Arbeit an Produktivität zu überholen. Zumindest können sie eine Menge bewerkstelligen, was die Aliens anders nicht produzieren können: Kreativität, Einsatz, neue soziale Kooperationsformen, nicht-marktförmige Problemlösungen.

Im Ergebnis dessen sieht man plötzlich scharenweise Aliens unter den PMKs verkehren, die auf der Jagd nach abschöpfbarem Potential sind. Sie probieren verschiedene Formen aus, wie die PMKs nutzbar gemacht und trotzdem kontrolliert werden können: Modelle von Bürgerarbeit, Teamarbeit im Betrieb, »flache Hierarchien« und teilselbständige Gruppen, ausgelagerte Produktionseinheiten und Halbselbständigkeit, Förderprogramme zur »Lokalen Agenda 21«, Hilfsprojekte mit Kleinkrediten und technologischer Beratung. Sie versuchen theoretische und praktische Ansätze zu entwickeln, wie sie die PMKs in ihr ökonomisches Konzept integrieren können, zum Beispiel mit der Kategorie des »sozialen Kapitals«.

Freie Kooperation – ja, wie geht denn das?

Für eine wirklich freie Kooperation wäre hingegen eine Politik der Autonomie von Bedeutung. Dazu gehört die Abwicklung alienistischer Herrschaftsinstrumente auch in den PMKs, ebenso die praktische Demokratiekritik. Wichtiger aber noch sind die Politik der Beziehungen und die Entfaltung sozialer Fähigkeiten.

– Die Politik der Beziehungen –
umfasst verschiedene Wege, soziale Verhältnisse anders zu regeln als durch diskursive, objektive Vernunft und alienistische Gewaltmittel.

Nach den vorläufigen Erfahrungen gehört dazu das Prinzip des Verhandelns – mit offenem Ausgang, mit der Möglichkeit des Scheiterns, mit keinem anderen Druckmittel als der Einschränkung der Zusammenarbeit.

Es gehört dazu, dass die Kooperation »gegenseitig im realistischen Rahmen« ist: Die zufälligen persönlichen Vorteile, die die einzelnen Mitglieder einer Kooperation in der Gesellschaft genießen, werden zwar zu einem gewissen materiellen Ausgleich innerhalb des Kollektivs gebracht, aber zu keinem totalen – einfach weil sonst niemand mehr einem so komplizierten Kollektiv beitreten würde. Die Qualität der Beziehungen zwischen den Mitgliedern beruht nicht darauf, dass diese einander möglichst gleich, sondern dass sie voneinander verschieden sind, was in einem Prozess der Anerkennung letztlich als positiv erlebt wird und beide Seiten verändert.

Ein freies Kollektiv muss ferner in der Lage sein, eine Politik der Ermöglichung zu betreiben, das heißt einzelnen Mitgliedern die Arbeit und Unterstützung der anderen hin und wieder auch »blanko« zur Verfügung zu stellen, ohne dass erst alle bis ins letzte vom jeweiligen Projekt überzeugt sein müssen – also das, was sonst Herrschaft oder abstrakter Tausch dem Individuum ermöglichen.

Und schließlich sollen sich soziale Kooperationen auf eine Nichtloyalität zum Bestehenden gründen: Die Weiterexistenz des Kollektivs darf kein letzter Wert sein, sondern muss immer auch in Frage gestellt werden können.

– Die Entfaltung sozialer Fähigkeiten –
ist eine Art Leitfaden dafür, welche Eigenschaften freie Kooperation vom Einzelnen verlangt – Eigenschaften, die entwickelt und gefördert werden müssen, damit freie Kooperation funktioniert.

Notwendig ist Selbstreflexion – die Fähigkeit, sich Situationen und Strukturen auch aus der Sicht der anderen vorzustellen und sich eigener Vorteile, Privilegien und Defizite bewusst zu werden.

Notwendig ist das, was auf Englisch leadership heißt (und auf Deutsch am ehesten mit »Initiative« übersetzt werden muss), und zwar eine kollektive. Es reicht nicht, dass alle ihre Interessen anmelden und in ihrer Unterschiedlichkeit einbringen; irgendjemand muss den jeweils nächsten Schritt formulieren, was daraus folgt und wie das zusammengebracht werden kann. Und in einer freien Kooperation sollte diese Fähigkeit so weit wie möglich »kollektiviert« sein.

Freie Kooperation erfordert von ihren Mitgliedern Selbstbewusstsein; die Fähigkeit, Dinge beim Namen zu nennen und sich von Unterschieden an Erfahrung, Wissen und »Dienstalter« im Kollektiv nicht den Mund verbieten zu lassen.

Sie befürwortet eine Haltung der Aktivität; gemeint ist die aktive Einflussnahme auf die eigene soziale Umwelt – anstatt davon auszugehen, das ginge einen alles nichts an oder irgendjemand werde das schon richten.

Und sie erfordert und fördert die Fähigkeit zur Unabhängigkeit, die der »Nichtloyalität zum Bestehenden« entspricht – die Bereitschaft, seine Kooperationsleistung unter Bedingungen zu stellen und gegebenenfalls aufzukündigen, auch wenn dies immer mit einem materiellen und emotionalen Risiko verbunden ist.●

Christoph Spehr

Christoph Spehr: Die Aliens sind unter uns. Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, 320 S., 8,90 EUR, Siedler

Dieser Beitrag erschien zuerst in »Rabe Ralf« – Die Berliner Umweltzeitung

WAGNER & CO FEIERT 25. GEBURTSTAG

Der Mitarbeiterbetrieb als Modell für die Wirtschaft?

Am Samstag, den 3.7.04 rufen die Mitarbeiter des Umweltunternehmens die CONTRASTE-LeserInnen nach Cölbe. Die Solar-Aktivisten wünschen sich heiße Diskussionen einer, vielleicht doch noch möglichen, »alternativen Wirtschaft«.

Alois Wilhelm, Wagner & Co ● *»Für jede Nummer der Verbandszeitung* VIERERBANDE *ist der ungekürzte Abdruck je einer Selbstdarstellung vorgesehen. Der folgende Beitrag des Solarkollektivs Wagner & Co macht den Anfang.«* Geschrieben Anfang der 80-iger-Jahre. VIERERBANDE? Wir erinnern uns: erst VIERERBANDE, dann Wandlung zum WANDELSBLATT, letztendlich CONTRASTE, das Zentralorgan der Selbstverwaltungsszene. Es ist die Rede von »ungekürztem Abdruck« und vom »Solarkollektiv«. Die Sprache verrät die, damals ganz selbstverständlich, hochstehende Moral: Zensiert wird nicht! Wir sind alle gleich!

Zur Zeit hagelt es Vierteljahrhundert-Geburtstage in der »Alternativszene« (taz, UFA-Fabrik, Wagner & Co., etc.). Dass das so ist, hat seinen Ursprung in der unglaublichen Aufbruchsstimmung Ende der Siebziger. Die allgemeine linke Bewegung hatte sich bereits in K-Gruppen, RAF, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Landkommunen, Spontis etc. zerfasert. Es entstand der Wunsch, zunächst »befreite Inseln« für die ganz andere neue Gesellschaft zu schaffen. Selbst anpacken durch eigens gegründete Unternehmen war eine Methode dem ersehnten Ziel näher zu kommen. »Wir haben uns hier zu dem Zwecke zusammengeschlossen, die bürgerliche Gesellschaft umzustürzen!.. Damit sind wir, bei Licht betrachtet, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechtes (GbR)...ODER?« Jedenfalls konnte es, die persönliche Überforderung unbetrachtet, manchmal nicht radikal genug zugehen. Das Kapital, das für den Anfang gebraucht wurde, sollte auch sogleich wieder neutralisiert werden. Der Fluchtweg zum System-Virus, nämlich Gier, sollte für immer versperrt bleiben. Manche Kollektive gingen noch über die taz, mit dem schon sehr solidarischen Einheitslohn hinaus und führten erst mal den Bedürfnislohn ...Jeder nimmt sich was er braucht....ein. Andererseits gab es kollektive Buchläden, in denen die Betreiber auf die »Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft« aus dem eigenen Geschäftsergebnis gleich voll verzichteten, da sie ohnehin vom Bafög lebten. Allein der revolutionäre Geist-Transport war ausschlaggebend. Man hielt zusammen, die Trennung von Arbeit und Leben war aufgehoben. Entscheidungen wurden in den, meist wöchentlichen Plenen aller KollektivistInnen und möglichst im Konsens getroffen.

Lang ist's her. Und heute ist das Wort »alternativ« in diesem Zusammenhang völlig verschwunden. Selbstverwaltung beginnt mit »Selbst« und zeigt nach innen. Mit Selbstverwaltung ist eine gewisse Rücknahme des politischen Anspruchs gemeint, direkt die Welt im Äußeren verändern zu wollen. Es ist die Genossenschaft im weitesten Sinne, weitgehend unabhängig von der Rechtsform (eG, GmbH, GbR etc.). Dabei gibt das **Identitätsprinzip** den Grad an, wie weit die im Betrieb Arbeitenden auch am Kapital beteiligt, und damit verfügungsberechtigt sind. Das **Förderprinzip** hat das Wohlergehen der Betriebsmitglieder, sowohl materiell wie auch immateriell im Visier. Vom **Solidarprinzip** sprechen wir, wenn es um Loyalität zum Betrieb und z.B. gleiche oder geringfügig differenzierte Löhne geht. Betriebe haben sich in den 25 Jahren professionalisiert, rationalisiert und sind gewachsen. Wöchentliche Plenen mit allen wäre heute unter dem Gesichtspunkt der Entscheidungs-Findungs-Kosten ein Konkursrisiko. Jedoch eine Kultur von Mehrheitsabstimmungen, Delegation, Wahl der Geschäftsführung, können ein hohes Niveau bezüglich des **Demokratieprinzips** bedeuten.

Sommerfest bei Wagner & Co

Zum Tag am ersten Samstag im Juli wird **Karl-Heinz Ruch (Kalle)** von der taz zugegen sein. Er ist ein Urgestein der taz, immer noch an den Schaltstellen, offensichtlich vom Strudel der Ablösungen, wie in der Chef-Redaktion geschehen, nicht erfasst. Er wird uns etwas über den Schlingerkurs der taz über die Jahre erzählen. Sie selbst definiert sich seit 1992 als nicht mehr selbstverwaltet. Ist die taz heute ein ganz normales Unternehmen oder sind Mitarbeiterversammlung, Redaktionsstatut, Kapitalneutralisierung in Form einer Leser-Genossenschaft doch noch anders einzuordnen?

Überhaupt kein Alternativ-Betrieb im Sinne der westdeutschen Alternativbewegung dürfte die UNION-Werkzeugmaschinen GmbH Chemnitz sein. Höchst interessant dürfte es aber werden, wenn **Kurt Hermans, Geschäftsführer der UNION**, über die Entstehungsgeschichte und die Strukturen des 170 Personen umfassenden Mitarbeiterbetriebes berichtet. Das Unternehmen ist eigentlich schon 150 Jahre alt. Der kurvenreiche Weg führte über das klassische Unternehmen via VEB direkt in die ostdeutsche Abwicklungsmasse westdeutscher Unternehmen nach der Wende und feierte 1996 mit anfänglich 13 Mitarbeitern seine Auferstehung als Unternehmen in der Hand seiner MitarbeiterInnen. Ohne selbst einen Arbeitsplatz zu haben, beteiligten sich ehemalige Mitarbeiter am Eigenkapital und wurden nach und nach wieder eingegliedert.

Gegründet haben **Wagner & Co** 9 Leute. Heute arbeiten ca. 150 Personen im Betrieb. Kommend aus der Anti-AKW-Bewegung, standen von Anfang an Herstellung und Vertrieb von ökologischen Haustechnik-Produkten im Zentrum. Selbstverwaltung war selbstverständlich und am Anfang nicht weiter hinterfragt. Wie meinte noch ein Mitarbeiter zur Verabschiedung unserer ersten betriebsinternen Verfassung?: »Die Selbstverwaltung hat sich über uns herabgesenkt.« Zur Zeit gibt es bei Wagner & Co 45 Gesellschafter, 60-70 Angestellte und 35-45 Aushilfen. Franz Oppenheimer meinte vor 100 Jahren, dass genossenschaftliche Betriebe entweder materiell scheitern an Kapitalmangel, Absatzmangel, Disziplinmangel oder, falls sie materiell erfolgreich sein sollten, keine weiteren Genossen mehr zulassen und damit die Betriebsform als gescheitert gilt. Gilt dies auch noch nach mehr als 100 Jahren?

Wolfgang Apitzsch ist Rechtsanwalt. Er hat Betriebe bei Belegschaftsübernahmen sowohl betriebswirtschaftlich wie auch rechtlich begleitet. Von Ihm möchten wir erfahren was es braucht, damit die Ziele eines Mitarbeiterbetriebs langfristig gesichert werden können.

Damit wir bei unseren Diskussionen nicht vom »Hölzchen auf Stöckchen« kommen, ist für den Jubiläumstag **Burghard Flieger**, der »Genossenschafts-Spezialist« engagiert. Er hat die oben genannten Genossenschafts-Prinzipien in langjähriger Arbeit präzisiert. Er wird uns Einblick bieten in welchem Licht die Projekte im Spannungsfeld von Anspruch und Wirklichkeit zu sehen sind.

»Die Revolution ist vorbei, wir haben gesiegt.« Dieser Buchtitel-Slogan, hat man manchmal beim Lesen des Wirtschaftsteils in einer beliebigen Zeitung den Eindruck, sei bereits Tatsache. Da ist von Gruppenarbeit die Rede und dass ein Unternehmen erfolgreich ist wenn die Beschäftigten Spaß an der Arbeit hätten. Es sollen angeblich extra Kaffee-Theken eingerichtet werden, da dort die Arbeit produktiver sei als am Arbeitsplatz. Der Beschäftigte solle ernst genommen werden und ihm Mitspracherecht eingeräumt werden. Das Geld sei auch nicht mehr so wichtig. Wichtiger sei die Identifikation mit dem Produkt und der Firma. **Hans-Herber Holzamer, langjähriger Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung**, hat viele Interviews mit den »Weltverbesserern« aus der großen Wirtschaft geführt. Zu fragen wäre: Gibt es eine Konvergenz der Systeme? Treffen sich taz, Union, Wagner & Co etc. mit Daimler-Chrysler, HP, Opel, Toyota in der Mitte?

Neue soziale Bewegungen, wie attac, möchten eine Gegenmacht schaffen gegen die hemmungslose weltweite kapitalistische Ressourcen-Verschacherung. Sind selbstverwaltete Betriebe nicht schon per se Einrichtungen, die Ressourcen, sei es Geld, Arbeitskraft, Rohstoff, pfleglich an die eigene Region binden?

Endlich mal wieder Zeit miteinander zu reden.
Samstag, 3.7.04, 10 Uhr bis 17 Uhr●

Kontakt:
Alois Wilhelm, Zimmermannstr. 12, D-35091 Cölbe
E-Mail: alois.wilhelm@wagner-solartechnik.de
Web: www.wagner-solartechnik.de

AUSSCHUSS ODER WAS?

Endlich Glück gehabt

Eigentlich hatten mein Sohn Jimmy und ich uns unsere neue Heimat irgendwie idyllisch vorgestellt, aber es wurde für uns »Kölner« eine horrende Willkür. Obwohl ich in einer der berüchtigten Ecken der Großstadt aufwuchs, wo ich gelernt habe, nicht so schnell aufzugeben, begann ich in dem Nachbarstädtchen zu kapitulieren.

Iris Shakil, SSM ● Es zog mich im Januar 2000 dorthin, weil ich dort über das Arbeitsamt vermittelt eine zweijährige Ausbildung zur Facharbeiterin in der Landschaftspflege machen konnte und glaubte, dort Arbeit und Sicherheit finden zu können. Leider war unser Vermieter ein komischer Kauz!!! Es gab Hausordnungen, die lasen sich wie das Bürgerliche Gesetzbuch, nach Paragraphen verfasst. Und der Vermieter brüllte gerne; er behandelte alles und jeden wie Hausfriedensbrüchige, egal ob Mieter, Arbeiter, Postboten usw. Selbst im Haus wohnend war er überall zu finden und lauerte dementsprechend überall, ob beispielsweise ein Fahrrad im Fahrradkeller an der nicht rechtmäßigen Wandseite angelehnt wurde. Er brüllte sich dann erfolgreich das Herzwasser in die Beine.

Mehr als ein Jahr dauerte diese Tortur, bis wir dankenswerterweise mit Hilfe der Ausbildungsfirma in eine andere und diesmal passable Wohnung umziehen konnten, nachdem die Leiterin sich selbst von unserer Misere überzeugt hatte. Bis dahin stand ich tagtäglich eine Stunde vor Arbeitsbeginn schon auf der Matte, um von diesem Horrorhaus Abstand zu haben. Das war schon eine Leistung, denn das Berufsförderungswerk hatte den Kasernenappell inne. So mussten wir uns jeden Morgen in eine Reihe aufstellen und nach dem Aufruf mit »Hier« antworten. Bei Dienstende gab es dann wieder den Appell. Nach dem Abschluss fand ich sogar Arbeit als Gärtnerin. Leider machten sich meine chronischen Krankheiten dermaßen bemerkbar, dass ich die Probezeit nicht überstehen konnte. Gesegnet bin ich mit Venenentzündungen, Asthma, Diabetes und Rückenbeschwerden.

Iris Shakil Foto: INA

Seit September 2002 bin ich nun arbeitslos. Nun durfte ich mich mit den Behörden auseinandersetzen. So übernahmen die Ämter ein halbes Jahr lang nicht die Krankenversicherungskosten, trotzdem ich Atteste vorlegte. Für meinen heute vierzehnjährigen Sohn, der unbedingt und verständlicherweise in seiner früheren Kölner Schule bleiben wollte, wurden keinerlei Fahrtkosten übernommen. Das hieß für uns das Unmögliche zu betreiben: jährlich 800 Euro von der Sozialhilfe abzuzweigen. Dann sollte ich im Herbst zur gemeinnützigen Arbeit als Friedhofslaubpflegerin oder als Reinigungskraft im Altersheim verpflichtet werden. Für einen Euro Stundenlohn und 75% Mitbeteiligung an den entstehenden Fahrtkosten. Trotzdem ein Amtsarzt mir bescheinigte, dass mir nur wechselnde Tätigkeiten (stehend und sitzend) bei vermehrten Ruhezeiten zugemutet werden konnten, war kein Einsehen. Bis ich meinen Umzug nach Köln ankündigte.

Zwischendurch hatten wir auch mal großes Glück. Zufällig lernte ich August letzten Jahres Rainer und Reinhard von der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« kennen. Ich schüttete ihnen sofort mein Herz über mein marodes Leben aus. Sie luden mich ein, ihre Selbsthilfe einfach mal kennenzulernen. Drei Tage später überzeugte ich mich selbst. Und stellte fest, dass es hier Menschen gibt, Leute wie du und ich, Freischnauze, etliche Macken, aber das Herz am richtigen Fleck. Ich spürte sofort, da bin ich gut aufgehoben, dass ist das, wonach ich suchte. Seitdem bin ich nun »ehrenamtlich« bei der SSM dabei, wenn ich auch wegen meinen Krankheiten leider nicht tagtäglich da sein kann.

Ich mache in den verschiedensten Bereichen mit. So koche ich mittags für zwanzig Leute, was heißt, eine komplette Mahlzeit für Vegetarier und »Fleischesser« auf den Tisch zu zaubern. Oder ich löse meine Kollegin Elvira ab, um im Secondhand-Laden Anziehsachen zu sortieren oder zu verkaufen. Hin und wieder fahre ich auch genauso gerne mit dem LKW-Team mit, nehme an Wohnungsauflösungen oder Entrümpelungen teil. Wichtig ist, dass ich stets selbstbestimmt und nach eigenem Rhythmus arbeiten kann. Und keiner nimmt mir krumm, wenn ich mal außer der Reihe ausruhen (muss). Es ist toll, dass ich hier trotz meinen Krankheiten mitwirken kann. Seitdem kommt bei mir keine Langeweile auf und es macht jede Menge Spaß.

Inzwischen wohne ich also wieder in Köln und habe auch keinen Stress mit den Behörden, weil ich durch Anerkennung der ärztlichen Atteste arbeitsmäßig als nicht vermittelbar gelte. Bin ich nun Ausschuss? Bei der SSM jedenfalls nicht.●

BRASILIEN BESCHLIESST ALS ERSTES LAND DER WELT DIE EINFÜHRUNG EINES GRUNDEINKOMMENS

Bedingungslos und ohne Unterschied

Der Brasilianische Präsident Luis Inacio Lula da Silva hat im Januar ein Gesetz über die Einführung eines Grundeinkommens verlautbart. Dieses verspricht allen BrasilianerInnen (ohne jeden Unterschied) und AusländerInnen, die seit mehr als fünf Jahren im Land leben, eine staatliche Leistung, mit der ihre Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Erziehung und Gesundheit abgedeckt werden sollen. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Beihilfe, die von der Geburt bis zum Tod ausbezahlt wird, bedingungslos und ohne Unterschied, für Reiche und Arme gleichermaßen.

In Brasilien ist das Votum für ein Existenzeinkommen, das nach und nach eingeführt werden soll, der Hartnäkkigkeit des Abgeordneten Eduardo Suplicy zu verdanken, der seit 1991 für ein solches Gesetz eintritt, welches nun von der aktuellen Regierung unterstützt wird.

Recht auf Leben für alle anerkannt

Das Brasilianische Grundeinkommen entspricht dem Prinzip des Mindesteinkommens, das in vielen Ländern BefürworteInnen hat. Durch dieses wird das Recht auf Leben für alle anerkannt, unabhängig von bezahlter Arbeit. Erwerbsarbeit und Einkommen werden dadurch voneinander getrennt. Die Idee gewinnt zunehmend an Bedeutung in einer Welt, in der sich die Wirtschaft globalisiert und Arbeitsplätze vernichtet. Zuletzt gab es in Südafrika eine breite Mobilisierung für die Einführung eines Grundeinkommens durch eine breite Allianz aus Gewerkschaften, Kirchen und NGOs. Seit vielen Jahren treten etliche Ökonomen für ein Grundeinkommen für jedeN BürgerIn ein, das ohne Rücksicht auf die persönliche Situation oder Tätigkeit ein Leben lang ausbezahlt wird. Es gibt dafür verschiedene Bezeichnungen, die immer auch etwas über das Projekt aussagen: je nach Anliegen und Akteuren spricht man von Allgemeiner Beihilfe, Existenzeinkommen, Bürgereinkommen, bedingungslosem Einkommen oder universaler Dividende. Es gibt bereits ein Experiment in Alaska, wo durch die Verteilung der Erdölrente an alle EinwohnerInnen ca. 1.500 Dollar pro Person und Jahr ausbezahlt werden.

Das Gesetz, das nach 12 Jahren parlamentarischer Beratungen beschlossen wurde, soll ab 2005 schrittweise verwirklicht werden – beginnend mit der Auszahlung an die Armen. Je nach den budgetären Möglichkeiten müssen somit auch Konzessionen an die realen Gegebenheiten gemacht werden, was die Kraft des Gesetzes beschränkt und dazu führen könnte, dass es letztlich nicht die vorgesehene Wirkung entfaltet. Man müsse alles daran setzen, dass dieses Gesetz »wirkt«, so Präsident Lula da Silva.

Der brasilianische Staat hat seit Jahrzehnten auf unterschiedliche Art die finanziellen Hilfen für die ärmsten Bevölkerungsteile ausgeweitet, um die sozialen Ungleichheiten, das Elend und den Hunger zu mildern. So existiert eine Schulbeihilfe für arme Familien, die ihre Kinder in die Volksschule schicken, eine Lebensmittel-Beihilfe (Programm zur Ausrottung der Kinderarbeit) und die Gas-Beihilfe (eine kleine, zweimonatlich ausbezahlte Summe, um Gas für die Küche zu kaufen). Der Erfolg der Schulbeihilfe in den vergangenen 10 Jahren in Brasilia hat dazu geführt, dass sie als eine der brasilianischen Sozialtechniken von der UNO empfohlen und in viele Länder »exportiert« wurde.

Die derzeitige Regierung hat unmittelbar nach Übernahme im Januar 2003 ein Programm namens »Null Hunger« ins Leben gerufen, das neben einer finanzielle Hilfe auch »strukturelle« Maßnahmen umfasst, wie die Entwicklung der Kleinlandwirtschaft; Alphabetisierung und der Bau von Zisternen, um in den semi-ariden Zonen Regen für Trinkwasser zu sammeln.

Ende Oktober vorigen Jahres hat die Regierung beschlossen, die Weiterentwicklung dieser Aktivitäten, die von mehreren unterschiedlichen Ministerien abhingen, abzubrechen und vier davon in einer Familienbeihilfe zusammenzuführen. Diese beträgt mindestens 50 Reales (17,40 US-Dollar), zuzüglich Schulbeihilfen, Lebensmittelhilfe und Gas-Beihilfe. Bis Ende des vergangenen Jahres waren nach offiziellen Quellen 3.615.596 Familien in dieses Programm übernommen worden. Diese Verschiebung hat es erlaubt, das mittlere Familieneinkommen von 8,45 auf 25,30 US-Dollar zu erhöhen; ein großer Teil dieser Erhöhung konnte durch Reduktion der Bürokratie finanziert werden, wie Ana Fonseca, die für die Familienbeihilfe verantwortliche Staatssekretärin, erklärt.

Präsident Luis Inacio da Silva

Im Jahr 2003 wurden rund 1,5 Milliarden US-Dollar für die verschiedenen Programme aufgewandt, und für dieses Jahr wird mit einer Erhöhung um 23% gerechnet, was eine bedeutende Subventionierung für die ärmere Bevölkerung und die ärmeren Zonen Brasiliens bedeutet, so Fonseca.

Frau Fonseca weist darauf hin, dass die Höhe des Einkommens »nicht das einzige Gesicht der Armut« ist, und dass daran gearbeitet wird, andere Kriterien mit heranzuziehen wie Schulbildung, Wohnort (Land oder Stadt und im zweiten Fall auch deren Größe), Eigentum oder Miete der Unterkunft und Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität.

41,4 Millionen Menschen vom Hunger befreien

Das Programm Familienbeihilfen hat zum Ziel, bis zum Jahre 2006 11,4 Millionen Familien zu erreichen, was 41,4 Millionen Personen entspricht, weil die Familien im Durchschnitt 3,6 Mitglieder haben. Dies entspricht nach Ansicht der Verantwortlichen der gesamten vom Hunger betroffenen Bevölkerung in einem Land mit 175 Millionen EinwohnerInnen.

Diese Unterstützungen, die bis zur Einführung des Grundeinkommens beibehalten werden, sind an Gegenleistungen der Familien gebunden, wie etwa Schulbesuch, Impfungen, Teilnahme der Erwachsenen an Alphabetisierungskursen, Informationsveranstaltungen über Ernährung oder Berufsausbildung. Wie Staatssekretärin Fonseca erklärt, ist es sinnvoll, die Bedingungen betreffend Kinder noch aufrecht zu erhalten, denn Familien mit Kindern und Jugendlichen im Schulalter sind am meisten gefährdet.

Das Brasilianische Grundeinkommen, das laut Senator Suplicy bis 2008 oder 2010 zur Gänze eingeführt sein soll, ist anders konzipiert: Es ist ein Recht der Einzelperson und nicht der Familie. Auch ist es an keinerlei Bedingungen geknüpft.●

Quelle:
DIAL – Information aus Lateinamerika – Nr. 38, Lyon

REZENSION: DIE GESCHICHTE SCHWARZER EMANZIPATIONSBEWEGUNGEN

Vierzig Ar und ein Muli

Für US-Präsidenten gleich welcher politischer Couleur gehört es inzwischen zum guten Ton, die besondere Verantwortung der USA für den afrikanischen Kontinent herauszustellen. Solange keine Entschädigungszahlungen für die Nachfahren der Sklaven fällig werden, ist jede Form der Entschuldigung Recht – auch europäische Staatsoberhäupter gefallen sich in solcherlei rhetorischen Übungen. Das es hier allerdings nicht um Entschuldigungen, sondern um Anerkennung der historischen Tatsache geht, dass sich ein ökonomisch am Boden liegendes Europa erst durch den florierenden Menschenhandel sanieren konnte und damit der Einstieg in die industrielle Revolution ermöglicht wurde, darauf verweist eine von Max Annas und Martin Baltes herausgegebene Geschichte schwarzer Emanzipationsbewegungen.

Von Gottfried Oy ● In der Mischung aus informiertem und interpretierendem Sekundärtext, zum Teil erstmals übersetzten Originaldokumenten und historischem Bildmaterial aus zwei Jahrhunderten einzigartig, ist dieses Buch eine engagierte Intervention in die aktuelle Debatte um Rassismus und postkoloniale Abhängigkeitsverhältnisse. Um nicht dem europäischen Blick auf den afrikanischen Kontinent verhaftet zu bleiben, ist der historische Rahmen von Annas' Einführung entsprechend weit gesteckt. Auch aus der vorkolonialen Geschichte, der Zeit, in der die Sahara natürliche Barriere gegen europäischen Einfluss war, gibt es Zeugnisse von Sklaverei. Allerdings waren die Zwangsarbeiter auf Zeit beispielsweise in den Königreichen Ghana und Mali weit besser gestellt als spätere Unfreie. Erst der globalisierte Handel, etwa mit der damaligen Luxusware Zucker und später dann mit Baumwolle, machte das Geschäft der Sklaverei lukrativ.

Während die Geschichte der Sklaverei weitgehend bekannt ist, kann das von der Geschichte des Widerstands weit weniger behauptet werden – auch wenn hier schon sehr frühe Dokumente vorliegen. Olaudah Equiano verfasste schon 1789 einen vom Geist der Aufklärung beseelten autobiografischen Bericht über das Sklavenleben in England. Nat Turner, der 1831 eine erste überlieferte Revolte von etwa 70 Sklaven anführte, wurde nach einem halben Jahr von der US-Armee gestellt, verurteilt und gehängt. Über die Underground Railroad, einem illegalen Unterstützer-Netzwerk, wurden entflohene Sklaven aus den USA nach Kanada gebracht. Das Abolition Movement in der Zeit des US-amerikanischen Bürgerkriegs war denn auch eher eine von der Angst der Weißen vor militanten Befreiungsaktionen der Schwarzen bestimmte Koalition. 1865 folgte die nominelle Befreiung, die ehemaligen Sklaven wurden allerdings in extreme Armut entlassen. Das berühmte Programm »40 acres and a mule«, der Landbesitz und das Arbeitstier, die jedem als Starthilfe zustehen sollten, ist bis heute unverwirklichtes Versprechen, dass noch im Namen der Produktionsfirma des Regisseurs Spike Lee am Leben erhalten wird.

Mit der Verabschiedung der ersten Segregationsgesetze ging schließlich die Entstehung der ersten großen schwarzen Emanzipationsorganisationen einher. Politische Führer wie Frederick Douglass, Booker T. Washington, W. E. B. Du Bois oder Marcus Garvey kämpften mit integrativen oder auf Segregation ausgerichteten Programmen um die Vormachtstellung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Kampf um Gleichberechtigung auf Massenbasis möglich. Die Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King, die Nation of Islam mit Malcolm X oder die Black Panther Party for Self Defence mit Huey P. Newton und Bobby Seal sind Ausdruck der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen dem weißen Establishment und einer immer selbstbewusster auftretenden schwarzen Community. Letztendlich kann erst etwa 100 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei von einer faktischen Gleichstellung von Schwarz und Weiß in den USA gesprochen werden – einer Gleichstellung jedoch, die allzu sehr an männlichen Lebenswelten orientiert war. In Auseinandersetzung mit dem Machismo schwarzer Führungsfiguren, aber auch mit weißen Feministinnen forderten Aktivistinnen wie Alice Walker, Angela Davis oder bell hooks eine spezifische afroamerikanische feministische Perspektive ein. Diese Debatte, nicht zu Unrecht von Annas zur wichtigsten intellektuellen Kontroverse des ausgehenden 20. Jahrhundert erklärt, führte zu einem völlig neuen Verständnis von politischen Bündnissen, die nicht mehr wie herkömmliche Formen der Massenorganisation um der bloßen Solidarisierung willen Unterschiede unter den Teppich kehrten.

Somit ist im Schnelldurchgang der Bogen von der Zeit der Sklaverei bis in die Postmoderne – mal mehr, mal weniger gelungen – gespannt. Gerade dieser breite historische Horizont ist es, der die Textsammlung von Annas und Baltes auszeichnet. Konsequenterweise schließt das Buch denn auch mit einem Prosastück des jungen New Yorker Schriftstellers Touré, der im Stile eines was-wäre-wenn-Textes noch einmal diesen Horizont aufgreift, indem er alle schwarzen Heroen und Heldinnen beschwört und ihnen ein gutes Leben ohne Repression, Drogen oder gewaltsamen Tod zuschreibt. Eine kindliche Fantasie, zugegeben, die aber mit ihrer immensen Vorstellungskraft am Anfang einer neuen Geschichtsschreibung stehen könnte.●

Max Annas, Martin Baltes (Hg.): Black Beats. Verlag orange-press, Freiburg 2003, 224 Seiten, 15 EUR

»86«, KINOFILM VON LARS JESSEN

Kommunegründung bei Bremen

Da staunten die BewohnerInnen des selbstverwalteten Wohnprojektes auf der Finkenburg bei Bremen nicht schlecht, als Sie in der Regionalzeitung von einer Kommune-Neugründung in ein paar Kilometern Entfernung auf der anderen Weserseite lasen. Ein großes Foto zeigte einen alten verfallenen Hof in Achim-Bollen, der inzwischen mit einem riesigen bunten Regenbogen quer über die betonverputzte Fassade verziert war.

Uwe Ciesla, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Bei genauerem Hinsehen klärte sich aber auf, warum die FinkenburgerInnen vorher nichts von der neuen Kommune mitbekommen hatten: In die Kommune sollen keine realen Personen einziehen sondern SchauspielerInnen, die dort den Debütkinofilm »86« (Arbeitstitel) von Lars Jessen drehen.

Mittelpunkt des Filmes ist eben diese Anti-AKW-Kommune, die sich nach Drehbuch im Jahre 1986 nicht in der Wesermarsch sondern nahe der AKW-Baustelle in Brokdorf befindet. Nach der Scheidung seiner Eltern zieht der 17jährige Nils mit seiner Mutter Hanna in diese Kommune, wo Hanna mit dem Kommuneguru Peter (gespielt von Peter Lohmeyer aus »Das Wunder von Bern«) anbandelt. Nils fühlt sich jedoch in seiner neuen Umgebung gar nicht wohl. Gemeinsam mit der Bürgermeistertochter Martina beteiligt er sich am gewaltbereiten Widerstand gegen das AKW und gerät deshalb mit Peter aneinander. Als jedoch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl dazwischen kommt, beginnen alle Beteiligten ihre Einstellungen zu überdenken. Die Ereignisse zwingen Nils in eine Loslösung von seiner Mutter, denn er erkennt, dass er nicht zum Revoluzzer geboren ist.

Mitspielen im Film wird u.a. auch der Hamburger Anarcho-Barde Rocko Schamoni, für die Filmmusik zeichnen sich Element of Crime hauptverantwortlich. Außer Achim-Bollen sind Horstedt, Sottrum, Otterstedt, Oyten und Brokdorf selbst als Drehorte vorgesehen. Ins Kino kommen soll der Film im Jahre 2005.●

Uwe Ciesla ist Bewohner der Finkenburg

ICH UNTERSTÜTZE »ILLEGALE«

kein mensch ist illegal

Die Kölner Kampagne

»Man kann ja doch etwas machen!« – dies zeigt die nunmehr sechsjährige Geschichte der MigrantInnen-Unterstützungsgruppe »kein mensch ist illegal« (kmii). Von Künstlern und antirassistischen Gruppen 1997 auf der documenta 10 in Kassel ins Leben gerufen, hat die bundesweite Initiative bis heute immer wieder kleinere und größere Erfolge verbuchen können. Starken Anteil daran hat die Kölner Gruppe.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Unmittelbar nach Kassel trafen sich hier knapp 30 Menschen, um den Zustand der Illegalisierung zu skandalisieren und konkrete Hilfe zu leisten. Sie wollten z.B. nicht länger dulden, dass Romakindern in Köln der Schulbesuch behördlich untersagt war. Diese illegale Praxis (sie widerspricht der UN-Kinderkonvention) konnte »kmii« Köln zusammen mit dem Rom e.V. durch massiven Protest und durch eine Beschwerde bei der Landesregierung kippen. Ein erster beflügelnder Erfolg.

Wanderkirchenasyl

Plötzlich im Januar 1998 standen sie auf der Matte: die ersten kurdischen Flüchtlinge, die »kmii« um Hilfe baten: »Wir sollen abgeschoben werden aus der BRD, wo wir Asyl erhofften! In der Türkei droht uns politische Verfolgung, womöglich Folter und der Tod.« Eine Riesen-Herausforderung für die Gruppe, die sich gerade erst gefunden hatte. Die KurdInnen suchten Schutz in einer Kölner Kirche und verlangten ein politisch begründetes Bleiberecht. Sie brauchten Essen, Matratzen, Geschirr, sie brauchten medizinische Versorgung – und sie brauchten öffentliche Unterstützung. »kmii« legte sich ins Zeug, suchte Verbündete, organisierte Versorgung und vielfältige Veranstaltungen: Protestmärsche, Diskussionen, Feste. Indessen weitete die Aktion sich aus. Immer mehr KurdInnen schlossen sich an, weitere Kirchen solidarisierten sich, bald auch in ganz Nordrhein-Westfalen. Arbeitsgruppen wurden gebildet: medizinische (Gratis-) Betreuung, Rechtshilfe, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising. Mit der Not wuchs »das Rettende« auch: das freiwillige Engagement nicht nur der Kampagnenmitglieder (mittlerweile sechzig), sondern auch vieler Kirchengemeinden, zahlreicher Organisationen und Gruppen, AStEN, Parteigliederungen und aktivierter NachbarInnen. Angesichts der

»Wir rufen dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.«
aus dem Kampagnenaufruf 1997

konkreten Probleme verständigten sich HelferInnen unterschiedlichster Herkunft: Konservative ChristInnen und rebellische Autonome kooperierten und lernten sich schätzen, StudentInnen und Großmütter, Deutsche und »Fremde« arbeiteten beharrlich für das gemeinsame Ziel, das Bleiberecht der 380 Kurdinnen und Kurden. Mehr als ein Jahr lang hat das Wanderkirchenasyl, in dem die Flüchtlinge von einer Kirche in die nächste zogen, »kein mensch ist illegal« sämtliche Energie gekostet, die überhaupt aufzubringen war.

Am Ende stand zwar nicht das Bleiberecht für alle, doch konnte in zähen Verhandlungen mit den Behörden im Zuge der »Einzelfallprüfung« für 80% der am Wanderkirchenasyl Beteiligten die Abschiebung verhindert und ein Aufenthaltsstatus erstritten werden. Das Engagement wurde 1999 mit dem »Aachener Friedenspreis« ausgezeichnet. Albrecht Kieser, Mitgründer von »kein mensch ist illegal«, bilanziert: »Wenn man den Maßstab anlegt, dass ein genereller Abschiebestopp in die Türkei erreicht werden sollte, war das Wanderkirchenasyl ein Fehlschlag. Die Einzelfallprüfungen brachten eine Entpolitisierung mit sich, auch eine Vereinzelung der Betroffenen. Das hat zu schweren Erschütterungen in der Kampagne geführt. Manche warfen die Brocken hin. Die Gruppe ist geschrumpft. Aber wenn man die große Erleichterung für die allermeisten Beteiligten sieht, die schließlich doch bleiben konnten, war das Wanderkirchenasyl ein großer Erfolg, der bis heute wirkt: Politiker und Ämter haben das aufsehenerregende Wanderkirchenasyl weiter in ihrem Kalkül als eine bedrohliche politische Größe.« Die wiederholbar ist.

Die drei Ks

»Kampagne, Kurden, Kirche« – die drei Gruppen unter einen Hut zu bringen, war nicht einfach. Jede von ihnen wollte nach eigenen Kriterien entscheiden, jede musste Rücksicht nehmen auf die Anderen. Konflikte gab es z.B. um die Frage, ob nicht die deutschen AktivistInnen in paternalistischer Weise Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg sich anmaßten »zu deren Bestem«. Schließlich hatten sie die größere Erfahrung im Umgang mit BündnispartnerInnen und Behörden. Hatte man nicht den PfarrerInnen zu viel Einfluss zugestanden, obwohl sie aus Rücksicht auf den eigenen Apparat oft bremsend auftraten? Handelten die Flüchtlinge unklug, als sie auf dem Mittel des Hungerstreiks beharrten – gegen das Votum vieler MitstreiterInnen? Immer wieder gab es Streit, doch immer wieder auch die große Solidarität, die Einigkeit im Kampf gegen die gnadenlose Gemeinheit der Abschiebungen. Gemeinsam reiste man zum Flughafen Düsseldorf, um diese öffentlichkeitswirksam anzuprangern. Urlaubs- und Geschäftsreisende wurden informiert, dass Mitpassagiere nicht freiwillig im Flieger saßen, wurden aufgefordert, dagegen aufzustehen. Kampagnenmitglieder kauften ein Ticket und weigerten sich, sich wie vorgeschrieben anzuschnallen, solange nicht der Zwangsmitreisende aus dem Flieger durfte. Ein paar Mal hat das funktioniert. Oder Abgeschobene wurden zurückgeholt. Manche »unerwünschten Ausländer« lern-

»Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?«
Elie Wiesel

ten in der Kampagne LebenspartnerInnen kennen und lieben und wurden schließlich eingebürgert: Jedes Mal Grund, ein großes Fest zu feiern.

Großes Trara mit »KogamRa«

Nicht nur am Flughafen, auch im Bahnhof weckte »kein mensch ist illegal« Interesse am Schicksal der Ausgegrenzten. BundesgrenzschützerInnen, die gezielt »nichtdeutsch aussehende« Bahnhofsgäste kontrollieren, werden seit 2001 ihrerseits kontrolliert vom »Komitee gegen amtlichen Rassismus« (KogamRa). Diese staatlich verordnete Diskriminierung wird nicht selten verstärkt durch extrem unhöfliche Verhaltensweisen einzelner BGS-BeamtInnen. Bei Kontrollen müssen sich Betroffene Sprüche anhören wie: »Hände aus den Hosentaschen, wenn ich mit Dir rede.«

»Ständig muss ich Kontrollen befürchten – das ist psychische Schikane«, klagte Cornelius Youfanyi, Mitglied der Flüchtlingsorganisation »The Voice« bei einer kmii-Protestaktion. »Wir nehmen das nicht länger hin und übertreten demonstrativ die Verordnung über die Residenzpflicht(*)«, ergänzte Cho Lucas. »Es gibt keine Weißen und Schwarzen. Wir sind alle Menschen, denen die gleichen Menschen- und Bürgerrechte zustehen.«

Mit einem Faltblatt wendet sich das Komitee an Reisende und BahnhofsbesucherInnen und fordert dazu auf, sich bei rassistischen Übergriffe und Kontrollen des BGS und der Polizei einzumischen und diese, wenn möglich, zu verhindern. Hin und wieder gab es mit den BeamtInnen Konflikte, Hausverbote wurden erteilt, Anzeigen wurden erstattet. Doch die endeten stets mit Freispruch oder Einstellung wegen Geringfügigkeit.

Ein besonderer Spaß war im März 2001 KogamRa's Sektempfang für »Illegalisierte«, die zu einer Tagung angereist kamen, in der Kölner Bahnhofshalle. Kabarettist Heinrich Pachl und die Musikgruppe »Dicke Luft« tönten unüberhörbar, doch die Ordnungskräfte hielten sich zurück: den Sektstand umzuwerfen oder die BläserInnen »mundtot« zu machen, hätte wohl noch mehr Aufsehen erregt.

Demo für Bleiberecht während des Wanderkirchenasyls. Köln, Februar 1999 Foto: arbeiterfotografie.com

Und immer wieder Demos

Wer kennt schon die Gefängnisse für »Abzuschiebende«, »Schüblinge« im Amtsjargon? »kein Mensch ist illegal« betrachtet es auch als seine Aufgabe, die Verliese für Menschen, deren einziges Vergehen ihre fehlendes Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik und ihr Dennoch-Auf-enthalt hier ist, zu skandalisieren. Regelmäßig mobilisieren AktivistInnen von kmii Köln nach Büren in Westfalen. Ein gruseliger Festungsbau erhebt sich da auf einer Waldlichtung, umgeben von sechs Metern hohen Mauern und Stacheldraht weitab jeder Ansiedlung, – nachts angeleuchtet von grellen Scheinwerfern. Unweigerlich erinnert dieses demokratisch abgesegnete Abschiebelager an die schlimmsten Diktaturen. Am Zaun bekunden die DemonstrantInnen den Geflüchteten vielsprachig ihre Solidarität. Lautstark fordern sie die Freilassung.

Genauso bei der alljährlichen Demonstration in Neuss, wo der Abschiebeknast für Frauen steht – mitten in der Stadt und doch sehr wenig wahrgenommen.

Hello im Museum Ludwig. Köln, Februar 2002 Foto: arbeiterfotografie.com

»Kein mensch ist illegal« Köln zog im November 2002 mit der Stahlskulptur »Hello« des Künstlers Jens Kleinen durch die Fußgängerzone in der City und plazierte ihn dann im Museum Ludwig. Dazu sprach Eva Hellos Text:

»Ich bin hier, weil ich nicht da sein kann!«
»Hello ist mein Name und ich bin nicht freiwillig hier. Ich bin geflohen vor Verfolgung, Krieg und Not. Ich habe große Angst und muss doch hoffen.«

Kommt »Hello« in die Bundesrepublik, dann sieht er sich Bürokraten gegenüber, die nur ein einziges Ziel haben: ihn so schnell wie möglich wieder aus Deutschland hinauszumanövrieren. Nach einer erniedrigenden, verwirrenden und zutiefst verunsichernden Prozedur kommen die Herren über die Lebensperspektiven in den allermeisten Fällen zu dem Ergebnis: Hello wird abgeschoben. Kein Land hat so erfolgreich abgeschreckt und abgeschoben wie Deutschland. 1993 hatten noch 420.000 Hilfesuchende um Aufnahme gebeten, im Jahr 2000 war es nur noch ein Sechstel. Allein per Flugzeug werden täglich 100 Menschen von deutschem Boden vertrieben, der Großteil über den Flughafen Frankfurt/Main, und auch über Düsseldorf durch Lufthansa, LTU und andere Fluglinien.

Die Lage verschärft sich

Mittlerweile hat die rot-grüne Bundesregierung ein Zuwanderungsgesetz voller Restriktionen entworfen, offen für jede law-and-order Verschlimmerung. Selbst minimalste Rechte, das auf Zugang zum Gesundheitswesen z.B., dass immerhin der Entwurf der Süßmuth-Kommission noch forderte, werden Illegalisierten verweigert. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit schweigt. »Illegalität« ist kein Thema. In vielen Städten mit kmii-Gruppen spürt man Erschöpfung. Gegen die Umdeutung Illegalisierter zu Kriminellen und potentiellen Terroristen gibt es kaum Aktionen.

Nichtsdestotrotz bleibt die Kölner Gruppe weiter aktiv. Zur Zeit wird überlegt, sich der »Lila-Schleifen-Aktion« der Nordelbischen Kirche anzuschließen. Das Schleifchen, öffentlich getragen – am Revers zum Beispiel oder am Rucksack – sagt Betroffenen und PassantenInnen sowie AmtsinhaberInnen: Ich unterstütze »Illegale«.●

(Anmerkung Abschnitt KogamRa)
* Die im deutschen Ausländerrecht verankerte sogenannte Residenzpflicht beschränkt die Bewegungsfreiheit von MigrantInnen auf den ihnen zugewiesenen Landkreis. Besuche bei Verwandten in anderen Bundesländern z.B. müssen stets bei der Ausländerbehörde beantragt und genehmigt werden.

kein mensch ist illegal

Mit dabei seit 2001

Therese

1997 kam Therese (Name von der Redaktion geändert) aus einem Bürgerkriegsland in die Bundesrepublik. Auch heute noch ist es dort unruhig und gefährlich. Zwar hat die Mutter von zwei Kindern jetzt eine Arbeitserlaubnis und eine Aufenthaltsbefugnis, aber letztere ist nur befristet. Vor drei Jahren fand sie zu »kein mensch ist illegal« in Köln.

CONTRASTE: *Wie lebst du hier?*
Therese: Ich mache eine Ausbildung zur Sozialberaterin im Fernstudium. Dafür bekomme ich Unterstützung vom Arbeitsamt. Mein Mann bekommt eine Arbeitserlaubnis nur für Saisonjobs, weil er noch nicht sechs Jahre in Deutschland ist. Er hat keine »Aufenthaltserlaubnis«, lediglich eine »Befugnis«. Meine Kinder besuchen den Kindergarten und die Schule.

Wie bist du zu »kein mensch ist illegal« gekommen?

Ich habe damals, 2001, im Asylwohnheim gewohnt. Eines Tages fand ich einen Zettel unter der Tür. Da stand, die wollen eine Initiative gründen gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt. Sie haben alle im Flüchtlingsheim eingeladen, die irgendwie Interesse hätten. Ich war damals schon vier Jahre in Deutschland – und ich war frustriert: Wir haben immer Arbeit gesucht, konnten aber keine Arbeitserlaubnis kriegen. Damals gab es eine sogenannte Negativ-Liste mit 40 Berufen, in denen Flüchtlinge nicht arbeiten durften. Dann bin ich eine Woche später zu »kein mensch ist illegal« gegangen. Und die haben eine Arbeitsgruppe gegründet und das war die »Initiative gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt«. Seitdem habe ich mitgemacht. Ich war sehr aktiv in dieser Initiative, und wir haben es geschafft! Wir haben verhandelt mit dem Landesarbeitsamt mit dem Ziel, die Negativ-Liste in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen, die mit den 40 verbotenen Berufen. Die Negativ-Liste gibt es nicht mehr. Im April haben wir angefangen und im November gab es die Liste nicht mehr.

Habt ihr das gefeiert?

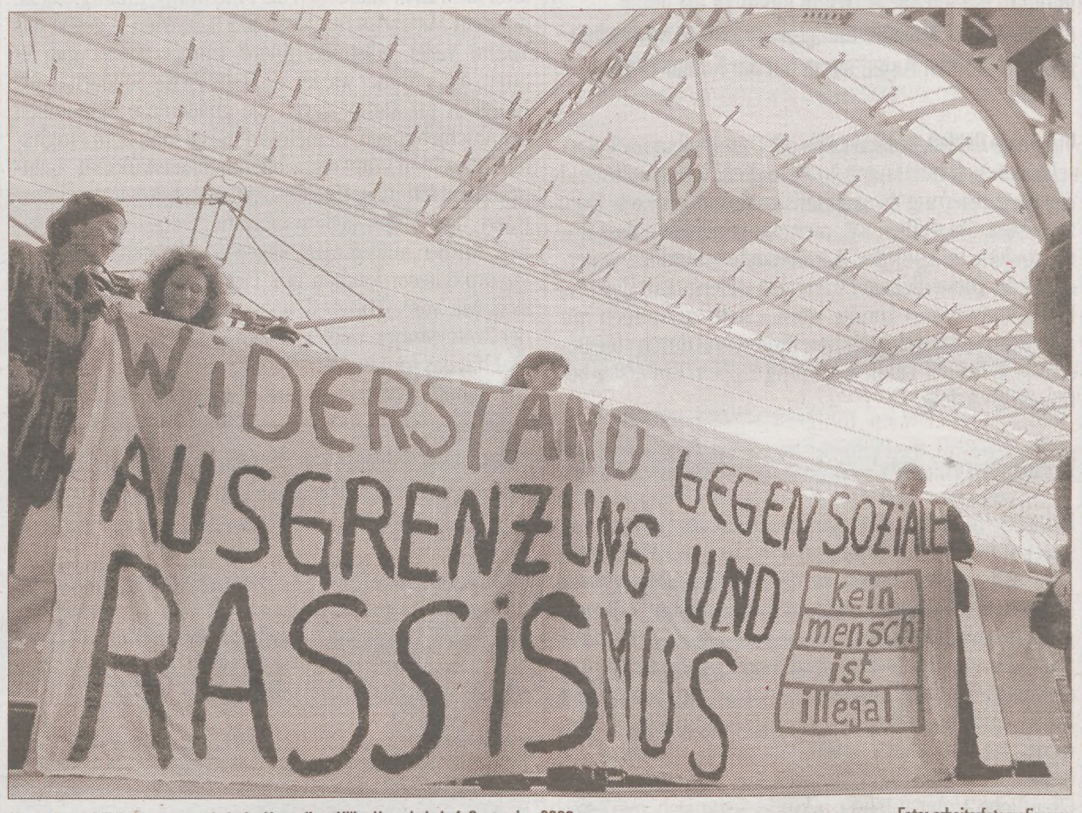
»Wir sind hier, weil ihr dort seid« ist ein Slogan der Flüchtlinge, der immer wieder bei Aktionen auftaucht, weil er auf eine der Ursachen für Entwurzelung von Menschen hinweist, in denen wir selbst verwickelt bzw. indirekt beteiligt sind.

Gabriele Metzner, kmii-Köln

Wir haben das gefeiert – aber es gab weiter Probleme. Die Liste gab es nicht mehr, aber immer noch die Prüfung der Bewerber um eine Arbeitsstelle: An erster Stelle Deutsche, dann EU-Mitbürger, dann die Ausländer, die mehr Rechte in Deutschland haben (langjährige Einwohner mit gesichertem Aufenthaltsstatus) und die letzte Chance konnten wir als Migranten bekommen Es ist nämlich so, dass man schon sechs Jahre hier sein muss, bevor man eine unbefristete Arbeitserlaubnis kriegt. Vorher muss man diese immer beantragen, und das ist meistens ohne Erfolg hier in Köln. So kenne ich nur sehr wenig Asylbewerber in Köln, die arbeiten.

Wie war das, als du zum ersten Mal zu »kein mensch ist illegal« gekommen bist?

Zum ersten Mal in Deutschland hab ich mich wohlgefühlt – weil als wir reinkamen – die haben uns gleich anerkannt. Ich konnte nicht viel Deutsch. Aber die haben irgendwie gemacht, dass wir uns wohlfühlten. Es gab da ein paar Leute, mit denen ich mich sogar in meiner Sprache unterhalten konnte. Von daher haben wir auch irgendwie gefühlt, dass wir in eine Familie gehören hier in Deutschland, die Familie »kein mensch ist illegal«. Nirgends anders hab ich mich bis jetzt so wohlgefühlt wie bei kmii. Ich fühle mich nicht diskriminiert, ich fühle mich da richtig und ich bin da auch, das möchte ich sagen, wichtig. Und das steht im Gegensatz zu dem, was ich sonst hier in Deutschland erlebt habe. Da wurde ich als ein Mensch genommen. Der Name der Gruppe allein: »kein mensch ist illegal« gibt Flüchtlingen hier in Deutschland Hoffnung. Weil, das stimmt auch: es ist auch keiner »illegal«.



KogamRa mobilisiert gegen rassistische Kontrollen. Köln, Hauptbahnhof, September 2002 Foto: arbeiterfotografie.com

Wie war die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe?

Es gab darin viele Flüchtlinge und auch Deutsche – mehr als 25 Leute. Wir haben über 2.000 Unterschriften gesammelt, auf der Straße, im Flüchtlingsheim. Und viele haben uns unterstützt gegen diese Negativ-Liste, nicht nur Migranten, sondern auch Deutsche.

Wir waren im Mittelpunkt in der Initiative, es ging um uns. Wir wurden nur unterstützt, also Hilfe zur Selbsthilfe. Wir haben immer bestimmt – mit der Verwaltung oder mit der Presse, da haben die Deutschen uns geholfen. Aber sonst war es wirklich eine Initiative von den Flüchtlingen selbst. Wir sind in die verschiedenen Flüchtlingsheime gegangen. Die Kontakte sind bis heute geblieben.. Wir feiern die Geburtstage. Wir sind irgendwie eine Familie geworden.

Was machst du jetzt bei »kein mensch ist illegal«?

Ich bin immer noch bei kmii, aber mit anderen Themen. Unter anderem sammeln wir Informationen, ob wir zum Verfassungsgericht gehen können wegen den Prioritäten im Ausländergesetz: erst Deutsche, dann EU-Bürger, dann Flüchtlinge. Ich mache auch regelmäßig Sozialberatung für Flüchtlinge. Da geht es um Aufenthaltsrechte, Asylverfahren oder Frauenspezifisches. Ich habe inzwischen so viele Erfahrungen gemacht und Informationen gesammelt in diesen sechs Jahren – und es ist irgendwie ähnlich. Mir ist oft geholfen worden, und es ist jetzt meine Zeit, den Migranten zu helfen, wo ich kann.●

Mit dabei seit 2002

Schorsch

Vor zwei Jahren kam er zur Kölner Gruppe, nachdem er im Internet nach einer politisch aktiven Gruppe in seinem Stadtteil gesucht hatte. Schorsch ist 34 Jahre alt und Archäologe.

CONTRASTE: *Wie siehst du die Gruppe kmii?*
Schorsch: Erst mal hab ich die Ohren aufgestellt, war ganz aufmerksam, weil ich gedacht hab' ich lern hier was. Bei kmii sitzen ja Menschen, die sehr viel Erfahrung haben. Und ich versuche davon zu lernen.

Gerade von dem menschlichen Klima war ich angetan. Es läuft sehr rund. Ich hab gemerkt: Hier bin ich richtig. Man war nicht so distanziert, man geht auch nach dem Plenum zusammen ein Bier trinken. kmii ist ja verrufen als die feiersüchtige Kampagne. Überhaupt ist das ein unglaublich bunter Haufen: vom ehemaligen Pastor bis zur jungen Autonomen, vom Journalisten bis zu Arbeitslosen. Aber es sind schon überwiegend Frauen. Schade ist auch, dass so wenig MigrantInnen dabei sind.

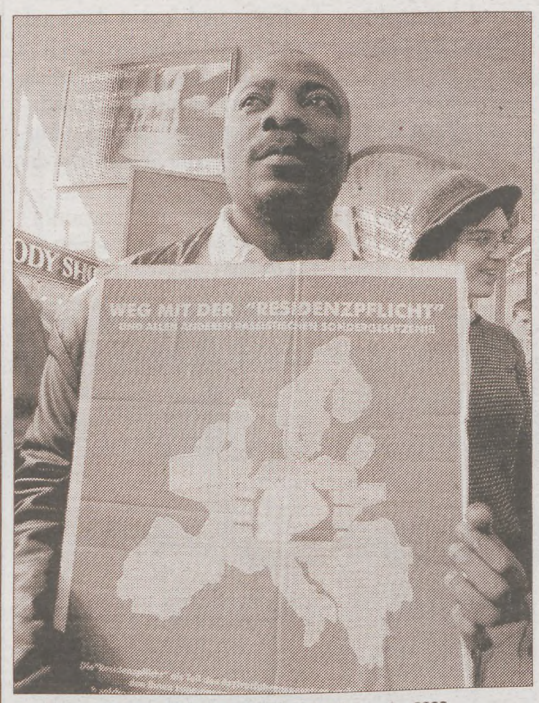
Was gefällt dir besonders an der Kölner Gruppe?

Trotz allerhand Chaos kommt viel rum. Man kann was bewegen. Zum Beispiel die Räumung des Flüchtlingsschiffs, wo die Wohnverhältnisse untragbar waren. Es hat sich kürzlich mal ein CDU-Stadtrat geäußert in einem ganz anderen Zusammenhang auf einer Bürgerversammlung: also sie müßten jetzt da und dort wieder Flüchtlinge unterbringen, denn das Flüchtlingsschiff wäre leider nicht zu halten gewesen wegen dem politischen Protest. Also wenn Politiker zugeben,dass man ihnen ordentlich ans Bein getreten hat, dann freut man sich doch und denkt, da hat man doch was erreicht. Die da oben sollen bloß froh sein, dass es nicht mehr von uns gibt.

DIE ABSCHRECKUNG FUNKTIONIERT

Abschreckung und Rückweisungserleichterung in »sichere« Herkunftsländer bzw. »sichere« Drittstaaten, Flughafenverfahren, Asylbewerberleistungsgesetz und Abschiebehaft (für Menschen ohne Straftatbestand) – das alles verfehlte seine Wirkung nicht: statt 400.000 Zugängen im Jahre 1992 gab es z.B. 2002 nur noch 71.000 Asylbewerber. Was ist aus all denen geworden, die in der Bundesrepublik Schutz und eine Zukunft für sich und ihre Kinder suchten? Wer nicht zurückgewiesen wurde, beim Grenzübertritt zu Tode kam oder »zurückgeführt«, abgeschoben oder dauerhaft anerkannt wurde, lebt in einem unerträglichen Schwebezustand, häufig über viele Jahre, in ständiger Zitterpartie von einer Duldungsverlängerung zur nächsten, mit nicht vollstreckbarer Ausreiseverfügung oder in Abschiebegefängnissen. Mehr als 100 Flüchtlinge haben sich seit 1983 aus Angst vor Abschiebung getötet. Auf 1 Million wird die Zahl derer geschätzt, die ohne einen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Das hartgekochte Zuwanderungsgesetz bzw. »Zuwanderungsbegrenzungsgesetz« – wenn es denn zu einer Einigung der Parteien kommen sollte – lässt einen enormen Anstieg dieser Zahl erwarten.

Gabriele Metzner, kmii-Köln



Protest gegen Residenzpflicht. Köln, Hauptbahnhof, September 2002
Foto: arbeiterfotografie.com

Welche Aktion hast du mit vorbereitet?

Beim Empfang der »Karawane«, einem Zusammenschluss von Flüchtlingen, war ich dabei. Diese war mit einem Bus beim Wahlkampf vor zwei Jahren unterwegs: vierzig Flüchtlinge aus aller Welt, die sich gegen die diskriminierenden Ausländerbestimmungen hierzulande wehrten. Da hatte jemand die Idee, ihnen einen Gala-Empfang auszurichten seitens der Stadt Köln – als Fake natürlich. So hatten wir tatsächlich Essensspenden von ganz vielen Restaurants, auch Luxusrestaurants. Z.B. kam die Suppe vom First class-Hotel »Hyatt«. Das sind die, die die Leute der »Karawane« für'n Appel und 'n Ei anstellen zum Saubermachen!

Es war ein so opulentes Mahl mitten auf einem zentralen öffentlichen Platz, dass die Gäste sich erst mal gar nicht trauten zuzulangen. Es war irgendwas mit Hummer und Pasta und Paella und was weiß ich. Die konnten sich gar nicht vorstellen, dass das alles für sie sein sollte. Es wurde dann aber doch noch gut getafelt. Währenddessen gab es Tischansprachen, die über Mikrofon auf dem ganzen Platz zu hören waren – und Tischmusik. Es hat jemand russische Straßenmusikantinnen aus der Fußgängerzone da hin geholt. Die fanden das auch ganz toll, weil sie gemerkt haben: ach, es geht hier ja auch um ihre eigenen Interessen. Und haben dann klassische Lieder zum Akkordeon gesungen.

Das war natürlich wieder was für die Passanten, die neugierig wurden. Es gab Flugblätter, Transparente und eine kleine Plakatausstellung. Thema waren die Aktivitäten der »Karawane« von MigrantInnen und Informationen über die Ausländer-Bestimmungen. Die Karawane, das war so die erste Aktion, wo ich mich so n bißchen eingebracht hab, und das hat auch sehr viel Spass gemacht. Das war aber auch ein Riesenaufwand – alle abklappern wegen Essensspenden.

Ist Rassismus – Antirassismus auch schon früher bei dir Thema gewesen?

Ja, Antirassismus speziell interessiert mich auch fachlich-theoretisch. Wenn man mit Archäologie arbeitet, hat man es mit Gesellschaften zu tun, die nicht europäisch sind – keine Industriegesellschaften, sondern traditionelle Gesellschaften. Dann hat man es auch automatisch immer mit der Verlängerung der Alltagssicht auf solche Gesellschaften zu tun, die leicht als primitiv abgewertet werden wie zum Beispiel die der Neandertaler.

Was ist dein bisheriges Fazit?

Wie viel kann man doch erreichen! Tausende sitzen allein zuhause in dem Land, in dem wir wohnen. Mit einer Gruppe wie kmii kann man gemeinsam was bewegen.●

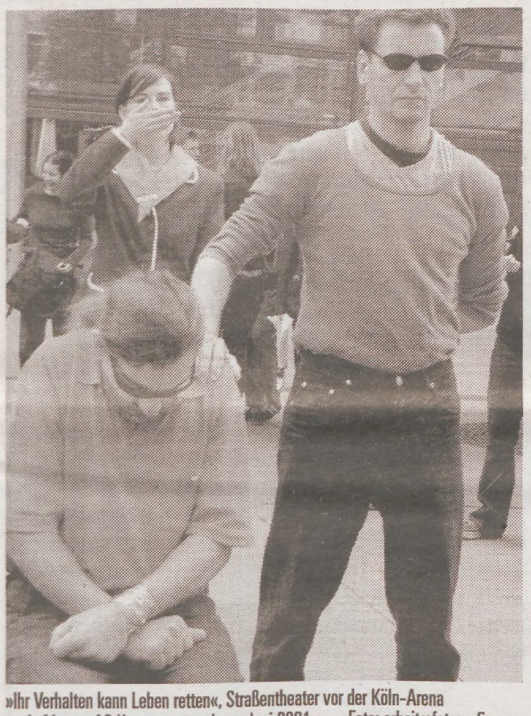
Die Kölner Gruppe

kein mensch ist illegal

Prima Klima

Die Kölner Gruppe von »kein mensch ist illegal« hat seit ihrem Entstehen im September 1997 bewegte Zeiten hinter sich. Ihr Anspruch war von Anfang an von Illegalität bedrohten oder »illegalen« Menschen unmittelbar zu helfen und sie gleichzeitig zu unterstützen, ein Bleiberecht zu bekommen.

Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Als im Januar 1998 Flüchtlinge von Abschiebung bedroht um Hilfe baten, galt es, dies in die Tat umzusetzen. In Zusammenarbeit mit Kölner Kirchengemeinden entstand daraus das Wanderkirchenasyl. So waren im Februar bereits siebzig Menschen von jung bis alt in Kölner Kirchen zu verpflegen, medizinisch zu betreuen, Kontakte zur Politik zu knüpfen, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, Demonstrationen zu organisieren. Eine generelles Bleiberecht konnte nicht erwirkt werden, wohl aber die Zusage zur Einzelfallprüfung. Nun wurde auch juristische Unterstützung und Zuarbeit wichtig. Später entstand aus den Reihen der Gruppe die neue bundesweite Initiative »Deportation class«, die erreichen will, dass Fluggesellschaften keine Abschiebungen durchführen, und viele spektakuläre Aktionen durchführte. Weiter setzte »kein mensch ist illegal« sich dafür ein, dass Schiffslager und Containerlager für Flüchtlinge in Köln aufgelöst werden. Viel zu tun und viel Verschiedenes zu tun. Aber wie?



»Ihr Verhalten kann Leben retten«, Straßentheater vor der Köln-Arena zur Lufthansa AG Hauptversammlung, Juni 2001 Foto: arbeiterfotografie.com

»kein mensch ist illegal« hat kein Statut, keine Satzung, kennt keinen Mitgliedsbeitrag, ist kein Verein und keine juristische Person. Es gibt demnach auch keinen Vorstand, der strukturiert, organisiert, für die Finanzen sorgt, keine Freigestellten, die in die Pflicht zu nehmen wären oder verantwortlich für Missgeschicke gemacht werden können. Die langjährigen AktivistInnen Ulla, Günther und Jan erzählen, wie die Gruppe sich organisiert.

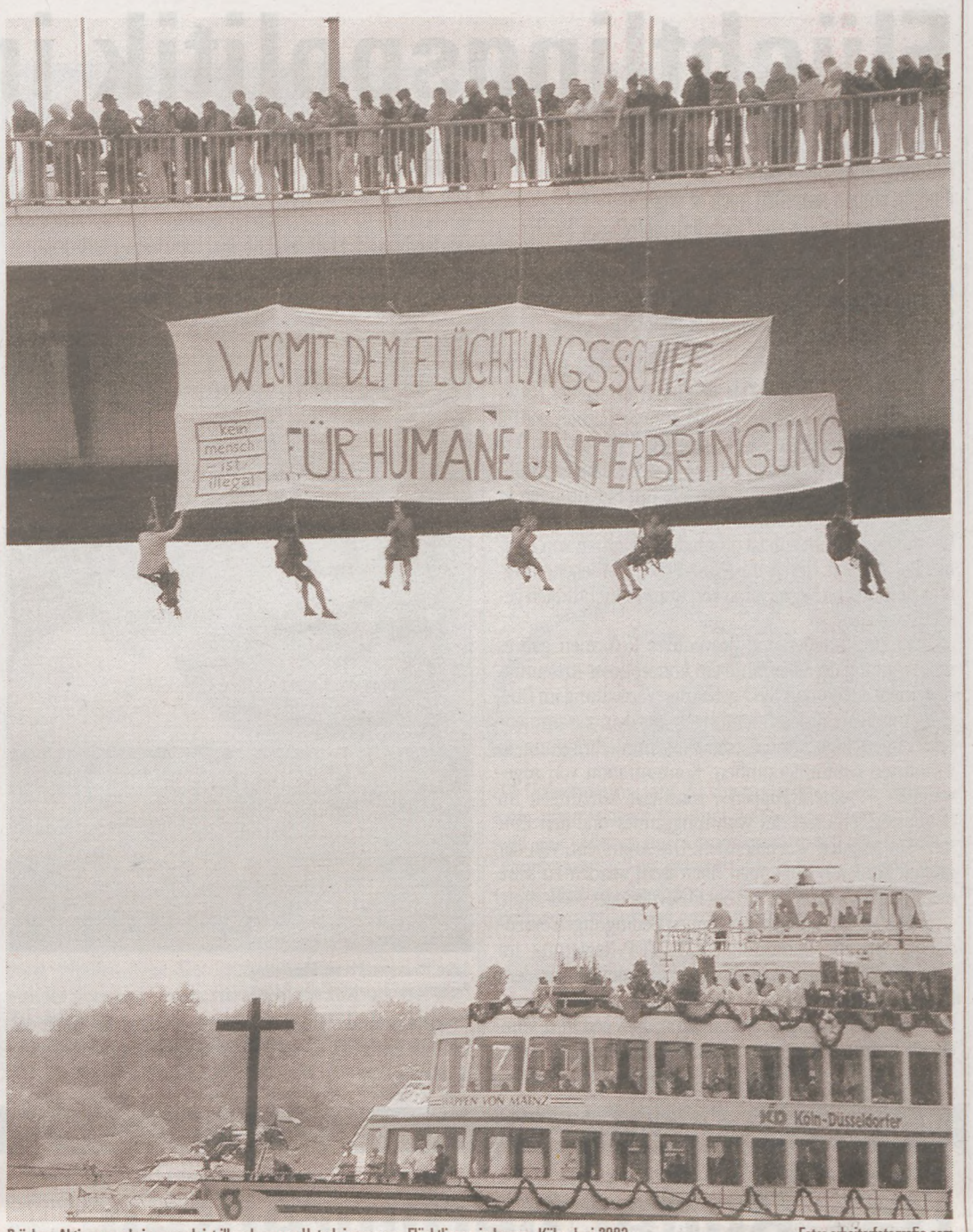
Prima Klima – Das Plenum

Von Anfang an gab es das wöchentliche Plenum am Dienstagabend in den Räumen des »Allerweltshaus«. Hier fließen die wichtigsten Informationen zusammen, wird berichtet, was gelaufen ist, werden Entscheidungen getroffen, werden Pläne geheckt und Aufgaben verteilt. Zur Zeit kommen regelmäßig zehn bis fünfzehn Leute, in der Phase des Wanderkirchenasyls waren es gar bis zu achtzig. Das Plenum ist offen für jede und jeden. Es ist okay, einfach mal reinzukommen. Dies wird auch rege genutzt, z.B. von Zugezogenen, die sich orientieren wollen, was politisch so läuft in Köln. Das Plenum läuft in der Regel in einer lockeren Atmosphäre ab, wo alle ausreichend zu Wort kommen. Generell wird versucht, die verschiedenen Anliegen unter einen Hut zu bekommen. Wie soll sich die Gruppe beispielsweise an der großen DGB-Demo gegen Sozialabbau jüngst im April beteiligen? Im antikapitalistischen Block mitgehen? Die Anliegen vor allem unter die vielen GewerkschafterInnen tragen? Anstatt die Kontroverse zuzuspitzen, heißt die Lösung dann, »sowohl als auch«. Jeder soll sich die ihm angemessene Aktionsform selber aussuchen.

Anders sieht es bei der Frage der Beteiligung beim antikapitalistischen Aufruf aus. Hier braucht es eine Entscheidung. Diese fällt meist im Konsens. Das heißt, wenn nicht alle dies tragen oder tolerieren, kann die Gruppe als ganze auch nicht dafür einstehen. Wenn eine Mitunterzeichnung nicht beschlossen worden ist, besteht aber wiederum für die FürsprecherInnen die ausdrückliche Möglichkeit, den Aufruf als Einzelperson zu unterschreiben und so zu unterstützen. Hier zeigt sich eine wichtige Stärke der Gruppe. Die demokratische Kampfmaschine, wodurch Mehrheiten und Minderheiten, Gewinner und Verlierer »produziert« werden, bleibt unausgepackt. So hält sich der Verlierer-Frust in Grenzen. Konkurrenzgefühle finden wenig Nahrung. Die »Machtmenschen« haben wenig fruchtbaren Boden, »ihren« Kurs der ganzen Gruppe aufzudrücken. Minderheiten bekommen grünes Licht, ihre Anliegen auf andere Weise umzusetzen. Konflikte bleiben dadurch nicht aus, sie werden nur auf möglichst niedrigster Flamme gekocht, sodass der Topf nicht überzukochen droht.

Natürlich gibt es auch die üblichen »Macht«-Phänomene bei »kein mensch ist illegal«. Wer viel macht, sich viel engagiert, viel liest und viel weiß, hat mehr Einblick, mehr Connection, mehr Argumente und wird den Ton angeben. Was ja nicht per se zu verurteilen ist, vielmehr auf der Hand liegt. Oder wer sich gut auszudrücken und seine Anliegen begeisternd darzustellen vermag, wird andere eher für seine Anliegen gewinnen. Andererseits ist es nicht unbekannt, dass wenn bestimmte Personen, meist Frauen, sich zu Wort melden, nicht so aufmerksam zugehört wird oder eine merkwürdige Unruhe entsteht. Wie weit sich solche Sitten bzw. Unsitten breit machen können, wie weit Wissensvorsprung zum Machtmissbrauch mutieren kann, hängt von dem Klima der jeweiligen Gruppe und ihren Grundbedingungen ab. Und bei der Kölner Gruppe ist über die Jahre ein prima Klima entstanden.

Bei der Bewältigung der vielen und schwierigen Aufgaben ist gegenseitiges Vertrauen und Respekt untereinander entstanden. So machen Kathi bzw. Jan seit einigen Jahren die Kasse, ohne dass diese je geprüft wurde. Natürlich kann jedes Mitglied jederzeit genaue Auskünfte bekommen. Günther erzählt, dass er mal ein halbes Jahr ausgestiegen ist und es war kein Thema, wieder einzusteigen. Niemand wird zur Pflichterfüllung genötigt. Freiwilligkeit, Selbstbestimmtheit, darauf wird vertraut. Ulla meint, dass Freiwilligkeit und Selbstbestimmung vor allem darauf fußen, dass jede und jeder Einzelne das politische Anliegen, das kompromisslose Eintreten für ein konkretes und generelles Bleiberecht der Flüchtlinge sehr wichtig nimmt. Wie sie/er sich dann darauf einlässt, wieviel persönliche Verantwortung die/der Einzelne übernimmt, muss sie/er in erster Linie mit sich selbst ausmachen.



Brücken-Aktion von »kein mensch ist illegal« gegen Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern, Köln, Juni 2003 Foto: arbeiterfotografie.com

»kein mensch ist illegal« in Köln

c/o Allerweltshaus,
Köln-Ehrenfeld, Körnerstr. 77-79
E-Mail: kmii-koeln@gmx.net
Web: www.kmii-koeln.de
Plenum im Allerweltshaus jeden Dienstag 20 Uhr

Konto: Ökum. Netzwerk Asyl i.d. Kirche NRW: Stichwort: kein mensch ist illegal · Stadtsparkasse Köln · Kto. 2612018 · BLZ: 370 501 98 · Bei Angabe der Anschrift wird am Jahresende eine Spendenbescheinigung ausgestellt!

Just do it – Die Arbeitsgruppen

Die Fülle der Aufgaben lässt sich nicht im Plenum bewältigen. So wurden stets Arbeitsgruppen gebildet. Je nach Situation gab es die verschiedensten Gruppen, die sich aktuell bildeten und je nachdem auch wieder auflösten. Anfangs beim Wanderkirchenasyl entstand die AG »Lebensmittel«, die für die Flüchtlinge zusammen mit den Kirchengemeinden die Verpflegung und Decken etc. organisierte. Oder die AG »Medizinische Versorgung«. Letztere hat sich in der Zwischenzeit als eigenständige Gruppe herausgebildet, die nur noch in losem Kontakt zum Plenum steht. Später entstanden neue Gruppen zu den verschiedensten Bereichen. Die »Initiative gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt« hat zum Ziel, das faktische Arbeitsverbot für Asylsuchende aufzuheben. Sie sieht das Recht auf Arbeit als ein Menschenrecht, das unabhängig von politischen Nützlichkeitserwägungen (wie der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt) seine Gültigkeit behält. Die AG »Kölner Flüchtlingspolitik« setzt sich seit Jahren gegen die »Lager«-Politik ein. Die AG »KogamRa – Komitee gegen amtlichen Rassismus« wendet sich gegen rassistische Ausweiskontrollen. Außerdem kommt zu bestimmten Aktionen immer wieder die Gruppe Theaterperfomance oder eine Klettergruppe zusammen, die öffentlichkeitswirksame Aktionen mit riesigen Transparenten ermöglicht.

Die Arbeitsgruppen haben alle mehr oder weniger ein Eigenleben entwickelt. Aber auch hier zeigt sich die Gesamtgruppe von »kein mensch ist illegal« als flexibel. Eine enge Verzahnung mit dem Plenum wird als vorteilhaft gesehen. Dies bedeutet, dass Teilnehmer der Gruppen auch am Plenum mitmachen oder »Delegierte« schicken. Wenn eine AG sich aber nur für ihren Bereich verantwortlich sieht, zur autonomen Gruppe wird, ist es auch okay. Dann entwickelt sich eben eine lockere Kooperation, welche nicht an der Plenumspräsenz hängt. Kooperation mit Gleichgesinnten wird eh groß geschrieben, so dass andere Initiativen und Institutionen wie etwa das »Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche NRW« nicht als Konkurrenz, sondern als wichtige MitmacherInnen angesehen werden.

Kumm loss uns fiere! – Die Finanzen

»Komm lass uns feiern und die Kasse füllen« ist ein bewährtes Mittel geworden, die notwendigen Gelder für das Engagement der Gruppe zu bekommen. Jedes Jahr im Kölner Karneval kann die Gruppe die Kneipe »Q-Hof« übernehmen und den Laden schmeißen. Im Bürgerzentrum »Alte Feuerwache« wird zudem der Tanz in den Mai veranstaltet. Schunkeln, abtanzen und sich berauschen für einen guten politischen Zweck kommt bei vielen gut an. So kommen unter dem Strich jährlich einige tausend Euro für die Initiative zusammen. Hier zeigt sich auch, dass die Gruppe mehr ist als das Plenum und die Arbeitsgruppen. Menschen, die sonst nicht oder nur gelegentlich mitmachen sind hier in der ersten Reihe beim Bierzapfen, beim Kellnern und beim Saubermachen. Ca. fünfzig Leute werden nämlich für die Feste benötigt, um alles reibungslos zu bewältigen. Außerdem gibt es Spenden, die zur Zeit weniger ins Gewicht gefallen. Zu den Hoch-Zeiten des Wanderkirchenasyls 98/99 brauchte es allerdings viel mehr Geld, was durch viele Spenden und Benefizkonzerte auch tatsächlich aufgebracht werden konnte. Beim Thema Geld zeigt sich aber auch wieder die große Eigeninitiative vieler AktivistInnen. In Form von nicht abgerechneten Spesen, Fahrtkosten etc. tragen sie auch ihr finanzielles Scherflein bei. Bei der Kasse vor allem »ein wirtschaftliches Standbein« zu haben, trägt entscheidend mit bei zur erfolgreichen Arbeit der Gruppe. So sichert sie sich stetige Unabhängigkeit und ist nicht Anpassungszwängen und Unsicherheiten wegen Anträgen an Stiftungen etc. unterworfen.

Wer kütt, der kütt

Wer kommt, der kommt. Wer will, der kann. Wer machen will, der macht. Ob es fünf Leute oder fünfzig Leute sind, spielt da nicht die wichtige Rolle. Die Kölner Gruppe »kein mensch ist illegal« steht für Freiwilligkeit, Selbstentfaltung und Selbstverantwortung. Bei diesem Klima kann Selbstorganisation und politisches Engagement gedeihen. Nur ein rheinländisches Erfolgsmodell?●

Bundesweites Netzwerk »kein mensch ist illegal«

c/o Rasthaus
Adlerstr. 12
D-79098 Freiburg
Handy: 0172-8910825
E-Mail: kmii-mail@web.de
Web: www.contrast.org/borders/kein

Das Netzwerk hat keine Geschäftsstelle. Diese Adresse dient für allgemeine Fragen und Informationen. Und es gibt die Liste von lokalen Ansprechstellen, die für ortsbezogene sowie konkrete Fragen und Anfragen zuständig sind und politische Unterstützung organisieren. Zur Zeit gibt es diese in Aachen, Berlin, Bielefeld, Bietigheim, Bochum, Bonn, Bremen, Darmstadt, Erfurt, Erlangen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hanau, Hannover, Hildesheim, Göttingen, Jena, Kassel, Köln, Leipzig, Tübingen, München, Münster, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Oberhausen, Wuppertal. Weitere Gruppen und Projekte können in diese Liste aufgenommen werden.

Ebenso gibt es eine Liste von Projekten zur medizinischen Versorgung nicht-krankenversicherter MigrantInnen.

Darüber hinaus sind auf der Homepage viele Links (national und international) zu einer ganzen Reihe antirassistischer Gruppen und Organisationen, die ähnlich agieren und argumentieren, sowie zu selbstorganisierten MigrantInnengruppen: die sans papiers.

TOLERANT UND WELTOFFEN?

kein mensch ist illegal

Flüchtlingspolitik in Köln

Aktionen des Kölner Netzwerks »kein mensch ist illegal« stehen natürlich auch in engem Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik der Stadt. Wie steht es mit der Weltoffenheit und Toleranz, deren sich Köln gerne rühmt? Wie wird der Spielraum von Kommunalpolitik genutzt?

Von Gabriele Metzner, kmii-Köln ● Eine Umfrage des NRW-Innenministers hat im April 2004 zum Sicherheitsgefühl der Kölner ergeben, dass die Angst der Kölner im Vergleich zu anderen Städten größer ist als es die Kriminalitätsstatistik in Köln hergibt. Was das mit Flüchtlingen in Köln zu tun hat? Besonders die Angst vor Diebstahl oder Überfällen ist nicht zuletzt durch die seit Jahren von Politik, Polizei und Neven-du-Mont-Presse betriebene Stigmatisierung und Segregation von Roma-Flüchtlingen geschürt worden.

Statt struktureller und präventiver Reformen gab es schon Anfang der 90er Jahre ein konzeptloses Krisenmanagement der damals SPD-geführten Verwaltung im Umgang mit Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem zusammenbrechenden Jugoslawien, mit Massenunterbringung in verrotteten Großunterkünften, Konzentration von sogenannten »Problemgruppen«, massiven Kürzungen im Betreuungsschlüssel des Wohnungsamtes und den Einsatz von privaten Wachdiensten. Das Argument, von der großen Zahl von Zugängen überrascht worden zu sein, wurde Jahre später während des Kosovokrieges wiederholt.

Statt sich auf die dauerhaft neuen Bedingungen einzustellen, zog die kommunale CDU-FDP-Regierung im Sommer 2001 eine neue Abschreckungspolitik aus dem Hut. Dem System zentraler Erfassung in der Vorgebirgsstraße, beschönigend »Beratungskonzept« genannt, wurde auf Drängen der Grünen das Mäntelchen der Gerechtigkeit umgehängt, indem dort neben allen entscheidenden Ämtern auch eine »unabhängige Beratungsstelle« des Kölner Flüchtlingsrates eingerichtet und bezahlt wurde. Sachmittel statt Sozialhilfe, zentrale Unterbringung in Sammellagern und die Einrichtung der Polizei-Soko Tasna sollten als flankierende Maßnahmen dienen.

Satire. Prominenten in den Mund gelegt. Postkarte von deportation-alliance.com

»Die zentrale Unterbringung erleichtert die Arbeit der Polizei erheblich«, so OB-Pressesprecher Merfeld am 17.08.2001 im Kölner Stadtanzeiger. Weitere gebetsmühlenartig wiederholte Begründungen waren: angeblich geringere Kosten, die Verweigerung von Kostenübernahme und Umverteilung durch Land und Bund, »unrechtmäßiges Erschleichen von Status und Geld«, Unzumutbarkeit von »Vermüllung und Vandalismus« für die Nachbarn von Wohnheimen, die Hoffnung auf ein abschreckendes Image der Stadt für Flüchtlinge. »Von den Kölner Bürgerinnen und Bürgern kann das Flüchtlingsproblem auf dem Balkan nicht allein gelöst werden«, verlautbarten CDU und FDP in ihrem Ratsantrag vom 25.10.2001. Nach der Zwangsverlegung in die marode Passendale-Kaserne folgte die Errichtung des Containerlagers für 400 Personen auf dem Abbruch-Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk, getreu dem Auftrag der Ratsmehrheit an die Verwaltung, für die Unterbringung illegal eingereister Personen wenige zentrale Standorte mit größeren Aufnahmekapazitäten zur Verfügung zu stellen. (25.10.2001). Allein die Mietkosten für die Container betrugen für 6 Monate 2,6 Millionen DM, dazu kamen die Kosten für »Betreuung« durch das Deutsche Rote Kreuz und die Zwangsverpflegung. Aber die erhoffte abschreckende Wirkung, mit der diese Kosten als nur vorübergehend gerechtfertigt wurden, musste als »gescheitert« erklärt werden (damaliger CDU-Fraktionsführer Bietmann). Da hatte auch das Containerschiff im Hafen (für 200 Personen, davon die Hälfte Kinder) als angebliche »Erstaufnahmeeinrichtung« für 7 Monate, nichts geholfen.

Inzwischen gibt es zunächst weder Containerlager noch Containerschiff. Das neue Konzept einer CDU-Grünen-Politik im Rat plant dezentrale Einrichtungen, und um die Standortsuche und Akzeptanz soll sich u.a. ein »Runder Tisch für Flüchtlingsfragen« kümmern. Beschleunigt wurde diese Kursänderung sicher auch durch die vehementen Proteste von vielen Kölner Gruppen gegen eine unmenschliche Politik. Aber es bleiben hässliche Flecken: Widerstand von Nachbarn gegen bestehende

> »Im Umgang mit Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland wurde und wird unschwer erkennbar, dass im Grundgesetz festgeschriebene und einige wesentliche, von der Bundesrepublik anerkannte und ratifizierte Menschen- und Völkerrechtsstandards in vielen Fällen nicht gewährleistet bzw. nicht umgesetzt werden. Die Würde von Flüchtlingen ist antastbar. Die institutionelle Maßnahmenpolitik gegen Flüchtlinge ist Ausdruck einer demokratisch abgesicherten, rechtlich verbrämten Menschenverachtung.«
>
> Heiko Kaufmann (Pro Asyl)

oder einzurichtende Heime, der fruchtbare Bodensatz von aggressivem Rassismus, der durch die konzertierte Kampagne von Politikern und Medien (z.B. die »Klaukid«-Kampagne des Kölner Express) zusätzliche Nahrung bekam, Großrazzien der Polizei und Abschiebeflüge, das unselige »Beratungskonzept«, Teile der Verwaltung, deren feindselige Einschätzung von Flüchtlingen als »Belastung« der Stadt sich nahtlos an feindselige Nachbarschaftsproteste anschließt, u.v.m.

Wenn im Zuge der weitergehenden Ausgrenzungspolitik auf Bundes- und Europa-Ebene eine rechtliche Basis für die Einrichtung von Lagern (»Ausreisezentren«) geschaffen ist, dann kann Köln schon auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Dann müsste die Stadt sich konsequenterweise geschlossen den Protesten gegen Lager anschließen, weil sie untragbar sind. Oder?●

AKTIONEN GEGEN EIN LAGERSCHIFF

Das Ruder herumreißen

Am 10. Dezember 2002, kurioserweise dem Tag der Menschenrechte, erreichte ein Containerschiff der Firma Bibby-Line den Hafen in Köln-Deutz. Mit diesem Schiff hielt auch die Stadt Köln den seit geraumer Zeit propagierten widerlichen Abschreckungsprozess gegen Flüchtlinge auf menschenunwürdigem Kurs.

Von Michel Deutschewitz, Redaktion Köln ● Als Ersatz für das durch großen öffentlichen Druck von kmii vom Roten Kreuz aufgegebene Containersammellager im Stadtteil Kalk sollte das Lagerschiff »Transit« dienen. »Die Stadt Köln machte auch gar keinen Hehl daraus, was sie sich von menschenunwürdigen Unterbringungen mit Zwangsverpflegung und Isolation wie diesen versprach«, so ein Aktivist der Kölner kmii-Gruppe.

Ein abschreckendes Bild für Menschen, die vor Not und Verfolgung geflohen sind, sollte projeziert werden, verbunden mit der Aussage, dass MigrantInnen doch besser da bleiben, wo sie verhungern oder gefoltert werden, denn viel mehr an Menschlichkeit werden sie hier auch nicht zu erwarten haben. Gegen diese eklige Strategie, die sich bundesweit großer realdemokratischer Beliebtheit erfreut, mobilisierte die Kölner Gruppe von Beginn an mit Vehemenz. Um das Sammellager der »Transit« als »schillerndes Symbol« dieser negativen Qualität drehten sich etliche Aktionen der Kampagne in Köln. Ein Aufsehen entfachender Erregungskorridor war die Blockade beim Einlaufen des Lagerschiffes. Knapp 50 AktivistInnen von »kein mensch ist illegal« und aus deren Umfeld beteiligten sich an der Aktion. Fünf hatten sich an der Kaimauer abgeseilt, zwei stellten sich mit einem Paddelboot quer und verhinderten so das endgültige Anlegen des Lagerschiffes. Dadurch gelang es einer weiteren Gruppe, das Dach des Schiffes zu besetzen. Andere standen auf der Kaimauer und vermittelten die Aktion nach außen. Die starre Befehlsstruktur der Ordnungshüter war mit der Situation komplett überfordert, so dass eine fünfstündige Pattsituation das Anlegen verhinderte.

»Da selbst die konservative, gleichgeschaltete Kölner Presse und das Fernsehen berichteten, gerieten die verantwortlichen Politiker in große Erklärungsnöte«, so ein Beteiligter. Selbst Oberbürgermeister Schramma erklärte ob dieses öffentlichem Drucks, dass keine Kinder auf dem Schiff leben sollten. »Was einem Eingeständnis, dass das Ding Scheiße ist, gleichkommt!«, so ein Aktivist. Es war eine gelungene Aktion. Es gab eine große öffentliche Auseinandersetzung wegen der Einkasernierung in Sammellagern. »kein mensch ist illegal« hatte es geschafft, mit der Thematik in den herrschenden Diskurs reinzubrechen. Das Schiff wurde vor offiziellem Vertragsende als Sammellager aufgelöst: eine Pleite für die Stadt und ihre ausgrenzende rassistische Politik!

Im Februar 2004 kam es zu den ersten Prozessen gegen die DachbesetzerInnen, die allesamt mit der Einstellung des Verfahrens endeten, da es Verfahrensfehler in der Anklage gab: Der Kläger verfügte nämlich zum Zeitpunkt der Schiffsbesetzung gar nicht über das Hausrecht.. Die Verfahren gegen die anderen Beteiligten stehen noch aus.

Eure Unterstützung und Solidarität ist gefragt. Kommt zu den Prozessen, beteiligt Euch am Widerstand gegen die Festung Europa, gegen den alltäglichen (staatlichen) Rassismus, gegen Ausgrenzung und Verwertbarkeitsdenken. Unterstützt das Netzwerk und MigrantInnen aktiv, denn KEIN MENSCH IST ILLEGAL!●

Besetzung des Lagerschiffes für Flüchtlinge. Köln, Dezember 2002 Foto: arbeiterfotografie.com

PROZESS GEGEN DREI BGS-BEAMTE

Tod bei Abschiebung

Redaktion Köln ● Zwanzigjährig starb der sudanesische Flüchtling Aamir Ageeb am 28. Mai 1999 während seiner Abschiebung im Lufthansa-Flug LH 588. Aamir Ageeb erstickte qualvoll, weil er von drei Beamten des Bundesgrenzschutzes gefesselt, fixiert, unter einem Helm auf den Sitz gepresst wurde. Die drei Beamten mußten sich Anfang des Jahres vor dem Amtsgericht Frankfurt verantworten. Doch der Prozess ist geplatzt. Das Amtsgericht verwies das Verfahren an das Landgericht, da sich bei der Verhandlung ein hinreichender Tatverdacht herausgestellt hat, dass die BGS-Beamten sich nicht nur der fahrlässigen Tötung, sondern gar der Körperverletzung mit Todesfolge schuldig gemacht haben.

Inzwischen hat das »Aktionsbündnis gegen Abschiebungen / kein mensch ist illegal« gegen den Lufthansakapitän Eike R. Strafanzeige gestellt. Das Bündnis wirft dem Piloten fahrlässige Tötung durch Unterlassen vor, was sich aus der Beweisaufnahme vor dem Amtsgericht ergeben habe. Der Kapitän – verantwortlich für die Sicherheit aller Passagiere – hätte den Transport des gefesselten »Schüblings« unter allen Umständen ablehnen müssen. »So etwas darf nie wieder passieren.« begründet Hagen Kopp vom Bündnis die Anzeige.

Die Menschenrechtsorganisation »Res Publica« hat eine Dokumentationsseite zu Ageeb eingerichtet: http://lola.d-a-s-h.org/~rp/ageeb/index.php.

Weitere Infos zum Abschiebungswahn mittels Fluggesellschaften bei www.aktivgegenabschiebung.de/links_depclass.html.

Der Frankfurter Arzt Claus Metz (IPPNW) hat mit einem Probanden die Fesselung von Aamir Ageeb nachgestellt. Mit zunehmender Rumpfbeugung werden die Hände in die Magengrube gepresst und der Helmausschnitt in ein Kissen. Atembewegung wird vollständig unterbunden.
Quelle: Res Publica-Dokumentationsseite Ageeb.

DISKUSSION: RESIDENZPFLICHT IST EIN LINKES, ANTIRASSISTISCHES THEMA

Ein Kampf ums Ganze

AktivistInnen aus Flüchtlingsorganisationen werden seit Jahren nicht müde, die Residenzpflicht als zentrale rassistische Maßnahme zu thematisieren und zu bekämpfen – auf politischer, wie auf juristischer Ebene.

Xenia Toledo ● Dagegen sind im Dickicht linker Flugblätter und anderer Verlautbarungen diejenigen mit der Lupe zu suchen, die von Seite der non-refugees aus das Thema Residenzpflicht – deskriptiv oder analytisch – zur Sprache bringen und politische Intervention einfordern. Dass die jeweils Betroffenen eines Unterdrückungsverhältnisses meist selbst für die Thematisierung ihrer Situation im politischen Diskurs und Tagesgeschehen Sorge tragen müssen, ist nichts wirklich Neues und scheint ein Charakteristikum linker Politik zu sein.

Von einem Großteil der bundesdeutschen radikalen Linken, zumindest wenn sie sich nicht primär als antirassistisch begreift, werden die generelle Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Hunderttausenden von Menschen, die hierin der BRD leben, und deren Kämpfe nur bedingt wahrgenommen. Manche reagieren auf die Hartnäckigkeit, mit der Flüchtlinge für Anti-Residenzpflicht-Kampagnen werben und auf ihre aufklärenden Statements über die brutale und verletzende Beschneidung des Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit mit Unverständnis, Abgenervtheit oder mit Polemik, wie z.B. zuletzt auf dem 6. Antirassistischen Grenzcamp in Köln 2003.

Warum ist das so? Die Vermutung liegt nahe, dass die Residenzpflicht von vielen linken AktivistInnen ohne Migrations- oder Fluchthintergrund in ihrer ganzen Dimension unterbewertet, zumindest jedoch unterschätzt wird: Bei einer isolierten Betrachtung der Residenzpflicht als einer bloßen, zugegebenermaßen rassistischen »Verordnung« können leicht entscheidende Zusammenhänge nicht erkannt werden. Das mag zunächst an der Struktur der Sache liegen: Die Residenzpflicht ist eine in der Alltäglichkeit verhaftete Entrechtungserfahrung. Und wie vieles, was Menschen als Unterdrückung und Gewalt in ihrem Alltag erfahren, bleibt sie für nicht direkt Betroffene im Bereich des Unsichtbaren – so sich diese nicht die politische und menschliche Mühe machen, genauer hinzusehen.

Aktion vor der Bremer Innenbehörde: Übergabe der Unterschriftenlisten gegen die Abschiebung von John Agbolete

Alltägliche Entrechtung

Im Gegensatz zur Residenzpflicht wirken andere rassistische Verbrechen wie rechtsextreme Angriffe auf als nichtdeutsch Wahrgenommene oder, um bei staatlichem Rassismus zu bleiben, Abschiebungen möglicher Weise skandalöser und stellen für linke Politik einen greifbareren, deutlicheren oder gar »radikaleren« Bezugspunkt politischer Intervention dar. So werden Aktionen gegen Abschiebungen – ohne hier wiederum behaupten zu wollen, diese wären an der linken Tagesordnung – als spektakulärer, attraktiver erlebt als das profane Organisieren und Bezahlen von Autos oder Bussen, um Flüchtlingen die schikanösen und gefährdenden Kontrollen auf Bahnhöfen und in Zügen zu ersparen.

In einer Zeit, in der »Globalisierung« zum politischen Zauberwort avanciert ist, mögen Auseinandersetzungen über die bundesdeutsche Residenzpflicht überdies auf manche zu begrenzt wirken, politisch schwer zu füllen sein oder werden unter Umständen fürs globale Politbusiness schlicht für nicht wichtig genug befunden.

Doch auch hier gilt es, weitsichtiger zu sein. Die Residenzpflicht-Regelung ist eben genau das: eine deutsche Erfindung. Und sie sucht, neben den Passgesetzen im ehemaligen Südafrika, weltweit vermutlich ihresgleichen. Schon allein das »typisch Deutsche« an der Residenzpflicht wäre eine genauere, auch historische Analyse, mindestens aber eine besondere Skandalisierung wert. Zudem liegt hier eine weitere Gefahr: Bisher war es meist die Bundesrepublik, die europaweit die Standards für eine noch menschenverachtendere noch rigidere Asylpolitik gesetzt hat. Es gibt wenig Gründe, warum sich andere EU-Staaten nicht auch an diesem Punkt von deutscher Abschreckungspraxis überzeugen lassen sollten. Noch gibt es die Residenzpflicht ausschließlich in der BRD. Wo, wenn nicht hier, sollte also für ihre Abschaffung gekämpft werden, um eine Ausweitung auf das Schengen-Europa zu verhindern?

Einigen weiteren linke Ressentiments gegen Anti-Residenzpflicht-Kampagnen soll hier etwas der Wind aus den Segeln genommen werden. Oft stehen implizite oder explizite Vorbehalte im Raum, solcherart Kampagnen fehle der Angriff aufs Ganze und es handele sieh hierbei doch um das »immer Gleiche«. Unabhängig davon, dass ersteres vor dem Hintergrund der noch aufzuzeigenden weit reichenden Konsequenzen der Residenzpflicht ein nicht wirklich nachvollziehbarer Blick ist, kann hier manche Gegenfrage in selbigen Raum gestellt werden: Worin liegt denn das »immer Neue«, Abwechslungsreiche und Nicht-Repetitive an Aufrufen zu Anti-Nazi-Demos oder Anti-Castor-Aktionstagen? Und selbst wenn – was ist hier die inhaltliche Substanz der Kritik? Kämpfen nicht auch Feministinnen seit 30 Jahren zum Großteil mit den Gleichen – und nach wie vor richtigen – Argumenten gegen sexualisierte Gewalt? Einen Kampf im übrigen, der eben genauso lange nötig ist, wie Sexismus nicht der Vergangenheit angehört.

Um es noch einmal zu betonen: Die Residenzpflicht ist eine den gesamten Lebensalltag von Flüchtlingen durchdringende Erfahrung der Ausgrenzung, Demütigung, Isolierung und Entrechtung. Das Eingesperrtsein in einem der 323 Landkreise der BRD (der kleinste davon ist im übrigen gerade einmal 350 qkm groß, das sind in etwa 18 Kilometer im Quadrat), bestimmt die Lebensrealität der Menschen, die dem unterworfen werden – und zwar nicht nur in jenen Momenten, wo sie diesen Landkreis verlassen möchten oder müssen. Aus diesem Zustand resultiert vielmehr ein generell stark belastendes Lebensgefühl und, verbunden mit der Internierung in den so genannten Flüchtlingsheimen, die Erfahrung, im Land der Asylsuche als Gefangene behandelt zu werden.

Flüchtlingsselbstorganisationen machen aus diesen Gründen die Residenzpflicht zu einem zentralen Thema und formulieren das politische Ziel, diese rassistisch motivierte und gesetzlich legitimierte Beschneidung der Bewegungsfreiheit abzuschaffen.

Residenzpflicht: Eine deutsche Erfindung

Die Residenzpflicht-Verordnung hat zunächst juristische Konsequenzen. Was beim ersten Verstoß eine Ordnungswidrigkeit ist, wird beim zweiten Verstoß schon als Straftat gewertet. Verglichen mit anderen Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. dem Falschparken, eine grobe Absurdität. Der Verstoß kann dann mit einer Geldstrafe bis zu 2.600 Euro oder einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden. Bei mehrmaligem Verstoß droht sogar die Abschiebung.

Residenzpflicht kann zudem weitere Strafverfolgungen nach sich ziehen. Dies zeigt ein aktueller Fall aus Gera: Constance E., einer Karawane- und The-Voice-Aktivistin wurde im April 2003 eine Genehmigung zum Verlassen des Landkreises verwehrt, da sie keine schriftliche Übersetzung eines auf englisch formulierten Einladungsschreibens vorlegen konnte. Danach verwies der Sachbearbeiter die Antragstellerin des Raumes. Als Asylbewerberin habe sie in ihrem Heim zu bleiben und dürfe nirgendwo hingehen. Als Constance auf einer Erlaubnisbestand, erklärte er, sie sei verrückt und solle gefälligst ins Krankenhaus gehen. Constance weigerte sich daraufhin, das Büro zu verlassen, bevor sie nicht die ihr zustehende Genehmigung erhalten habe. Der Sachbearbeiter rief die Polizei, von der Constance unter Gewaltanwendung auf die Wache verschleppt wurde, wo sie weiteren Misshandlungen ausgesetzt war. Die Ausländerbehörde stellte Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Im Dezember wurde Constance E. vom Amtsgericht Gera zu 50 Tagessätzen verurteilt, ein Urteil, das 20 Tagessätze über der staatsanwaltschaftlichen Forderung lag.

Residenzpflicht ist ein Instrument der öffentlichen Stigmatisierung von Flüchtlingen, MigrantInnen und allen anderen Menschen, die als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Die willkürlichen polizeilichen Kontrollen dieser konstruierten Personengruppe werden zu einem erheblichen Teil mit dem § 56 Asylverfahrensgesetz, der Residenzpflicht, legitimiert. Solche Kontrollen sind nicht nur qua Definitionem rassistisch, da ausschließlich als nicht-deutsch wahrgenommene Personen kontrolliert werden. Sie sind es vor allem in der Praxis: Polizei, Zoll und BGS begegnen den zu Kontrollierenden mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zu verbalen Ausfällen, persönlichen Erniedrigungen bis hin zu offener rassistischer Gewalt – und üben diese auch aus. Sei es im bürokratischen Alltag, sei es auf der Straße und in Bahnhöfen, sei es hinter verschlossenen Türen auf den Polizeiwachen.

Residenzpflicht ist ein Instrument der Kriminalisierung. Wollen sich Flüchtlinge zusammenschließen, um gegen staatliche rassistische Gewalt organisiert anzukämpfen, müssen sie permanent ihre Landkreise verlassen, da sie isoliert und über das ganze Bundesgebiet verstreut leben. Angesichts der gängigen Praxis der Ausländerbehörden, Flüchtlingen, die an politischen Veranstaltungen teilnehmen wollen, die Erlaubnis auf Verlassen des Landkreises zu verwehren, sind diese in Folge mit den jeweiligen juristischen Konsequenzen konfrontiert. Da die Gefährdung der Asylverfahren durch Residenzpflichtverletzungen sehr präsent ist, ist es für AktivistInnen zudem oft schwer, Menschen aus Flüchtlingsheimen zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund kann von dem gezielten staatlichen Versuch der Verhinderung von Flüchtlings(selbst)organisierung gesprochen werden. Gerade Linke sollten im übrigen wissen, wie wichtig die Ausübung politischer Interessen für die Identität einer Person ist, die sich entschieden hat, für ihre und für die Rechte anderer zu kämpfen.

Residenzpflicht kann krank machen. Flüchtlinge gehen oft nicht zur nötigen Behandlung zu FachärztInnen, weil diese außerhalb des Landkreises stattfinden. Diejenigen, die nicht in dem ihnen zugewiesenen Landkreis leben, begeben sich an ihrem Wohnort zudem häufig erst gar nicht in offizielle ärztliche Behandlung.

Residenzpflicht kann lebensgefährlich sein. Viele Flüchtlinge berichten von der lebensbedrohlichen Erfahrung, in einem Landkreis leben zu müssen, in dem zahllose Nazis aktiv sind und brutale rassistische Angriffe auf der Tagesordnung stehen. Anträge auf Umverteilung aus diesen Gründen haben jedoch nahezu keine Aussicht auf Erfolg. Im Oktober 2000 springen zwei Frauen aus dem 4. Stock eines Hamburger Wohnhauses, weil die Polizei an der Tür klingelt. Sie haben zwar gültige Aufenthaltspapiere, sind jedoch in einem anderen Landkreis registriert. Beide Frauen ziehen sich lebensgefährliche Verletzungen zu, eine der Frauen ist seitdem Rollstuhlfahrerin.

Residenzpflicht kann tödlich sein. Eine Bewohnerin eines Frauenhauses in Bielefeld fühlt sich von ihrem Ehemann bedroht und stellt im Frühling 2003 einen Antrag auf Umverteilung, um zu ihrem Schutz in ein Frauenhaus einer anderen Großstadt ziehen zu können. Während der Antrag auf Umverteilung auf irgendeinem Schreibtisch der Ausländerbehörde auf seine Bearbeitung wartet, spürt der Ehemann die Frau auf einem Bielefelder Wochenmarkt auf und erschießt sie auf offener Straße.

Ansatzpunkt für gemeinsamen Kampf

Angesichts all dieser Dimensionen der Residenzpflicht sollte jene von bundesdeutschen linken AktivistInnen als politisches Interventionsziel wahr- und ernst genommen werden. Der Kampf um das Recht auf freie Bewegung und gegen die unsichtbaren wie absurden Landkreis-Grenzen im »eigenen« Land ist, etwas pathetisch formuliert, ein Teil der Kämpfe um Freiheit und gegen Grenzen weltweit.

Die Kämpfe von Flüchtlingen gegen staatliche Repression und Polizeibrutalität, gegen Residenzpflicht und Abschiebung unterstützen ihrerseits auch linke Politik. Hier könnten Ansatzpunkte gefunden und Bündnisse geschlossen werden – ohne die Unterschiedlichkeit der Entrechtungserfahrungen und bestehende Hierarchien wegreden zu wollen. Denn eins ist aller Dekonstruktion zum Trotz sicher: Politisch und gesellschaftlich betriebene rassistische Ein- und Ausschlüsse hinterlassen – auf allen Seiten – ihre Spuren im Denken, Fühlen und Handeln. In einem gemeinsam zu führenden Prozess von inhaltlicher Auseinandersetzung und offensiver Politik könnte es dennoch um ein gemeinsames Ringen um Befreiung gehen. ●

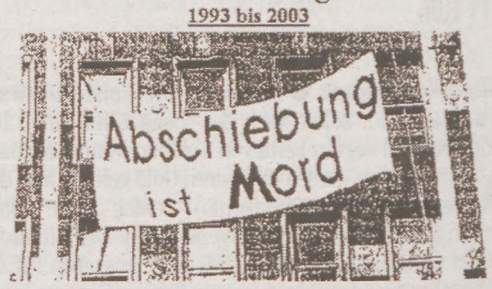
Aus: bremer kassiber, April 04

JETZT AUF CD-ROM

11. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

1993 bis 2003



Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Die Chronologie umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen. Sie umfaßt auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Fluchtversuche, die oft nur durch Zufall nicht tödlich für die Flüchtlinge endeten. Diese Zusammenstellung umfaßt Angriffe und Anschläge auf Flüchtlingssammellager(siehe auch: www.berlinet.de/ari/titel.htm).

Zusätzlich zum GESAMT-TEXT der auch in Heftform erscheinenden Chronologie sind auf dieser CD-ROM Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen in pdf-, rtf- und html-Formaten vor.

THEMEN sind u.a.:
• Die Grenzen • Selbsttötungen und Selbstverletzungen • Mißhandlungen bei Abschiebungen • Folter nach Abschiebungen • Kurdische Flüchtlinge • Togoische Flüchtlinge • Minderjährige Flüchtlinge • Getötete und mißhandelte Flüchtlinge in Flugzeugen und auf Flughäfen • Getötete und verletzte Flüchtlinge durch Betreuungs- oder Bewachungspersonal •

Die CD-ROM kostet 10 € (plus 1,60 € Porto und Verpackung). Zum gleichen Preis ist das Heft (DIN A4 – 270 Seiten; Ringbindung) erhältlich bei:

Antirassistische Initiative e.V. - Yorckstr. 59 - 10965 Berlin
Fon 7857281 - Fax 7869984 - eMail: ari-berlin@gmx.de

DOKUMENTATION: LOKALE WÄHRUNG

Berliner sind endlich was wert

Ab September soll es in Prenzlauer Berg eine neue Währung geben: den »Berliner«. Er soll die kleinen Läden vor Ort stärken, die das Geld akzeptieren. Das Projekt wird aus Lottomitteln gefördert. Nachfolgend dokumentieren wir einen Beitrag und ein Interview aus der taz Berlin lokal vom 16.4.2004.

Von Richard Rother, taz-berlin ● Einen Abnehmer für die neue Währung hätte Johann Israel schon. »Wir bekommen eine Gemüsekiste aus Brandenburg«, meint der Mitgesellschafter der Podium Berlin-Brandenburg GbR, die in Prenzlauer Berg Software entwickelt und Webseiten erstellt. »Der Lieferant würde auch Berliner nehmen, das haben wir schon geklärt.«

Berliner – damit ist kein Bier gemeint, auch keine Pfannkuchen. »Berliner« sind eine neue regionale Währung, die ab September zunächst in Prenzlauer Berg ausgeteilt werden soll. Die Idee: Für einen »Berliner« bekommt man einen Euro, den man in den beteiligten Kiezläden ausgeben kann. Der Wert des Geldes ändert sich dadurch nicht, nur der Name.

Mit dem neuen Geld sollen vor allem kleine regionale Händler und Unternehmen gestärkt werden – die großen würden sich daran ohnehin nicht beteiligen. Denn wer »Berliner« in der Tasche hat, wird sie auch in den Läden vor Ort ausgeben: auf dem Markt, im Tante-Emma-Laden, in der Kneipe. Für die Läden liegt der Vorteil auf der Hand: Mit dem neuen Geld, das aus rechtlichen Gründen »Gutschein« heißt, binden sie Kunden an sich, gewinnen neue Interessenten, machen auf sich aufmerksam.

Für die Verbraucher ändert sich erst einmal wenig. Da sie in den betreffenden Geschäften auch mit Euro zahlen könnten, bedeutet der »Berliner« nur zusätzlichen Aufwand. Allerdings für einen guten Zweck, soll doch die regionale Wirtschaft gestärkt werden, von deren vielfältigem Angebot die Verbraucher profitieren. Zudem sollen, so planen es die Initiatoren, mit dem Geld soziale und kulturelle Projekte im Stadtteil gefördert werden.

Wie das geht? Die wundersame Geldvermehrung entsteht dort, wo immer Geld gemacht wird: in der Wechselstube, die in einem Büro der Grünen Liga in der Prenzlauer Allee eingerichtet werden soll. Wer nämlich »Berliner« in Euro zurücktauschen will, muss eine Umtauschgebühr von fünf Prozent zahlen – damit werden dann die Kiezprojekte gesponsert. Für den Einzelnen heißt das also: möglichst alle »Berliner« ausgeben.

Den Händlern hingegen könnte der Rücktausch Probleme bereiten. Sie hätten aber durch den »Berliner«-typischen Umsatz ohnehin von der neuen Währung profitiert, argumentiert der Organisator der neuen Währung, Dag Schulze. Daher könnten sie die Rücktauschgebühr, für die auch Rabattmodelle im Gespräch seien, tragen. »Das Geld soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt«, so Schulze.

Einige Läden hat er schon begeistern können. Mit 20 Geschäften könnte schon gestartet werden, wenn ein vielfältiges Angebot garantiert sei, so Schulze. Ziel sei, den Ökomarkt am Kollwitzplatz zu integrieren. »Die Menschen im Kiez sind sehr offen dafür«, ist sich Schulze sicher. »Bürgerschaftliches Engagement wird hier groß geschrieben.«

Schulze verweist auf positive Erfahrungen, die mit einer Regionalwährung in Bayern, dem »Chiemgauer«, gemacht wurden. Der wurde im Herbst in der Stadt Prien gestartet. Mittlerweile seien rund 100 Geschäfte dabei. »Das wollen wir nachahmen«, sagt Schulze, dessen Projekt von der GLS Gemeinschaftsbank und der Agentur Zukunftsfähiges Berlin unterstützt wird. Die stellte 10.000 Euro aus Lottomitteln zur Verfügung. Geld machen kostet schließlich Geld. Die Funktion der Zentralbank soll ein Verein übernehmen, der zurzeit gegründet wird.

Für den Software-Unternehmer Israel lohnt sich das Engagement. Zumindest ideell. Zwar könne seine Firma kurzfristig keine großen Umsätze durch den »Berliner« generieren. »Aber es ist eine tolle Idee, um die vielen kleinen, exotischen Läden im Kiez zu retten.«●

Infos: www.berliner-regional.de

taz Berlin lokal Nr. 7335 vom 16.4.2004, Seite 22

INTERVIEW

»Eine Währung ohne den Ballast der Zinsen«

Eine lokale Währung bietet Chancen für Projekte, die vom Euro schlecht bedient werden, erklärt Margrit Kennedy, ehemalige Professorin für Ökologisches Bauen in Hannover und Koautorin eines Buches über Regionalwährungen.

taz: *Frau Kennedy, was würden Sie der Berliner Initiative zur Einführung einer Regionalwährung raten?*

Margrit Kennedy: Nicht zu große Versprechungen zu machen – Vorteile und Nachteile klar erläutern! Es empfiehlt sich, das ganze Experiment von einer wissenschaftlichen Einrichtung validieren zu lassen. Die Regionalwährungen sind ja ein völlig neuer Ansatz, bei dem noch einige Barrieren in den Köpfen überwunden werden müssen, um die nötige Glaubwürdigkeit zu erlangen.

Welche Nachteile hat eine Regionalwährung?

Es gibt Millionen Arbeitslose und gleichzeitig Millionen Jobs, die gemacht werden müssen. Aber es gibt kein Geld, um die beiden zu verbinden. Das hoffen wir, mit den Regionalwährungen zu schaffen. Ich sehe im Moment keine großen Nachteile. Es sei denn, dass bestimmte Vorsichtsmaßnahmen nicht getroffen werden und es zu Fälschungen kommt wie in Argentinien.

Der »Roland« in Bremen kommt nicht so richtig ins Rollen, der »Chiemgauer« ist dagegen ein Erfolg.

Das hängt auch davon ab, wie viel Öffentlichkeitsarbeit Sie machen und über welche Ressourcen Sie verfügen. Der »Roland« war die erste Regionalwährung, der »Chiemgauer« konnte aus den gemachten Fehlern lernen. Wir sind ganz am Anfang. Das ist ähnlich wie das Fliegen zu Zeiten der Gebrüder Wright. Da sahen die Flugzeuge auch noch nicht so aus wie die heutigen Jumbojets.

Erfüllt Berlin die Voraussetzungen für eine Regionalwährung?

Die Probleme sind überall dieselben. Die Zinsen sind ja eine Art Stolperstein für alle sozialen und ökologischen Projekte. Es werden keine Investitionen getätigt, wenn nicht zumindest die Zinsen wieder eingebracht werden. Da die Regionalwährungen ohne diesen Ballast der Zinsen auskommen, haben sie die Chance, in diesen Bereich hineinzuwirken, der vom heutigen Geld sehr schlecht bedient wird.

Woher kommt eigentlich die Idee?

Die Idee ist an vielen Stellen gleichzeitig entstanden. Die üblichen Tauschringe können nur etwa 1 Prozent dessen, was man zum Leben braucht, abdecken. Und die großen Währungen wie Euro und Dollar wird man so schnell nicht ändern können. Was bleibt, ist eine Zwischenebene: die Region.

Wie sind Sie zu diesem Thema gekommen?

Auf der Internationalen Bauausstellung ab 1987 in Berlin habe ich die Forschungsabteilung Ökologie und Energie geleitet. Überall wo ich hinkam und unsere Projekte vorstellte, sagten die Leute, schön und gut, aber das rechnet sich nicht. Damit sich etwas rechnet, muss man mindestens die Zinsen bezahlen können. Das Zinssystem, mit Zins und Zinseszins, fordert immer ein exponentiales Wachstum. Daher kann die Ökologie mit der Ökonomie in diesem Geldsystem nie zusammenkommen.

Soll der »Berliner« den Euro in der Region ganz ablösen?

Nein »Berliner statt Euro« ist totaler Blödsinn. Wir können den Euro nicht ablösen. Aber wir können ihn in den Bereichen ergänzen, in denen er nicht besonders gut funktioniert. Erst mal sind die Regionalwährungen auch an den Euro gekoppelt. Vielleicht wird man schon bald eine Tauschstelle einrichten, wo man zwischen zwei Regionen das Geld direkt und damit billiger tauschen kann als über den Euro.●

Interview: Wibke Bergemann

taz Berlin lokal Nr. 7335 vom 16.4.2004, Seite 22

ERLANGEN: ÜBERREGIONALER TAUSCHRING

Goldring und ein Bürgergeld in Goldwährung

Der nachfolgende Beitrag lag in etwas anderer Form schon für unseren Schwerpunkt »Tauschringe« in der Ausgabe April 2004 (Nr. 234) vor. Die für den Schwerpunkt zuständige Redaktion Hamburg hielt den Ansatz für zu abstrus. Da der Goldring-Tauschring sehr auf eine Veröffentlichung bestand, veröffentlichen wir ihn nun dennoch. Vielleicht gibt es ja da eine oder andere kritische Reaktion darauf: Der GOLDRING ist ein überregionaler Tauschring, gegründet von Günter Koch, Erlangen, mit inzwischen 104 Mitgliedern. Der Jahresbeitrag liegt derzeit bei 11 EUR.

Günter Koch, Erlangen ● Besondere Merkmale: Die Währung ist Gold, daher auch der Name GOLDRING. Der Goldbestand liegt in Form von Goldbarren und -Münzen vor. Die Konten werden in Gramm Gold geführt. Von den Konten (Guthaben/Kreditkonto) werden keine Abbuchungen für Verwaltung vorgenommen. Das physische Gold ermöglicht im GOLDRING z. B. Ausgaben für die Verwaltung und weitere Ausgaben für gemeinsame Interessen ohne ein Systemkonto damit zu belasten. Außerdem gibt es für jedes Mitglied Bürgergeld in Goldwährung. Es beträgt zur Zeit 0,06g im Abstand von zwei Wochen. Das ermöglicht es auch Mitgliedern, die keine Leistungen anbieten können, welche in Anspruch zu nehmen. Der GOLDRING kann daher als Vorzeigemodell für einen Sozialstaat dienen, der diesen Namen zu Recht trägt. Im großen Maßstab (Volkswirtschaft) könnte das Bürgergeld eine Grundsicherung gewährleisten, die über dem heutigen Sozialhilfeniveau liegt. Es kann jeder, unabhängig von Abstammung, Nationalität oder Religion und Wohnsitz Mitglied werden.

Wer sich noch genauer mit dem theoretischen Hintergrund befassen will, sei auf meine Internet-Seite www.patentrezept.de (u. a. Staat ohne Steuern) hingewiesen. Ich bin nach Absprache gern bereit, auch im kleineren Kreis vor Ort Vorträge zu dem Themenkomplex zu halten. Wenn ich entsprechend unterstützt werde, so dass die Organisatoren des nächsten TR-Bundestreffens vom 17. bis 19. September 2004 in Münster einverstanden sind, sehe ich hier eine gute Gelegenheit für einen Vortrag vor dem Plenum dieser Veranstaltung. Ich bin offen für öffentliche Diskussionen, scheue nicht den Dialog und bin zuversichtlich, dass die Einfachheit meines Konzepts auch kritischen Fragen stand hält.

Zu den von CONTRASTE gestellten Fragen im einzelnen:

1.) *Wie viele formelle Mitglieder braucht ein Tauschring nach eurer Erfahrung, um eine attraktive »Tauschdichte« zu ermöglichen?*

Grundsätzlich meine ich, je mehr Mitglieder ein Tauschring hat, um so besser funktioniert er. Es ist auch denkbar, dass ein »Tauschring« mit nur zwei Personen bereits gut funktioniert, wenn Angebot und Nachfrage zusammenpasst.

2.) *Wie hoch ist bei euch etwa der Anteil der für den Tauschring Aktiven zur Gesamtzahl der Mitglieder?*

Ich betrachte jedes Mitglied, das eine Leistung erbracht hat, als aktives Mitglied. Im GOLDRING beträgt nach dieser Definition der Anteil der aktiven Mitglieder etwa 50%. Das mag im Vergleich zu anderen Tauschringen niedrig erscheinen und erklärt sich z. B. daraus, dass die Mitglieder des GOLDRINGs weit verstreut sind und daher die Entfernungen manchmal recht groß sind. Zum anderen stehen die Mitglieder im GOLDRING nicht unter Leistungsdruck, da – wie bereits erwähnt – keine laufenden Abbuchungen von den Konten der Mitglieder (für Verwaltungsaufwand) vorgenommen werden, wie es in anderen Tauschringen der Fall ist.

3.) *Gibt es bei euch eher eine Tendenz dazu, dass Menschen mehr direkten Kontakt miteinander aufnehmen und sich gegenseitig helfen? Oder bleibt es eher bei der formellen und punktuellen Tauschbeziehung?*

Als Koordinator des GOLDRINGS bekomme ich im allgemeinen nur dann Kenntnis von Kontakten, wenn die Abrechnung einer Leistung über das jeweilige Konto erfolgt. Abgesehen davon erfahre ich nur zufällig von Kontaktaufnahmen über die formellen Tauschbeziehungen hinaus, so dass ich hierzu keine generelle Aussage machen kann. Einzelfälle dieser Art sind mir aber bekannt.

4.) *Seht ihr praktische Auswirkungen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Tauschringen?*

Der Handel zwischen Tauschringen mit unterschiedlichen Währungen ist bei uns dadurch möglich, dass einige GOLDRING-Mitglieder auch Mitglied in anderen Tauschringen sind. Diese Personen können Währungstausch übernehmen. Das ist notwendig, weil Stunden in Gold und umgekehrt getauscht werden müssen.

So gibt es bereits Kooperationen zwischen dem GOLDRING und den Tauschringen

- »Gib & Nimm«, Nürnberg
- Cambodiunum, Kempten
- »Nimm & Gib«, Memmingen
- Bad Aibling
- Nachbarschaftshilfe Bad Aibling
- LETS München
- Westerwald, Montabaur

Daraus ergibt sich die Möglichkeit, dass die Mitglieder des GOLDRINGs und der angeschlossenen Tauschringe aus einem erweiterten Angebot wählen und ihre Leistungen einem größeren Personenkreis anbieten können. Dies ist gerade unter dem regionalen Aspekt vorteilhaft und wurde bereits praktiziert.

5.) *Wie wollt ihr euch weiter entwickeln?*

a) Wollt ihr einfach ein übersichtlicher Tauschring bleiben?

Zunächst soll der GOLDRING weiter wachsen und dadurch den Gegebenheiten einer Volkswirtschaft weiter angenähert werden. Mein Ziel ist es, praktische Erfahrungen zu sammeln und den GOLDRING langfristig zum Vorzeige-Modell für ein alternatives System zu entwikkeln.

b) Möchtet ihr euch einem Ansatz für Regionalgeld bzw. der geldreformerischen Bewegung anschließen, oder habt es schon?

Ich beobachte diese Entwicklungen mit großem Interesse und habe auch schon den Dialog mit den maßgeblichen Vertretern dieser Bewegungen gesucht. Im Gegensatz zu vielen Alternativwährungen wäre mir eine einheitliche Währung wie etwa Gold wesentlich sympathischer, was das Wirtschaften vereinfachen würde. Die herkömmlichen Währungen in ihrer gegenwärtigen Funktion, insbes. den Euro, betrachte ich als Auslaufmodell. Die Regionalwährungen, wie etwa der Regio (Kennedy) oder der Chiemgauer (Gelleri) halte ich nicht für geeignet, unsere offiziellen Währungen abzulösen. Auch andere geldreformerische Bewegungen (z. B. Silvio Gesell) bieten, wie ich meine, keine zufriedenstellende Perspektive.

c) Oder seht ihr euch eher als ein Ansatz von demokratischem Wirtschaften, der die gegenseitige Hilfe über das Tauschen hinaus weiterentwickeln möchte?

Zunächst müsste der Begriff »demokratisches Wirtschaften« genau definiert werden. Es geht hier wohl nicht um Modelle betrieblicher Mitbestimmung oder Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen. Ich verstehe diesen Begriff so, dass die Regeln für die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinschaft auf einer Mehrheitsentscheidung eines gewählten Organs beruhen. Für mich ist die Regelung selbst Gegenstand der Betrachtung, auch wenn sie nicht in einem demokratischen Prozess zustande gekommen ist. Es kann eben auch eine Einzelperson ein taugliches Konzept erarbeiten, wie es mir gelungen ist. Im Wirtschaftsleben treffen viele Individuen tagtäglich Entscheidungen, z. B. etwas zu kaufen, verkaufen, vermieten usw. und stimmen sich dabei nicht vorher mit einer – wie auch immer gearteten – demokratischen Instanz ab. Im GOLDRING jedenfalls hat jedes Mitglied m. E. genügend Freiheit für Kreativität bei seiner wirtschaftlichen Betätigung, da ich der Meinung bin, dass es nur so viele Einschränkungen geben darf, wie unbedingt nötig, was selbst vom politischen Establishment – besonders vor Wahlen – postuliert wird. Mit dem von mir entwickelten Konzept wäre zwar die Arbeitslosigkeit (Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaftspolitik) nicht beseitigt, würde aber kein Problem mehr darstellen. Das von mir vorgesehene Bürgergeld ermöglicht ein Auskommen für alle (aus welchen Gründen auch immer) nicht arbeitenden Menschen. Es gibt inzwischen auch bei führenden Wirtschaftswissenschaftlern diesbezüglich ernsthafte Überlegungen (ARD-Sendung MONITOR v. 29.1.2004).

Es ist nicht primär beabsichtigt, ein grundsätzlich anderes Gesellschaftssystem zu installieren, wenngleich sich allein aus den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Konsequenzen in anderen Lebensbereichen ergeben dürften.

d) Vielleicht seht ihr für euch andere Möglichkeiten der Entwicklung? Oder habt ihr euch darüber gemeinsam noch keine Gedanken gemacht?

Insofern darf ich auf die Ausführungen zu 5a bis c verweisen.●

HAUS & GARTEN eG

Gestützte Selbsthilfe

– Chancen für Arbeitslose auf Beschäftigung in Genossenschaften

Das Diakonische Werk/Netzwerk Diakonie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald bietet seit ca. zehn Jahren langzeitarbeitslosen Menschen Hilfen zur Rückkehr ins Erwerbsleben. Seit einiger Zeit sieht sie dabei genossenschaftliche Lösungen als besondere Chance. Eine Genossenschaft – Haus & Garten eG – wurde bisher erfolgreich initiiert und eingetragen. (*) Eine weitere Genossenschaftsgründung befindet sich in Vorbereitung. Beide werden als Test für die Initiierung eines umfassenderen genossenschaftlichen Netzwerkes verstanden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Jahrelang organisierte das Diakonische Werk im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald seine Angebote zur Integration von Langzeitarbeitslosen im Dienstleistungsbereich. In der Regel wurden Menschen – gefördert für ein Jahr nach § 19 BSHG – beschäftigt. Die erfolgreiche Eingliederung nach diesem Jahr in den ersten Arbeitsmarkt fiel trotz größter Anstrengungen meist bescheiden aus. Ständig war das Projekt am Rande der Finanzierbarkeit, ständig wechselten die kommunalen und überregionalen Vorgaben.

Die Rolle des Ermöglichers

Aus dieser Unsicherheit heraus, aber auch wegen der zum Teil hoch motivierten MaßnahmeteilnehmerInnen wurde nach Alternativen gesucht. Anregungen dafür gab Klaus Poser in einem Vortrag zum Thema »Die Zukunft der Diakonie – Vom Macher zum Ermöglicher«:

»Die neue Qualität des Ermöglichers ist angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung Zivilgesellschaft und des damit einhergehenden Beratungs- und Starthilfebedarfs von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen dringend erforderlich. Mit ihrem Angebot steht die Diakonie jedoch in Konkurrenz mit anderen Diensten. Seine Annahme wird in hohem Maße davon abhängen, welches Ansehen und welchen Ruf sie sich personell und durch Qualität ihrer operativen Arbeit als Macher vor Ort erworben hat. Aber selbst wenn ihr Angebot angenommen wird, wird es in einem begrenzten Rahmen erfolgen, einmal hinsichtlich der zu erwartenden Anfragen, vor allem aber wegen ihres beschränkten Kompetenzspektrums. Sie wird sich dringend mit anderen Akteuren zusammentun und vernetzen müssen, die über notwendige ergänzende Kenntnisse und Ressourcen verfügen, und letztlich ihren Beitrag, vor allem in der Stadtteilarbeit als Koproduktion vieler Beteiligter verstehen und organisieren müssen. Dafür bedarf es einer starken Basis sowohl zur Erneuerung und Stärkung der eigenen Kompetenzen wie der Kontakte und Wahrung des Ansehens. Sie ist in der Beibehaltung und Sicherung des operativen Bereiches, d.h. der Rolle des Machers zu sehen. Ohne sie würde wahrscheinlich auch das Sensorium für die potentiellen Zielgruppen schwächer ausfallen...«.

Im Anschluss an den Fachvortrag von Poser wurden folgende Thesen erarbeitet:

- Ermöglicher brauchen neue Strukturen – genossenschaftliche?
- Strukturen müssen sich flexibel den Entwicklungen und Notwendigkeiten anpassen – und nicht umgekehrt.
- »Machen« und »Ermöglichen« schließen sich nicht aus, denn qualifiziertes »Machen« fördert differenziertes »Ermöglichen«.
- Der Wandel vom Macher zum Ermöglicher erfordert ein neues Verständnis bei Betroffenen und Profis: Leistungsanbieter und Leistungsnehmer und nicht Leistungsempfänger.

Grundlagen und Leitgedanken

Schließlich wurde die Idee konkret, interessierte Langzeitarbeitslose in einer Genossenschaft zusammen zu schließen. Der erste Anlauf scheiterte. Die Genossenschaftsform war zu fremd. Aus aktuellem Anlass wurde diese Idee Anfang aber 2003 erneut aufgegriffen. Beim zweiten Mal mit Erfolg.

Für die einsetzenden Aktivitäten waren einige wichtige Erkenntnisse wegweisend: Unter den MaßnahmeteilnehmerInnen gibt es Menschen, die das Ziel Erwerbsarbeit noch nicht aus dem Auge verloren haben. Für sie existieren im Dienstleistungsbereich Tätigkeiten, die wirtschaftlich zu leisten sind. Zu deren Umsetzung sind Fördermöglichkeiten vorhanden, die auch schwer vermittelbaren Arbeitnehmern eine Chance geben. Als Erschwernisse waren das Bildungsniveau der in Frage kommenden Menschen zu berücksichtigen, das heißt sie brauchen in jedem Fall Unterstützung bei einer eventuellen wirtschaftlichen Tätigkeit. Hintergrund hierfür ist das schwach ausgeprägte Vertrauen in den Erfolg der Unternehmung als Folge der negativen Erfahrungen der Menschen bei Bewerbungen oder bei der Ausgrenzung aus dem Erwerbsbereich. Insofern lautete die Schlussfolgerung: Genossenschaft, statt Ich-AG!

Vorteile der Genossenschaft

Was nun macht die Genossenschaft so interessant?

● **Selbstverantwortung/Unabhängigkeit:**
Die GenossenschafterInnen schließen sich zusammen, um ein unabhängiges Modell der Eigeninitiative aufzubauen. Damit nehmen sie ihre Geschicke selbst in die Hand.

● **Mitbestimmung/Demokratie:**
Das Grundprinzip einer Genossenschaft ist, dass jede Person gleiches Stimmrecht in der jährlich tagenden Generalversammlung besitzt – unabhängig vom eingesetzten Kapital. Die Generalversammlung wählt aus ihrer Mitte ehrenamtliche AufsichtsrätInnen und Geschäftsführer.

● **Mitverantwortung/Solidarität:**
Die GenossenschafterInnen verpflichten sich zu gegenseitiger Solidarität. Die Genossenschaft dient der Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder. Dieses Prinzip ist in der *Haus und Garten eG* besonders ausgeprägt. Der überwiegende Anteil der GenossenschafterInnen sind ehemalige Langzeitarbeitslose, die inzwischen wieder im Erwerbsleben einen Platz gefunden haben. Sie sehen in ihrer Mitgliedschaft ein lebendiges Symbol für die Stärkung der Interessen von Arbeitslosen in der Wirtschaft und damit in der Gesellschaft.

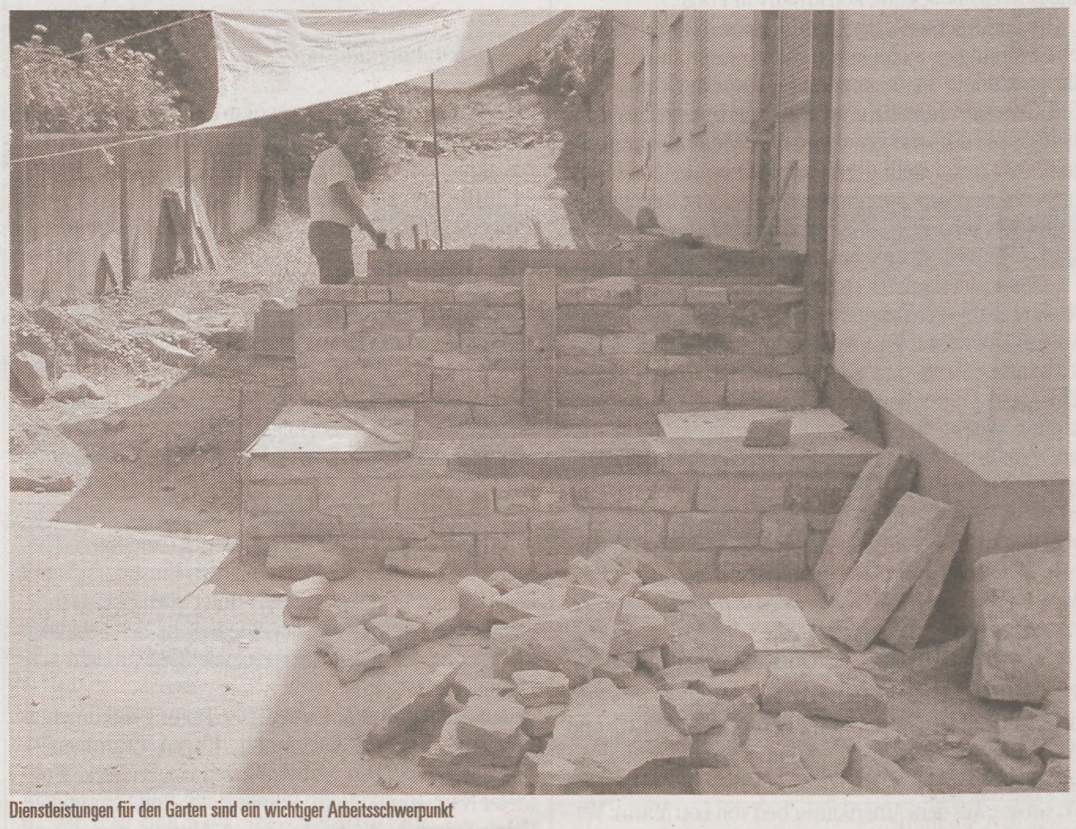
● **Organisation:**
Die Organisationsform der Genossenschaft bietet Sicherheit und Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Sie kann zur Bewegung einer Idee werden, an der sich viele durch Genosserischaftseinlagen und damit verbundene Verantwortung für die Umsetzung der Genossenschaftsziele beteiligen. Langzeitarbeitslosen wird so eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gegeben.

Chronologie der Gründung

1. Vorbereitung und Auswahl der künftigen Mitarbeiter (Herbst 2002)
Wesentliches Ziel der Genossenschaftsgründung war, die drohende Arbeitslosigkeit nach Ablauf der § 19 BSHG-Maßnahme »Arbeit statt Sozialhilfe« abzuwenden. In persönlichen Gesprächen wurden »arbeitswillige« Maßnahmeteilnehmer beraten und motiviert, ihre Kraft in eine neu zu gründende Genossenschaft zu investieren. Drei Mitarbeiter waren bereit, darunter ein Mitarbeiter mit geistiger Behinderung, Behinderungsgrad über 50 %.

2. Werbung für weitere Mitglieder für die zu gründende Genossenschaft (November 2002)
Die Werbung für weitere Mitglieder einer neu zu gründenden Genossenschaft stand unter der Prämisse, möglichst viele Menschen aus der Region in die Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte zu gewinnen. Dabei erwies sich als überraschend, dass von den 14 Gründungsmitgliedern sieben ehemalige Langzeitarbeitslose waren. Sie haben wieder Fuß im Erwerbsleben gefasst und sehen es für sich als eine Verpflichtung an, mit ihrem genossenschaftlichen Engagement anderen eine Chance zu geben. Ziel für das Jahr 2003 sind 20 Mitglieder, erreicht wurden bisher 21 mit Anteilszeichnungen von jeweils 200 EUR. Im Laufe des Jahres 2004 sollen weitere 70-100 Mitglieder hinzugewonnen werden.

3. Kontaktaufnahme zum Badischen Genossenschaftsverband (November 2002)
Nach dieser positiven Entwicklung erfolgte ein Informations-und Beratungsgespräch mit einem Vertreter des Genossenschaftsverbandes vor Ort. Dieses Gespräch war motivierend, entsprechend folgte eine weitere Konsultation in den Räumen des Genossenschaftsverbandes Baden in Karlsruhe. Hier wurden die Vorstellungen einem Gremium bestehend aus Jurist, Betriebswirt usw. vorgetragen.



Dienstleistungen für den Garten sind ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt

Die Aufnahme war äußerst einladend, unterstützend und für das Vorhaben förderlich.

4. Erste Gründungsversammlung am 13. Januar 2003
Die erste Gründungsversammlung missglückte. Die Hauptakteure glaubten gut vorbereitet zu sein. Ein Genossenschaftsvertrag war mit dem Genossenschaftsverband abgestimmt und so konnten 20 InteressentInnen begrüßt werden. Sehr schnell wurde jedoch klar, dass insbesondere Fragen nach Haftung und Verantwortung der Gremien und der Mitglieder nicht befriedigend beantwortet werden konnten. Die Versammlung musste abgebrochen und vertagt werden.

5. Zweite Gründungsversammlung am 23. Januar 2003
In der Zwischenzeit wurden intensive Beratungsgespräche mit dem Badischen Genossenschaftsverband geführt und ein Vertreter des Genossenschaftsverbandes zur Gründungsversammlung zugezogen. Von den 20 TeilnehmerInnen der ersten Versammlung waren noch 14 interessiert und verabschiedeten die vorgelegte Satzung.

6. Prüfung durch den Genossenschaftsverband am 28. Februar 2003
Die Prüfung war vor Ort und benötigte einen Tag. Die Erwartung, dass nun die Eintragung der Genossenschaft schnell erfolgen würde, erfüllte sich nicht. Im Mai 2003 wurden seitens des Prüfers Bedenken hinsichtlich der Finanzierung formuliert. Diese konnten durch eine Erfolgsbilanz mit ca. 16.000 EUR vorläufigen Gewinns zum 30.6.03 ausgeräumt werden. Das Jahr 2003 wurde schließlich mit einem Gewinn von 9.743 EUR bei ausreichenden Rückstellungen erfolgreich abgeschlossen. Die Eintragung ins Genossenschaftsregister erfolgte zum Februar 2004, so dass mittlerweile die Nabelschnur zum Arbeitsprojekt des Vereins Netzwerk Diakonie durchtrennt ist. Mit festem Arbeitsvertrag angestellt sind zurzeit drei Personen. Weitere fünf werden je nach Auftragsbestand vom Verein Netzwerk Diakonie ausgeliehen.

Angebote der Genossenschaft

Zu den wichtigsten Leistungen der Genossenschaft gehören Angebote zur Haus- und Gartenpflege. Für das Haus sind dies Grundreinigung, Fenster putzen und Winterdienst. Für den Garten stehen als Arbeiten im Vordergrund Hecken schneiden, Rasen mähen, Unkraut jäten, Baumschnitt, Bepflanzungen, Pflege von Grünanlagen und die Neugestaltung von Gärten. Diese Aufgaben wurden möglich durch die Beteiligung eines arbeitslosen Gartenbauingenieurs, der seine Liebe zu dieser Integrationsfirma gefunden hat und hier eine besondere Aufgabe sieht.

Die Zielgruppen, die mit diesen Leistungen am Markt erreicht werden sollen, sind vor allem Haus- und Gartenbesitzer, Hausverwaltungen, Kommunen, Einrichtungen des Diakonischen Werkes und anderer Wohlfahrtsverbänden sowie evangelische und katholische Kirchengemeinden in der Region. Zumindest in den ersten drei Jahren nach Gründung der Genossenschaft werden sich dabei die Aktivitäten auf die Gemeinden des Dreisamtales beschränken.

Die Marktanalyse weist eine Einwohnerzahl von 23.000 Einwohnern aus. Das besondere dabei ist, dass das Dreisamtal bevorzugtes Wohngebiet von Beamten, Lehrern wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren von den Hochschulen in Freiburg ist. Diese Personengruppen haben vor Jahren ihre Häuser mit relativ großen Grundstücken im Dreisamtal gebaut. Mit den Jahren zogen die Kinder aus und die Besitzer wurden älter und bewältigen die erforderlichen Arbeiten nicht mehr. Sie sind die bevorzugten Kunden der Genossenschaft. Ziel ist es möglichst viele dieser Kunden auch als Mitglieder der Genossenschaft zu gewinnen, um so eine hohe Kundenbindung zu erreichen.●

* Die Ausführungen beruhen überwiegend auf einen Vortrag von Jürgen Dangl vom Netzwerk Diakonie e.V. im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, den er anlässlich einer Tagung zum Thema »Hilfe zur Selbsthilfe – Genossenschaftliche Lösungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen« in Braunschweig gehalten hat.

TAGUNGSDOKUMENTATIONEN

Genossenschaften in der Sozialen Arbeit

Im Juni 2003 veranstaltete der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Frankfurt eine Fachtagung über Sozialgenossenschaften Deutschland. Die gut besuchte, erfolgreiche Veranstaltung ist jetzt in einem kleinen Sammelband dokumentiert. Drei Beiträge führen in das Thema ein: Burchhard Bösche beschreibt die Vorteile der Genossenschaft, Burghard Flieger erläutert die Chancen, die in Sozialgenossenschaften für soziale Einrichtungen stecken, während Conrad Skerutsch die Funktion von Genossenschaften für den sozialen Bereich eher problematisiert, da dort die Existenzsicherung von Organisationen zunehmen vor der der Nutzer gestellt wird. Danach folgen Beschreibungen zweier erfolgreicher Beispiele: der »Betriebsgenossenschaft der Spastikerhilfe Berlin« und der »made in hasenbergl eG«, einer Genossenschaft für lokale Ökonomie in München. Abschließend plädiert Nicole Göler von Ravensburg dafür, die genossenschaftliche Rechtsform für soziale Dienstleister und Betroffene mehr zu nutzen, damit in der sozialen Arbeit nicht Strukturen entstehen, »die keiner wollte, die aber dann nicht mehr zu verändern sind.« Das Büchlein ist für das Thema auf jeden Fall ein sehr lesenswerter Einstieg.

Nicole Göler von Ravensburg (Hg.): Perspektiven für Genossenschaften aus Sicht der Sozialen Arbeit (Marburger Beiträge zum Genossenschaftswesen 42, bestellbar über Institut für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg, Am Plan 2, 35032 Marburg), Marburg 2004, 12 EUR.

In einer siebenundfünfzigseitigen Broschüre dokumentiert Elisabeth Voß die verschiedenen Schritte, Veranstaltungen, Diskussionen und Workshops auf dem Weg zu einer Stadtteilgenossenschaft im Berliner Stadtteil Schöneberg. Die Veröffentlichung enthält vor allem für ähnliche Initiativen zahlreiche Anregungen über sinnvolle Vorgehensweisen, um Menschen auf dem Weg zu einer Genossenschaft zu mobilisieren.

Elisabeth Voß, Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation (Hg.): Gemeinsam mehr erreichen – Zusammenarbeit in einer Stadtteilgenossenschaft Schöneberg als wirtschaftliche Selbsthilfe im Bezirk, (Bestellung: NETZ eV., Postfach 620553 10795 Berlin), Berlin 2003●

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften

Anzeige

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Zeiten des Kampfes

Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) war eine der bedeutendsten Organisationen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA. Seine Kampagnen und direkten gewaltfreien Massenaktionen in den sechziger Jahren spitzten die Kämpfe der US-amerikanischen Schwarzen gegen die rassistische Diskriminierung zu und trieben sie voran. Carson beschreibt erstmals die gesamte Entwicklungsgeschichte des SNCC.

Die Erfolge in den Anfangsjahren, als die AnhängerInnen des SNCC aus religiösen oder moralischen Motiven den Glauben in die Kraft der gewaltfreien direkten Aktion und den graswurzelrevolutionären Organisationsansatz teilten. Mit »Sit-Ins«, »Freiheitsfahrten« und den Kampagnen zur Eintragung in die WählerInnenlisten griff die Organisation das System der Segregation in den Südstaaten an. Das SNCC stellte in dieser Zeit die dominierende Rolle von Martin Luther King in der Bürgerrechtsbewegung konstruktiv in Frage.

Im Laufe der sechziger Jahre wurden diese gewaltfreien Strömungen – einige von ihnen waren durch libertär-gewaltfreie Ideen geprägt – zurückgedrängt. Das SNCC wurde schließlich von AnhängerInnen eines militanten, separatistischen schwarzen Nationalismus dominiert. Carson stellt diese Entwicklung des SNCC keineswegs als einen geradlinigen Prozess der Radikalisierung dar, sondern vielmehr als Zerfall einer ehemals starken und einflussreichen Organisation.

»Zeiten des Kampfes« ist aber nicht nur die Geschichte einer Bürgerrechtsorganisation – erzählt auf der Basis von Interviews, Protokollen, unveröffentlichten Diskussionspapieren und erst seit kurzem zugänglichen FBI-Akten -, die in der deutschsprachigen politischen Literatur bislang kaum wahrgenommen wurde. Es ist auch ein Lehrstück über Erfolge und Abwege sozialer Bewegungen. Der Autor Carson war Mitglied im SNCC und ist heute Professor für Geschichte an der Stanford University und Direktor des *Martin Luther King, Jr., Papers Project*. Für sein Buch wurde er mit dem *Frederick Jackson Turner Award der Organization of American Historians* ausgezeichnet.●

Quelle: Verlagsmitteilung

Clayborne Carson: Erwachen des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren, Mit einem Nachwort von Heinrich W. Grosse, Aus dem Amerikanischen von Lou Marin; Verlag Graswurzelrevolution, 638 Seiten, 28,80 EUR ISBN 3-9806353-6-8, Bezug: Buchhandel oder GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
E-Mail: abo@graswurzel.net, Fax (0 24 40) 959 351
Web: www.graswurzel.net

Mythos Attac

Es war ein kometenhafter Aufstieg. Im Juni 2001 bereits als Zentrum des Widerstandes in den Medien benannt, als der Verein nur wenige Mitglieder hatte. Ein halbes Jahr später vom Stern zur »Organisation des Jahres« ernannt, aufgestiegen zu den Mikrophonen der quotenstärksten Politiksendungen und -blätter. Noch ein Jahr später wird der Attac-Chefideologie Sven Giegold vom Stern-Jugendmagazin »Neon« zum Mann des Jahres gekürt – und lässt alles mit Rang und Namen, von Michael Ballack bis Daniel Küblböck locker hinter sich. Als sich die Friedensbewegung (gegen den Irakkrieg) und der Protest gegen den Sozialabbau formieren, ist Attac von der ersten Minuten an deren Sprachrohr. Durch Kongresse und neue Zeitschriften ist seit 2003 auch die Umweltbewegung auf dem Weg in den Hafen »Attac«.

Zweifelsfrei: Der Medien-Hype um Attac hat politischen Protesten mehr öffentliche Wahrnehmung gebracht. Konkrete Forderungen wie die Tobin Tax oder das Ende des Irakkrieges wurden populär. Fraglich aber bleibt, was durch diese Popularität erreicht wurde. Hat Attac den politischen Protest gestärkt? Oder ist der Aufbau einer professionellen Kampagnen-NGO einer der Gründe, warum in Deutschland vielfältige Basisbewegungen wie in Spanien, Italien und anderen Ländern immer noch fehlen? Sind die großen Demonstrationen gegen Kriege oder Sozialabbau ein Erfolg oder mehr ein Grund dafür, dass konkreter, alltäglicher Widerstand kaum stattfindet? Wer steckt hinter Attac? Wer verfolgte mit der Gründung welche Ziele und wie haben sich diese durch den Erfolg der NGO gewandelt? Das Buch liefert präzise Informationen über die Gründung und Entwicklung von Attac, die Ideologie und die Strukturen, die gegenüber den konventionellen Verbandsformen bisheriger NGOs eine erhebliche Effizienzsteigerung brachten. Hunderte von Quellen wurden ausgewertet, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Der fällt sehr kritisch aus – und dennoch stellt das Buch klar, dass Attac ein vielfältiges Projekt ist. Die ideologische Verengung in den Führungskadern des NGOs verbindet sich mit teilweise kreativ-spritzigen Aktionsmethoden in den Basisgruppen. Die Kritik an Attac ist daher verbunden mit perspektivischen Entwürfen, wie eine Weiterentwicklung gerade der an der Basis und in Arbeitsgruppen teilweise spannenden Organisation hin in eine handlungsfähige, vielfältige und horizontal vernetzte, offenen Basisbewegung möglich ist. Insofern ist das Buch scharfe Kritik und Perspektive in einem.

Mitwirkende am Buch waren AkteurInnen aus den Basisgruppen in Göttingen, Marburg und Giessen, darunter auch Aktive in Attac-Ortsgruppen.●

Quelle: AutorInnen des Buches

Mythos Attac. Hintergründe. Hoffnungen. Handlungsmöglichkeiten. Erscheint im Brandes & Apsel-Verlag, Frankfurt
Vorbestellen (wer hätte es gedacht): Bis zum 1. Juli 2004 können die Bücher für besondere Rabatte vorbestellt werden (am besten www.projektwerkstatt.de/materialien nutzen). Statt dem späteren Verkaufspreis von 14,90 EUR kosten sie je nach Abnahmemenge nur 11 oder 8 EUR

Anzeige

Literatur für eine freiheitliche und solidarisch Welt
ESPERO, LIBERTAD, OPPO
www.alibro.de

Tagungsdokumentation

Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression
Die aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen (»Agenda 2010« und andere Reformgesetze) und ihre Auswirkungen, die das Maß an Verelendung und Ausgrenzung bei großen Teilen der Bevölkerung in die Höhe treiben werden, haben das Komitee für Grundrechte und Demokratie dazu veranlasst, vom 12. bis zum 14. September 2003 eine Tagung zu organisieren, auf der wir mit politischen Initiativen, Zeitschriftenredaktionen und engagierten Intellektuellen diese Entwicklungen unter dem thematischen Titel »Soziale Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression« analysieren, diskutieren und Perspektiven für mögliche Gegenmobilisierungen erörtern wollten. Die hier dokumentierten Tagungsbeiträge bieten in ihren verschiedenen Zugängen, Themen und Orientierungen einen guten Einstieg, sich mit dem Umbau des Sozialstaates unter menschenrechtlicher Fragestellung, mit der Wiederkehr der »sozialen Frage« und den Perspektiven sozialer Gegenmacht auseinander zusetzen.

Autorinnen und Autoren dieser Tagungsdokumentation sind: Andreas Bachmann, Jürgen Crummenerl, Christoph Görg, Dirk Hauer, Kirsten Huckenbeck, Wolf-Dieter Narr, Harald Rein, Rainer Roth, Rolf Schwendter, Helga Spindler, Wolfgang Völker, Markus Wissen und Mag Wompel.●

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression, 180 Seiten, 10 EUR
ISBN 3-88906-107-9
Zu bestellen für 10 EUR (Vorkasse) bei Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, D-50670 Köln, Tel.: (02 21) 972 69 30

Essen ohne Gentechnik

Gentechnik kann sich im Supermarkt nicht durchsetzen. Das ist das Ergebnis der bislang größten Umfrage zu Gentechnik unter Lebensmittelherstellern und Handelsunternehmen. Mit dem Greenpeace-Einkaufsratgeber »Essen ohne Gentechnik« findet man schnell heraus, welche der über 400 Firmen auf genmanipulierte Zutaten in ihren Produkten verzichten wollen und welche nicht.

Jetzt sind wir alle gefragt: Unsere Kaufentscheidung bestimmt, ob sich die Lebensmittel ohne Gentechnik dauerhaft im Supermarkt behaupten können. Mit Hilfe dieses Einkaufratgebers können die VerbraucherInnen Gentechnik in ihrem Essen vermeiden und den Konzernen deutlich machen, dass diese Risikotechnik keine Chance hat. Hier ist zu erfahren, wie die Lebensmittelhersteller es mit der Gentechnik halten.

Der Ratgeber ist auch das Ergebnis diverser Mitmachaktionen der EinkaufsNetz-Mitglieder. Ihre Protestschreiben haben dafür gesorgt, dass bereits im Sommer des letzten Jahres die große Mehrheit der Firmen erklärte, keine Zutaten aus genmanipulierten Pflanzen in Lebensmitteln einzusetzen. Doch nach wie vor werden die meisten Tiere, deren Produkte (Milch, Eier, Fleisch) auf unseren Tellern landen, mit Gentechnik gefüttert. Hier gibt's noch einiges zu tun. Den Einkaufsratführer gibt es kostenlos. Anruf oder E-Mail genügt.●

Bestell-Telefonnummer: (0 40) 306 180
E-Mail: mail@greenpeace.de
Weitere Informationen unter:
www.greenpeace.de/einkaufsnetz

Soweto

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Rage-Kollektiv, die ein Label für südafrikanischen HipHop betreiben und seit fünf Jahren die Szene publizistisch begleiten, hat der Trikontverlag 15 Songs zusammengestellt, die einen Querschnitt der urbanen südafrikanischen Musikszene nach dem Fall des Apartheidsregimes darstellen. Kwaito – wie dieser moderne Musikstil des urbanen Südafrikas heißt – ist ursprünglich eine Mischung aus Sprechgesang und importierter Housemusik, die an das vorherrschende Tanztempo angepasst wurde. Kwaito – was sich von dem Afrikaanswort »Kwaii« (heiß) ableitet und neben Gospel zu der beliebtesten Musik im modernen Südafrika gehört – ist nach Aussage eines der Begründer des Stils – »Ghettotanzmusik«. Ähnlich wie wir es vom originären afroamerikanischen HipHop / Rap her kennen, leitet sich die Beliebtheit des Kwaito durch ihre Nähe zum Publikum aus. Es handelt sich um Texte, die über die Befindlichkeiten des urbanen Südafrikas sprechen und das in einer einfachen Sprache, wie sie von ihren ZuhörerInnen gesprochen und verstanden wird. Die Texte sind meistens in Afrikaans, Zulu oder dem Slang des jeweiligen Townships gesungen, aus dem der / die SängerIn kommt, und handeln von AIDS, Drogen, Sexualität und Beziehungen. Die subkulturelle Nische, in der die Musikrichtung nach dem Ende des Apartheidsregimes ihre ersten Erfolge als Partymusik feierte, hat sie längst verlassen und einige Combos haben bereits das Interesse von Major Labels wie Sony Music erweckt.

Mal abgesehen von den historisch-politischen Hintergründen des Kwaito handelt es sich um seichte, eher langsame, tanzbare Musik.

Auf »mzansi music« findet sich allerdings weniger dieser traditionelle Kwaito, wie er als Subkultur begann, sondern mehr die neueren Stücke, die auch Technosamples, Elemente des amerikanischen Rhythm & Blues, jamaikanischen Reggaes und des HipHops aufgreifen und in ihre Musik einarbeiten. Spannend erscheint darüber hinaus, daß der Anteil von Frauen im Kwaito eher als im vielleicht in Ansätzen vergleichbaren HipHop relativ hoch zu sein scheint – z.B. handelt es sich bei »Godessa« um eine reine Frauenband.

Wie bei den meisten Veröffentlichungen des Trikontlabels liegt der CD ein sehr kompetentes, zweisprachiges Booklet bei, in dem Hintergründe über den Musikstil sowie biographische und diskographische Angaben der InterpretInnen geliefert werden. Eine Übersetzung der Texte fehlt diesmal leider.

Insgesamt ist es sicherlich ein sehr löbliches Anliegen von Trikont einen in Deutschland noch unbekannten Musikstil aus dem Post-Apartheids-Südafrika zu verlegen. Dennoch stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, dass die Veröffentlichungen der Bands bis auf einige Ausnahmen in den letzten paar Jahren entstanden, somit bereits der Generation des gehypten Kwaito angehören, der sich zum Teil musikalisch weit vom Ursprungskonzept entfernt hat. In dieser Hinsicht wäre eine bessere Mischung wünschenswert gewesen.

Ein anderer Aspekt, auf den ich als Major-Label-Hasser gestoßen bin, ist dass die Songs – alles bereits veröffentlichte – teilweise von Bands stammen, die bereits bei Sony-Music ihren Vertrag haben und wohl nicht mehr auf den Support eines Labels wie Trikont angewiesen sind.●

DJ Chaoz

Compilation: mzansi music – young urban south africa (Trikont / Indigo) US-0316
Infos und Programm von Trikont: www.trikont.com
weitere Infos über Kwaito und südafrikanischen HipHop: www.rage.co.za

Leitfaden für Arbeitslose

Das Arbeitslosenrecht ändert sich so schnell, dass kaum einer noch durchblickt.

Hier hilft der in der Fachhochschule Frankfurt am Main entwickelte »Leitfaden für Arbeitslose«. Er ist in 21. Auflage erschienen und informiert darüber, was im Jahr 2004 für Arbeitlose, Arbeitgeber und für die Agenturen für Arbeit gilt.

Das Buch ist übersichtlich aufgemacht und angesichts eines Umfanges von fast 600 Seiten und zweifarbigem Druck preiswert.●

diego

Arbeitslosenprojekt TuWas: Leitfaden für Arbeitslose. Der Rechtsberater zum SGB III. 21. Auflage. Stand 1.1.2004
Der Band kostet (einschließlich Versandkosten) 11 EUR und ist zu beziehen über: Fachhochschulverlag, Der Verlag für angewandte Wissenschaften, Kleiststr. 31, D-60389 Frankfurt, Tel.: (0 69) 15 33-28 20, Fax: 15 33-28 40
E-Mail: bestellung@fhverlag.de
Web: www.fhverlag.de

Kurzlehrgang in Sachen de Sade?!

»Ein wesentliches Prinzip meiner Philosophie, Juliette, besteht darin, der öffentlichen Meinung die Stirn zu bieten« (de Sade, in: Guillery: Sade's Juliette)

Der Marquis de Sade (1740-1814) ist eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Literatur- und Philosophiegeschichte. Seine Rezeptionsgeschichte verläuft seit seinen Lebzeiten zwischen den beiden Extremen der Vergötterung und der Verteufelung. Er wurde vom österreichischen Psychiater Krafft-Ebing 1886 in der Untersuchung »Psychopathia Sexualis« als Namensgeber des Sadismus auserwählt, wegen seiner offenen und rigorosen Schreibweise über Sexualität als Pornograph verdammt, von der Psychoanalyse als Vorgänger von Sigmund Freud gewürdigt und von den SurrealistInnen wegen seines schwarzen Humors verehrt.

»Emma«-Herausgeberin Alice Schwarzer hätte am liebsten ein Verbot seiner Werke durchgesetzt und die französische Feministin Simone de Beauvoir hat in ihrem Aufsatz »Soll man de Sade verbrennen?« Stellung für ihn bezogen. Der Philosoph Albert Camus fand in de Sade einen »Menschen in der Revolte« par excellence während Adorno und Horkheimer den Marquis in der »Dialektik der Aufklärung« zum Aufklärer der Aufklärung verklären.

In Form eines Theaterstückes nähert sich Jean-Michel Guillery dem philosophischen Systems des Marquis de Sade – eine adäquate Herangehensweise an das hauptsächlich aus Theaterstücken (über 70 Stücke) und theaterstückhaft-inszenierten Romanen bestehende Repertoire des Philosophen. Als Grundlage für das für zwei SchauspielerInnen verfasste Theaterstück »Sade's Juliette« greift Guillery auf den Juliette-Roman, der 1797 anonym im Rahmen des Doppelromans »Justine – Über das Unglück der Tugend / Juliette – Über die Wonnen des Lasters« erschien, zurück. (Eine vollständige Übersetzung des Doppelromans in deutsche Sprache erfolgte übrigens erst Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts!)

Die beide Romane erzählen den Lebensweg der beiden Schwestern Justine und Juliette, der sich jeweils diametral entgegensteht. Beide Schwestern sind im Kloster erzogen wurden und werden mit 12 bzw. 14 Jahren aus dem Kloster entlassen, weil ihr verstorbener Vater kein Geld für die weitere Ausbildung seiner Töchter vererbt hat. Für Justine stellt dies einen harten Schicksalsschlag dar, während ihre größere Schwester Juliette es als lang ersehnte Befreiung wahrnimmt.

Nach Auffassung der Feministin Elisabeth Lenk (Lenk: Justine-Juliette, in: Streitbare Philosophie, hrsg. von Gabriele Althaus und Irmingard Staeuble) stellt de Sade in diesem Doppelroman zwei Frauenbilder gegeneinander. Justine, eine von einem ins nächste stolpernde, immer märtyrerhaft bis zum bitteren Ende an ihrem Glauben festhaltende Christin, verkörpert für Lenk in diesem Roman das alte, herkömmliche Frauenbild, während ihre zwei Jahre ältere Schwester, die sich dem Laster und dem Vergnügen hingibt und dabei stets den Erfolg auf ihrer Seite hat, das Bild einer selbstbewussten, emanzipierten Frau darstellt.

Guillery interessiert sich nicht für die Figur der »Justine«; ihm geht es ausschließlich um ihre Schwester Juliette (die es auch dem Krisis-Theoretiker Robert Kurz in seiner unqualifizierten de Sade-Verdammung im »Schwarzbuch des Kapitalismus« angetan hat), die er als Gesprächspartnerin und Schauspielerin in seinem Stück einbringt und dem Marquis als Partnerin gegenüberstellt. Sie bleibt allerdings als Protagonistin ziemlich blass. Sie dient Guillery vorrangig als Interviewerin, um de Sade grundlegende aussagen seiner Philosophie in den Mund zu legen. Im Dialog und gemeinsamen Schauspiel der beiden werden die Grundlagen seines philosophischen Systems unter ausschließlicher (!) Verwendung von ausgewählten, prägnanten Originalzitaten aus seinem Werk erklärt.

In kurzer und knapper Form werden auf diese Weise die Begründung seines Atheismus, die Feindschaft gegenüber der Religion (»das schlimmste Verbrechen der Menschheit«) und der bürgerlichen Moral als auch die Betonung des Lustaspektes pointiert vorgebracht. Es ist beachtenswert, in welcher knappen und akzentuierten Form es Guillery gelingt, das de Sadesche Philosophiegebäude in 15 Szenen zu präsentieren und den Appetit auf das Gesamtwerk anzuregen. Eingerahmt wird dieses Theaterstück durch Bezüge auf seine Biographie.

Es spielt 1794 in Picbus, in einer Klosterzelle, in der de Sade sich eingangs auch über die französische Revolution äußern darf. Sade wurde kurz zuvor wegen angeblicher konterrevolutionärer Tätigkeiten - nach dem er bereits zwei Jahre aktiv in revolutionären Gremien mitgearbeitet hat und erst durch die Revolution aus dem Gefängnis befreit wurde - erneut inhaftiert. Die Beschreibungen der sexuellen Szenen sind hingegen auf ein verhältnismäßig geringes Maß reduziert und damit wird auch wieder einmal gezeigt, dass diese nicht den alleinigen Kern der Literatur de Sades bilden, wie es ihm viele KritikerInnen vorwerfen.

Mir kommt jedoch die Wiedergabe eines wichtigen Stilelementes de Sades Gesellschaftskritik zu kurz – nämlich das Mittel der Karikatur. Die in de Sades Werk auftauchenden Personen sind in vielen Fällen Karikaturen der französischen Oberschicht, die er nutzt, um Kritik an ihrer Selbstgefälligkeit, Moral und Lebensweise zu üben. Eine Reihe der Persönlichkeiten weisen auch Wesensmerkmale bekannter Persönlichkeiten seiner Zeit auf. Diese literarische Kunstform findet keinem Platz in dem »Kurzlehrgang de Sades«.

Guillerys Theaterstück bietet stattdessen einen guten, pointierten Einstieg in das philosophische Gedankengebäude des französischen Literaten, der flüssig geschrieben ist. Im Gegensatz zum Original wurde auf die sich aneinanderreihenden Redundanzen der sich in ihrem Ausmaß jeweils steigernden Sexszenen verzichtet. Für de Sade-KennerInnen ist eine erheiternde und nette Lektüre für Zwischendurch.

Neben diesem bereits 1994 publiziertem Theaterstück sind Ende vergangenen Jahres beim Merlin Verlag Neuauflagen von de Sade's Erziehungsroman »Philosophie im Beaudoir« (ISBN 3-87536-010-9, 13,80 EUR) und der wenig rezepierten Kurzgeschichtensammlung »Verbrechen der Liebe« (ISBN 3-87536-165-2, 12,80 EUR) als ungekürzte Studienausgaben erschienen.●

M.S. für LPA

Jean-Michel Guillery: Sade's Juliette (Merlin Theater, 1994, ISBN 3-926112-40-9, Preis: 8,40 EUR)

JOBSUCHE

EDV-Profi bietet sozialen oder sonstwie »nützlichen« Projekten und Initiativen seine Mitarbeit an. Höhe der Entlohnung ist nicht ausschlaggebend. Nach langjähriger selbständiger Arbeit als Ingenieur möchte ich meine umfassenden Kenntnisse in Hard- & Software in einem motivierenden Kontext einsetzen.
☎ (02 21) 31 79 11
E-Mail: tecrafan@justmail.de

PROJEKTE

Göttinger Pferdeomnibus sucht BeifahrerInnen mit Pferdeerfahrung. Wir, drei Frauen mit acht Pferden bilden ökologisches Verkehrsprojekt.
☎ (05 51) 303 98 61

Andalusien: Finca (ca. 100qm), 12.000qm Grund, Brunnenwasser, drei km vom nächsten Dorf, ca. 80 km nördlich von Sevilla, geeignet für Gemeinschaftsprojekt. Preis 80.000 EUR.
Chiffre: 237-1.

Wir (m/w, 44 J.), ganzheitlich, ökologisch lebend auf Resthof (3 Gebäude; 2,3 ha) in Mecklenburg bei Parchim (je 1,2 h bis Hamburg / Berlin) suchen mobilfunkunabhängige Gleichgesinnte für Lebensgemeinschaft in eigenen Wohneinheiten. Finanzielle Beteiligung erwünscht.
☎ (03 87 24) 2 00 33
E-Mail: BaubiologieMV@aol.com

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde
(FORTZETZUNG FOLGT)

DA
DIREKTE AKTION
Anarchsyndikalistische Zeitung
Straßburgerstr. 38
10405 Berlin
da-abo@fau.org
6 Ausgaben 9 Euro

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Mendelson, Berlin, Foto: Martin Langer

Zeitungen für Gefangene

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

 # 275 Deutscher Kolonialismus (I)
▸ Vergangenheitspolitik ▸ Genozid in Namibia ▸ Tansania-Park ...
 # 276 Deutscher Kolonialismus (II)
▸ Kamerun ▸ Tanzania ▸ Kolonialdenkmäler ▸ Deutsche Ethnologie ▸ Feministische Debatten ...
Einzelpreis je € 4,-
iz3w ▸ Telefon 07 61 – 7 40 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

★ widerstand gegen staat und krieg ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ ökologie ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Schnupperabo 5 € (3 Hefte)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15.** des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

____
____
____
____
____
____
____

SCHNIPSEL

vernetzen2.0
zelkämpfer Internet Anzeigen Initiativen Autoren
vernetzen2.0

Lesen Sie ab sofort täglich in junge Welt, wie linke Aktivisten, Initiativen, Publizisten, Organisationen auf verschiedenste Weise, aus unterschiedlichen Anlässen und mit vielfältigsten Ideen ihre Kräfte bündeln, wie sie dafür unsere linke Tageszeitung nutzen und sie zugleich stärken. Garantiert sind auch Anregungen für Sie dabei. Oder es ist Platz für Ihren Beitrag.
Lesen! Mitmachen! Abonnieren!

www.jungewelt.de

Probeabo

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Das Abo soll ab Montag, den .... beginnen.
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut/Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 26,80 Euro,
O Soliabo: 34,20 Euro,
O Sozialabo: 19,60 Euro.

Ich bezahle mein Abo
O monatlich (nur mit Bankeinzug),
O vierteljährlich (3 % Rabatt),
O halbjährlich (4 % Rabatt),
O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung
O Einzugsermächtigung

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

Die Tageszeitung
junge Welt
... täglich am Kiosk

kämpfen und lesen

[die andere gewerkschaftszeitung]
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische zeitung
Probeheft gratis Straßburgerstr. 38| 10407 Berlin| da-abo@fau.org

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: ***www.akweb.de***

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, **Redaktion Dresden,** Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 10961 Berlin, **Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (030) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, **Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, **Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, **Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; 28201 Bremen, **Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (0421) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, **Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, **Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Bornbreite 39, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, **Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, **Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; 60316 Frankfurt, **Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (0681) 37 15 02; 69035 Heidelberg, **Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, **Redaktion Nekkar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, **Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (07144) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de; 90419 Nürnberg, **Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

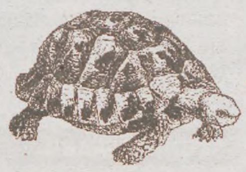
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎ (06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg,** Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In der aktuellen Ausgabe (4/04) u.a.:
- Andreas Keller: »Unternehmen Uni«, zur Privatisierung der Hochschulbildung
- »Mangelnder Nationalstolz?«, Briefwechsel zur IG BCE-Kampagne ›Modell Deutschland...‹
- »Rote Karte für Bündniswillige«, Netzwerk-Info Gewerkschaftslinke 1/2004
- Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp: »Satzung für globale Wanderei«, UN-Konvention zum Schutz von MigrantInnen
- »3D-Jobs in Südkorea – auch hier: dreckig, gefährlich, schmutzig«, Interview mit einem illegalen Gastarbeiter
- Clovis Zimmermann/Marina da Cruz Silva: »›Null Hunger‹ unter Lula?«, erste Erfahrungen mit dem Armutsbekämpfungsprogramm in Brasilien
- Ralf Kliche/Nadja Rakowitz: »David gegen Goliath«, Widerstand gegen die US-Besatzung von Diego Garcia

O Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
O Ich möchte die nächsten 4 akt. Aus-gaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 6.-8.8.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

FRAUEN

Alternative Lebensformen:
eine Chance für die ökonomische Situation von Frauen?
Unser Wirtschaftssystem hat viele VerliererInnen – dazu zählen vor allem Frauen: Voll erwerbstätige Frauen verdienen nur zwei Drittel dessen, was Männer verdienen, obgleich in punkto Entlohnung Gleichberechtigung zu bestehen scheint. Immer noch erhalten Frauen am Ende ihres Arbeitslebens geringere Rentenzahlungen. Alleinerziehende Mütter sind nicht selten auf Sozialhilfe angewiesen. Trotz Gleichstellungsbestrebungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Beziehungsverhältnissen schneiden Frauen in Bezug auf die ökonomische Lage und Zugang zu Ressourcen im Vergleich zu Männern immer noch schlechter ab.
Wir wollen im Seminar geschlechtsspezifische Faktoren der Ökonomie beleuchten und uns mit der Frage beschäftigen, in wie weit alternative Formen des Lebens und Wirtschaftens ein Weg sein können, Benachteiligungen von Frauen entgegen zu wirken. Dabei wird es Gelegenheit geben, die eigene Lebensrealität und Lebensräume auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen zu reflektieren und ein konkretes Beispiel alternativen Lebens und Wirtschaftens kennen zu lernen.
Termin: 9.7.-11.7.2004
Information & Anmeldung:
Arbeit&Leben Hessen
Königsteiner Str. 29, D-61440 Oberursel
☎(0 61 71) 5 76 22
E-Mail: AuL-Hessen@t-online.de

SELBSTORGANISATION

Politische Organisationsformen
Seminar zu Anspruch und Wirklichkeit von politisch organisierten Gruppen
In unserer hierarchisch aufgebauten Gesellschaft organisieren sich Menschen in Gruppen, Vereinen, Institutionen und Initiativen, um ihren eigenen Ideen und Zielen Gehör zu verschaffen und umzusetzen. Diese Gruppen sind meistens auch hierarchisch organisiert, entwickeln aber den Anspruch gleichberechtigt zu arbeiten. Das Seminar betrachtet genau diese Ambivalenz und trägt durch Hinterfragen zur Analyse von Organisierungsformen bei. Dabei stehen in der Bestandsaufnahme die Art und Weise, wie sich die Gruppen organisieren, sowie die Folgen hinsichtlich der gruppeninternen Zusammenarbeit und der Wirkung nach Außen im Vordergrund. Dem gegenüber soll ein gedachtes Modell gesetzt werden, wie die Gruppen dem eigenen Anspruch auf Emanzipation und Selbstorganisation in der Arbeitsweise und Form der Gruppenorganisation gerecht werden können.
Termin: 18.-20.06.2004, NaturErlebnis-Hof Hausen
Information & Anmeldung:
BiKo, Bildungskollektiv im arranca. e.V.,
Nordstrasse 50, D-99092 Erfurt
☎(01 70) 213 22 27
E-Mail: biko@arranca.de

BREMEN

Isolierte Kämpfe und die »allgemeine menschliche Emanzipation«
Menschenrechte, Partikularismus und Proletariat
Vortrag mit Kirsten Huckenbeck, Offenbach
Um dem Vorwurf des bloß partikularen Interesses zu entgehen und eigene Ansprüche zu legitimieren, orientieren sich soziale Protestbewegungen zunehmend an menschenrechtlichen Argumentationen und fordern allgemeine soziale Rechte. Soziale BürgerInnenrechte gelten als kleinster gemeinsamer Nenner im Meer der unterschiedlichen Interessen und als Versicherung, dass nur so das »Allgemeine Beste« zu erreichen sei. Verschwunden ist der Marxsche Gedanke, dass eine allgemeine menschliche Emanzipation die Emanzipation einer bestimmten Klasse dieser Gesellschaft zur Voraussetzung hat – und dass die Kämpfe dieser Klasse trotz ihres isolierten und begrenzten Charakters eine »universelle Seele« haben.
In dem Vortrag soll der Frage nachgegangen werden, warum die Idee einer allgemein menschlichen Emanzipation – empirischen, theoretischen und politischen Einwänden gegen den »bloß partikularen Charakter« von Klassenkämpfen zum Trotz – an diese Kämpfe gebunden bleibt.
Kirsten Huckebeck ist verantwortliche Redakteurin des »express – Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit«;
www.labournet.de/express/index.html
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen
Termin: Mittwoch, den 16.06.04, 20 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz, Bremen

»Eine revolutionsreife Wirklichkeit fällt nicht vom Himmel«
Diskussion mit AktivistInnen aus der Gruppe andiamo!- Projekt Linke Basis (Bremen)
Unser Ziel ist eine radikale Veränderung aktueller Gesellschaftsformen hin zu einer Gesellschaftlichkeit in der Entscheidungen basis-bzw. rätedemokratisch organisiert sind, und die jenseits von Verwertungslogiken ein herrschaftsfreies solidarisches Miteinander und ein materielles Auskommen aller ermöglicht.
Wie radikal die Veränderung auch sein mag, wie wenig sie mit den aktuellen kapitalistischen, staatlichen Organisationsformen zu tun haben soll, das Neue entsteht aus dem Vorhandenen. Es entsteht (oder auch nicht) auch in der Art und Weise, wie wir leben, arbeiten, miteinander umgehen und uns politisch organisieren. Wir sind Teil der Verhältnisse, aber wir gehen davon aus, dass es möglich ist in bestimmten Grenzen »utopieantizipierend« zu leben und dabei eine kollektive Widerständigkeit und Handlungsfähigkeit zu entwickeln.
Wir gehen davon aus, dass eine solidarische Gesellschaft nur möglich ist, wenn Menschen gelernt haben selbstbewusst und kollektiv zu handeln und zu denken. Gleichzeitig ist ein herrschaftsfreies Leben innerhalb kapitalistischer Gesellschaften illusorisch. Selbst- und Gesellschaftsveränderung bedingen sich wechselseitig.
andiamo! ist eine undogmatisch linke Gruppe in Bremen, die ausdrücklich versucht, Utopie und Alltag, Theorie und Praxis zusammenzubringen.
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit »andiamo! – Projekt Linke Basis«
Termin:
Donnerstag, 24.06.2004 19.30 Uhr, ParadoX, Bernhardstr. 12, Bremen

BERLIN

Totalaufstand gegen die bestehende Ordnung
Pose und emanzipatorische Tendenzen der Klassischen Moderne
In den Jahrzehnten von 1890 bis 1920 verlief die Entwicklung der modernen Kunst parallel zu den sich herauskristallisierenden anarchistischen Bewegungen und libertären Geisteshaltungen. Es soll herausgearbeitet werden, in wieweit anarchistisches Gedankengut die Ideologie der damaligen modernen Kunstströmungen (vom Impressionismus bis zum Dadaismus) beeinflusste. (Vortrag und Diskussion, (Eintritt frei)
Termin: 18.06.2004, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102 10405 Berlin-Prenzlauer Berg

CASTOR

Den CASTOR aufhalten – aber wie?
Aktionsseminar gegen Atomkraft
Du hast schon oft von »Tag-X« und dem Wendland gehört, warst vielleicht auch schon beim ein oder anderen CASTOR-Transport dabei, aber vom Atom-Ausstieg hast du nicht viel mitbekommen? Dieses Seminar soll der Ratlosigkeit Einhalt gebieten und praktische Tipps und Hintergrundinfos zu den Protesten gegen die CASTOR-Transporte und die Atomindustrie vermitteln. Es geht darum, in geselliger Runde die Natur zu genießen, selbst zu erfahren, warum und wie das Wendland (und der Rest der Welt) schützenswert ist. Außerdem soll die Planung von Protestaktionen im November stattfinden. Damit diese dann nicht im luftleeren Raum stattfinden, werden wir die Geschichte des Widerstands im Wendland näher betrachten und auch unsere bisherigen Erfahrungen weitergeben.
Termin: 25.-27.06.2004 in Meuchefitz (Wendland)
Preis: 15-25 EUR, nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Landesjugendbüro des Jugendumweltnetzwerkes, Goebenstr. 3a
D-30161 Hannover
☎(05 11) 394 04 15
E-mail: ingmar@janun.de

RADIKAL REISEN

USA - New York
Thema: »Politische und Soziale Bewegungen in den USA«
Politische Bewegungen in den USA haben eine lange Tradition vorzuweisen. Insbesondere die wichtigen Bürgerrechtsgruppen entstanden bereits im 19./Beginn des 20. Jahrhunderts, wie die inzwischen weltweit operierende »Anti-Defamation-League«, die gegen die Diskriminierung jüdischer ArbeiterInnen und Geschäftsleute bereits 1911 in Chicago gegründet wurde. Neben diesen eher lobbyistisch ausgerichteten Gruppen und die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung trat in den 60er/70er Jahren die »Neue Linke«, die insbesondere durch die Kritik am Vietnam-Krieg und die in ihrem Umfeld entstandene »Hippie«-Bewegung weltweit Anstoß zu den Ereignissen des Jahres 1968 gab. Kaum bekannt und beachtet ist das »grassroots«-movement. Im Gegensatz zu Deutschland, wo der Begriff der Grasswurzel-Bewegung weitgehend vom anarchistischen Spektrum besetzt wird, berufen sich in den USA eine ganze Reihe von Bewegungen auf ihren Charakter als »grassroots-movement«. Eine Neue Erscheinung in diesem Bereich sind die hier wie auch in anderen Ländern entstehenden Sozialforen. Gerade die InitiatorInnen des New Yorker Sozialforum bemühen sich hierüber um eine wieder verstärkte Vernetzung der Linke, die in den USA und in New York selbst stark zersplittert ist. Daneben werden wir uns selbstverständlich auch mit »klassischeren« linken Richtungen wie den Gewerkschaften/ArbeiterInnenbewegung, der HausbesetzerInnen-Szene, Bürgerrechtsbewegung und Umweltbewegung. Spannend wird sicherlich auch, etwas über den kurz vorher stattfindende Vor-Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidaturen der Demokraten und Republikaner zu erfahren; hier sind auch viele Gruppen außerhalb der beiden Parteien, die hier v.a. als Wahlvereine fungieren, in den Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftskandidaturen beteiligt. Es gibt sogar einzelne Parteien, die nie selbst zur Wahl antreten, sondern nur in den »primary elections« auf der Seite des einen oder anderen Kandidaten eingreifen. Hierüber vermittelt sich eine ganz andere Art des pluralen Meinungsstreits, der in der BRD im Wahlkampf stattfindet, während er in den USA nach der Bestimmung der beiden Präsidentschaftskandidaten in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielen, da es dann nur noch um das Rennen zwischen Demokraten und Republikanern geht. Eine weitere Bereicherung des politischen Spektrums in den USA waren in den letzten Jahren verschiedene migrantische Bewegungen, die sich für rechtliche Gleichstellung, Legalisierung illegaler EinwanderInnen, Gleichstellung im Arbeitsleben und dem Protest gegen diverse rassistische Gesetzesänderungen in Folge des »Kampf gegen den Terror«. Dies ist in New York insbesondere deshalb interessant, da hier die Bevölkerungsmehrheit aus EinwanderInnen besteht, die mit einer Reihe politischer, rechtlicher und sozialer Probleme konfrontiert sind. Durch den Dschungel der politischen Szene in New York wird uns unser Partner »Young Democratic Socialists« helfen.
Termin: 1.-11.9. 2004
Preis: ca. 650 EUR

Südafrika
Viele Hoffnungen der Aufbruchsjahre seit 1994 sind nach dem Ende der Apartheid inzwischen zerbrochen. Selbst Regierungsfunktionäre der kommunistischen Partei Südafrikas machen Zugeständnisse an neoliberale Politik. Dennoch bleibt das große Armutsproblem insbesondere innerhalb der schwarzen Bevölkerung unvermindert bestehen. Mit Gruppen wie SASCO, der landesweiten StudentInnenorganisation, SEWU, der Frauengewerkschaft und Survivors of the Violence werden wir uns treffen und auch darüber sprechen können. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas werden wir uns zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen. Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB).
Termin: 1.-11.9.2004
Preis: ca. 750 EUR

Baltikum
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten auch die baltischen Staaten einen Wechsel sowohl im politischen System als auch im Wirtschaftssystem. Mit der EU-Mitgliedschaft und der vorausgeschalteten Strukturanpassung findet recht schnell eine Eingliederung ins freimarktwirtschafliche Wirtschaftssystem statt. Auf staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene haben Transformationsprozesse begonnen, die immer noch nicht zu Ende geführt sind und es in absehbarer Zeit nicht sein werden. Die damit verknüpften und zu bewältigenden Probleme sind vielfältig. Wir werden uns auf unserer Reise u.a. mit folgenden Fragen befassen: Wie wirkt sich der EU-weite race-to-the-bottom im sozialpolitischen Bereich auf die Wirtschafts- und Sozialsysteme in den baltischen Staaten aus? Welche Rolle kommt diesen in einer erweiterten EU zu? Wie sieht die Situation für junge Menschen im Bildungssystem aus? Wir werden diese und andere Fragen mit politisch Aktiven vor Ort diskutieren und nach Möglichkeit Institutionen besuchen, für die diese Fragen von Bedeutung sind.
Termin: 1.-10.10.2004
Preis: ca. 300 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org
Aktualisierte Angebote im Web

MEDIEN

Urheber- und Medienrecht online
Darf ich Fotos, Texte, Gestaltungsideen von anderen Sites übernehmen? Darf jeder seine Seiten mit meiner verlinken? Bin ich für Hyperlinks nach außen verantwortlich, die ich in meine Site einbinde? Was muss im Impressum stehen? Die Kenntnis der einschlägigen Gesetze und Verordnungen hilft, kostspielige Prozesse zu vermeiden. Rechtsanwalt Arnold Mainka erläutert anhand von Fallbeispielen die Rechtslage.
Termin: 9.7.2004

Pressearbeit online
Journalisten erwarten von den PR-Abteilungen die zeitnahe Veröffentlichung der aktuellen Presseinformationen und digitalen Pressemappen. Pressearbeit per E-Mail boomt – technische und formale Fehler führen jedoch oft dazu, dass die Nachricht ungelesen im virtuellen Papierkorb landet. Wie man Presseinformationen onlinegerecht aufarbeitet und verschickt, wie man den Pressebereich auf den Internetseiten gestaltet und den Erfolg der Online-Aktivitäten misst, wird in diesem Seminar anhand von vielen praktischen Beispielen aufgezeigt und eingeübt.
Termin: 5.-6.7.2004

Wohin geht die Pressearbeit im Internet-Zeitalter?
Immer mehr Unternehmen setzen auf Pressearbeit als preisgünstige Alternative zu kostspieliger Werbung. Immer häufiger sind es Journalisten, die als Pressesprecher die Medien bedienen, aus der Kenntnis der Branche heraus. Dabei haben sich die Formen der Pressearbeit gewandelt. Online-Pressearbeit ist in vielen Pressestellen bereits Alltag. Klassisch, online oder Cross-Media. Welche Trends setzen sich durch?
Termin: 18.-19.6.2004, Nürnberg

Layout mit Quark Xpress
Was gutes Layout ist, wissen Sie – aber wie sagen Sie es dem Computer? Mit dem rahmenorientierten Layoutprogramm Quark Xpress können Sie Texte und Bilder kombinieren, das Layout für ein- und mehrseitige Dokumente festlegen sowie mit Musterseiten und Stilvorlagen arbeiten. Computerkenntnisse (Windows) erforderlich. Eine Einführung in die Seite-, Text- und Bildgestaltung.
Termin: 12.-14.7.2004

Linux verwenden
Termin: 1.-2.7.2004, Frohburg b. Leipzig
Headlines, Teaser, Nachrichten
Termin: 22.-23.7.2004, Frohburg
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journaistenakademie.de

ATTAC

Attac-Sommerakademie
Vom 30. Juli bis zum 5. August 2004 findet die Attac-Sommerakademie in Dresden statt.
Die Attac-Sommerakademie, nach Marburg und Münster nun diesen Sommer die Dritte in Dresden, etabliert sich zu einer festen Größe. Mit ca. 800-1.000 erwarteten TeilnehmerInnen und einem geplanten Angebot von etwa 300 Workshops und Seminaren bietet sie fünf Tage lang die Möglichkeit, zum Lernen, zur theoretischen Diskussion, zum Praxisaustausch und zur Vernetzung.
Das Motto der Akademie lautet: Widerstand bilden – Alternativen entwickeln!
Attac als globalisierungskritisches Netzwerk ist so vielfältig wie seine Mitglieder und Mitgliedsorganisationen. Entsprechend groß ist die thematische Bandbreite der Akademie: Die drei Schwerpunktthemen werden sein:

1. »Arbeitsstaat. Sozialmarkt.«
2. »Nord/Süd – Ökonomie und Sicherheit in der einen Welt.«
3. als Querschnittsthema: »Europa globalisiert«
4. Darüber hinaus sollen Einführungsveranstaltungen (z.B. zu grundlegenden Fragen der Weltwirtschaft und anderen »attac-Themen«)und Methodenseminare (z.B. Öffentlichkeits-und Pressearbeit, Theater- und Aktionsworkshops) angeboten werden.

Information:
attac Sommerakademie Büro, Schützenplatz 14, D-01067 Dresden
Web: www.attac.de/sommerakademie/

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Zeitung für stürmische Tage

Wo bleibt der Widerstand?

Es gibt zur Zeit viele Menschen, einfache DemonstrantInnen, NGO-FührerInnen oder wichtig daherschreibende JournalistInnen, die in den bunten Protestevents von Berlin, Köln, Stuttgart und in manch kleinerer Stadt die Wiederauferstehung einer außerparlamentarischen Opposition entdecken wollen. Ein kritischer Blick zeigt aber eher etwas anderes: Deutschland führt Krieg, die Regierungen drücken brutale Sozialkürzungen durch, die Zwänge des totalen Marktes und der Profitlogik erfassen die letzten Winkel des Alltags, ein deutsch geführtes Europa der Aufrüstung und dichten Grenzen wächst heran – in einer solchen Zeit sind wenige von FunktionärInnen durchgestylte Protestevents gerade kein Zeichen für das Aufleben von Widerstand. Der müßte sich im Alltag zeigen, nicht in den Ritualen alle paar Monate.

Davon ist politische Bewegung zur Zeit weit entfernt. Daher lohnt es, kritische Fragen zur Lage der Nation, der Menschen und politischer Gruppen zu stellen – und Perspektiven zu diskutieren. Mit dieser Zeitung und an 1001 anderen Orten!

Schafherden aller Länder vereinigt euch:

Yeah, noch mehr Staatlichkeit!

Es darf mal wieder gewählt werden – neben Landtagswahlen ist dieses Jahr ein neues Stimmfanggebiet erschlossen worden: Europa. Unter Führung von Deutschland, Frankreich und England soll eine neue Weltmacht geschaffen werden – mit allem, was eine moderne Herrschaftsstruktur braucht: Eine EU-Armee, Angriffskriege, erweiterte Rüstungsexporte, abgeschottete Grenzen, Sozialabbau und Europa-Patriotismus gehören zur Grundausstattung. Im Vorschlag zur EU-Verfassung können sogar einzelne Staaten-Zusammenschlüsse im Rahmen der EU für Menschenrechte bomben („strukturierte Zusammenarbeit").

Im Kern des Projekts geht es um die Ausdehnung von Herrschaft und Verwertung – die Wahl soll den Euro-Schäfchen das Gefühl geben, irgendwie dabei mitbestimmt zu haben. Demokratische Systeme leben davon, dass Unmut immer wieder neu kanalisiert wird. Die tatsächliche Fremdbestimmung wird mit Wahlen, runden Tischen und der Einbindung der „Zivilgesellschaft" verschleiert.

„Linke" Wahlalternativen?

Wie immer sind auch *jede Menge linker Parteien* dabei, die auch ein Stück vom Kuchen haben wollen. Was überhaupt daran sinnvoll sein soll, neue staatliche Herrschaftsstrukturen zu schaffen, erklärt niemand. Denn etwas anderes als eine Machtstruktur kann bei dem Projekt EU gar nicht heraus kommen: Konkrete Menschen würden sich nie in Form von Nationen oder einer EU organisieren – das sind immer Projekte der wirtschaftlichen und politischen Eliten, die über die Konstruktion gemeinsamer Interessen und völkischer Identitäten durchgesetzt werden. Sie wollen einerseits das „Volk" vertreten, andererseits über die nicht selbst organisierten, im Kollektiv zusammengefaßten Menschen verfügen. Deshalb geht es nicht darum, Europa zu verhindern und am Nationalstaat festzuhalten, sondern für Alternativen jenseits von Staatlichkeit und völkischen Konstrukten zu kämpfen, in der Menschen tatsächlich selbstbestimmt und kooperativ zusammen leben können. Insbesondere linke Parteien sind aktiv daran beteiligt, dass diese Frage nicht gestellt wird: Sie kanalisieren Widerstand, indem Stimmabgabe als Protest verklärt wird oder zur Wahl des kleineren Haufens Scheiße aufgerufen wird. Sie verengen die Frage darauf, wer die Mega-Nation Europa regieren wird anstatt die Diskussion dafür zu öffnen, wie eine Welt ohne Grenzen, Armeen, Markt und Staat aussehen könnte und wie wir damit anfangen könnten, erste Ansätze selbstbestimmten Lebens schon heute aufzubauen.

Wahlen '04

Wahlen bieten Aktionsflächen

Ob Europa- oder Landtagswahl – sie alle werden Werbeshows für Stellvertretung und Kapitalismus sein ... mit erheblicher Aufmerksamkeit durch Medien usw. Genau deshalb bieten all diese Wahlen auch Möglichkeiten, mit kreativen Aktionen Gegenbilder zu demokratischer Herrschaft öffentlich zu machen: Vom veränderten Wahlplakat über Jubel-Orgien bei Politikerbesuchen, gefälschter Parteipropaganda bis hin zu Utopiezonen vor Wahllokalen oder verstecktes Theater beim Urnengang ... ein bunter, vernetzter Widerstand, der Visionen einer ganz anderen Welt thematisiert, erscheint uns vielversprechender als das Mitmachen beim Wahlquark.

Internet und Lesestoff:

- Antiwahlseiten mit Anregungen für kreative Aktionen, Download und vielen Infos: www.wahlquark.de.vu
- Sehr gute Infos zur Militarisierung der EU – leider kandidiert Tobias Pflüger inzwischen selber für die PDS: www.imi-online.de

Europa 2010 nach Hoffnung deutscher Parteien:

Widerstand mit Köpfchen ... für's Köpfchen

Erregungskorridore in die Normalität schlagen!

„Direct Action" ist eine Form kreativen Widerstandes, die wir als Teil gesellschaftlicher Intervention gegen Herrschaft und Verwertung sowie als Eröffnung von Diskussionen um visionäre, emanzipatorische Gesellschaftsformen verstehen. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung, versucht aber, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

Die Wahlzeitungs-Legende!

Macht Nix! Antiwahlzeitung ... mit Texten gegen Wahlen und Demokratie sowie vielen Aktionstipps. Auch in größeren Mengen bestellbar, pro Stück 20 Cent (siehe www.projektwerkstatt.de/materialien)

Mars-TV

Kreative Vermittlung der Extra-Klasse – ein Filmteam vom Mars besucht die Erde, den einzigen Planeten, auf dem der Glaube vorherrscht, Menschen dürften nicht sich selbst überlassen werden. Dazu Fragen stellen an Polizei, PolitikerInnen, „Linke" ...

„Direkte Aktion" ist mehr als nur mal hier eine Blockade oder da ein Steinwurf. Sie ist eine Methode, ein Aktionskonzept und eine Idee für eine Politikform, die nicht mehr nur Einzelnes angreift – aber auch mehr will als schwächliche Miniveränderungen innerhalb von umweltzerstörenden und menschenverachtenden Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen. Direkte Aktion will die Köpfe erreichen. Und den Kopf benutzen. Das erste Ziel einer direkten Aktion ist die Schaffung eines „Erregungskorridors" in der Gesellschaft: Aufmerksamkeit, Irritation, Freude oder Wut sind alles solche Formen. Wie das erreicht werden kann, ist vielfältig: Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, Blockade von Castor-Zügen, Sabotage, Internet-Hacken usw. Wo die Erregung entsteht, ist dann Platz für politische Positionen und Visionen. Aber auch deren Vermittlung will durchdacht sein, d.h. Ideen für kreative Vermittlungsformen sind nötig. Direkte Aktion ist alles drei: Die kreative, direkte Aktion, der entstehende Erregungskorridor und die politischen Positionen/Visionen. Die Qualität entsteht auch durch Übung: In Workshops und Trainings kann über direkte Aktionen geredet und an konkreten Beispielen geübt werden, wie Langeweile und Wirkungslosigkeit politischer Arbeit überwunden werden kann.

Wichtig sind nicht wenige CheckerInnen irgendwo, die Mailinglisten, Internetseiten und wenige Bundestreffen als Ersatz für tatsächliche Handlungsfähigkeit aufrechterhalten, sondern eine breite Handlungsfähigkeit (Aktionen, Widerstand, politische Positionen und Visionen, Intervention und Widerstand im Alltag) überall.

Direct-Action-Ausstellung

Seit Herbst 2003 existiert eine anregende Direct-Action-Ausstellung, durch die dort, wo sie aufgebaut ist, auch Führungen angeboten werden können. Für Kongresse, Seminare, Camps usw. kann beides „angefordert" werden oder wir kommen von uns aus.

Inhalte: Hintergrundtexte, Beispiele, Material von Sprühschablonen über spurenvermeidende Kleidung, die Software „Safeworks" bis hin zu Schraubenschlüsseln. Besondere Herzstücke sind die Fakeparade mit gesammelten Fälschungen, Berichte vom Kameragottesdienst, ein Interview mit der Roten Zora und Ideen für kreative Antirepression bei Gerichtsverfahren, Festnahmen und Personalienkontrollen.

Infos: www.projektwerkstatt.de/plattform.

Offene Aktionsplattformen

Ein Anspruch an emanzipatorische Aktionsstrategien ist der gleichberechtigte Zugang zu Handlungsmöglichkeiten. Um kreativen Widerstand zu fördern, können in Zentren (auf Dauer) oder auf Camps, Kongressen usw. (dann zeitweise) Aktionsplattformen entstehen, d.h. Materialien offen zur Verfügung gestellt werden.

Direct-Action-Kalender für 2005

Das wird wieder ein Feuerwerk an Ideen, Berichten, praktischen Tipps und mehr – plus praktischem Kalendarium und jeder Menge nützlicher Seiten. Ein Begleiter für alle, die ein Jahr aufregend gestalten wollen, Anregungen oder konkrete Hinweise brauchen. Ab Ende Juli 2004 für 4 Euro,

direct action

Vorab-Sammelbestellung für 2,50 Euro/St.!
www.projektwerkstatt.de/kalender,
kalender@projektwerkstatt.de.

TrainerInnen, ReferentInnen

Wer Lust hat auf Infoveranstaltungen, Trainings, Workshops oder Seminare zu „Direct Action" oder einzelnen Methoden, kann sich gern melden. In der Projektwerkstatt in Saasen gibt es eine dauernde offene Aktionsplattform, die auch auf Camps und Kongresse mitgebracht werden kann – am besten zusammen mit der Ausstellung. Kontakt: 06401/903283, saasen@projektwerkstatt.de.

Internet und Lesestoff:

- Viele Ideen und Beispiele: www.direct-action.de.vu
- Direct-Action-Heftchen: A5-Broschüren, in denen jeweils zu einem Thema viele Tipps zu Aktionen zusammengestellt worden sind. Bisher erschienen: Kreative Antirepression, Die Mischung macht's! (Direct-Action-Einführung), Anti-Knast, Subversive Kommunikation, Der Ton macht die Aktion (Lieder zu Aktionen). Je 1 Euro oder Download über www.projektwerkstatt.de/materialien.
- Blockadefibel: Viele Tipps für Lock-ons, Blockadetechniken, Knoten und Anketten usw. A5, 2 Euro.

Inhalt

- Seite 1: EU-Wahl ++ Direct-Action
- Seite 2: Antisexismus ++ Selbstorganisierung ++ Polizeimachenschaften
- Seite 3: Utopien ++ Interkulturelle Gärten
- Seite 4: Krieg ++ Bombodrom ++ Gewaltdebatte
- Seite 5: Kreative Antirepression ++ Umweltschutz von unten ++ Widerstand im Alltag
- Seite 6: Gratisökonomie ++ Aktionsplattformen
- Seite 7: Arbeitswahn ++ Antifa
- Seite 8: NGO-Kritik, Attac ++ FreiRäume

Diese „Zeitung für stürmische Tage" ist eine bunte Collage von Ideen, provokanten Positionen, Projektvorstellungen und Analysen zu Widerstand und Utopien. Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen aus Basisgruppen in Berlin, Göttingen und aus der Projektwerkstatt Saasen. In letzterer wurde sie auch layoutet.
Uns trägt die Hoffnung, dass Menschen mit den Informationen für ihre eigene Praxis von Politik etwas anfangen können. Ebenso freuen wir uns über Rückmeldungen – und natürlich auch, wenn die eine oder andere Person Lust hat, an einem der Projekte mitzuwirken.

Impressum

Redaktionsgruppe „Hoppetosse"
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de
Wir freuen uns, wenn diese Zeitung weiter verbreitet wird. Wer noch Exemplare haben will, kann sich melden (Übernahme der Portokosten wäre schön).
Hsrg. Förderverein, Gießen. V.i.S.d.P.: Jörg Bergstedt.

Internet

Diese Texte und Links zu weiteren Projekten, Texten und mehr finden sich unter www.hoppetosse.net – der Einstiegsseite für kreativen Widerstand und herrschaftsfreie Utopien.

Mehr Materialien

Unter www.projektwerkstatt.de/materialien findet Ihr eine umfangreiche Zusammenstellung von Büchern, CDs und Broschüren zu allen Themen dieser Zeitung. Die Zeitung kann, solange der Vorrat reicht, gegen Übernahme der Portokosten nachbestellt werden.

Spenden

Die Projektwerkstatt und alle Projekte rundherum organisieren sich unabhängig. Mitwirkende sind gern gesehen. Wer Sachspenden (siehe die Bedarfsliste unter www.projektwerkstatt.de/saasen) oder Geld übrig hat, kann auch so die Aktionen unterstützen. Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.
Konto „Förderverein/Spenden", Nr. 92881806
bei der Volksbank Gießen (BLZ 513 900 00).

Skandal:

Antisexistische Praxis vor der Revolution entdeckt!

Eine nüchterne Bilanz antisexistischer Politik gibt zum Jubeln wenig Anlass: Die vorherrschende antisexistische Praxis stärkt Zweigeschlechtlichkeit statt sie zu schwächen. Sie baut auf kollektive Strukturen und Ausgrenzung statt auf Selbstorganisierung und direkter Intervention. Über den Dunstkreis der eigenen Szene hinaus gibt es kaum gesellschaftliche Wirkung – Aktionskonzepte und Strategien, um offensiv Gegenbilder zu Patriarchat und Herrschaft zu thematisieren, werden nicht diskutiert.

Von Geburt an werden Menschen darauf zugerichtet, einem der zwei vorgegebenen Geschlechter zu entsprechen und die entsprechende Sexualität zu entwickeln. Wer ohne eindeutige Geschlechtsmerkmale auf die Welt kommt, wird chirurgisch und hormonell angepasst. Solche Gewalt ist allerdings nur selten nötig: Ob Medien, Spielzeug, Wissenschaft oder Stammtischgespräch die zweigeschlechtliche Norm durchzieht Gesellschaft bis in die letzten Winkel. Völlig selbstverständlich reproduzieren (fast) alle Menschen in ihrem Alltag die typischen Rollenlogiken. Da, wo überhaupt noch Bewusstsein besteht, fehlt leider Phantasie, der Mut zum Ungewohnten und der Wille zu herrschaftskritischem Handeln – ein kritischer Blick auf antisexistische Politik.

Im schlimmsten, aber gar nicht so seltenen Fall, soll Ausgrenzung die antisexistische Reinheit garantieren – ungewollt wird dadurch der Blick noch stärker auf die Spitzen des Eisberges, z.B. Vergewaltigungen fixiert. Im besten Fall setzen sich Vorschläge durch, welche die zweigeschlechtliche Ordnung sogar bestärken, z.B. Quotierung nach Geschlecht oder gesonderte Frauen-Bereiche, -Parkplätze, -Klos und -Duschen. Es geht nicht darum, den Sinn von Frauenräumen in Frage zu stellen. Enttäuschend daran ist vor allem, dass gar keine weitergehenden Ansätze diskutiert oder ausprobiert werden bzw. auf den Tag nach der Revolution verschoben werden. Inzwischen besteht nicht einmal die Bereitschaft, neuen Leuten klar zu machen, warum mensch keinen Bock auf Patriarchat und ähnlichen Unsinn hat.

Wir träumen von etwas ganz anderem ... die Vision: Statt der oft arroganten Verteidigung von Standards steht die kontinuierliche Debatte und Weiterentwicklung antisexistischer Praxis im Mittelpunkt. Anstatt in Feuerwehr-Manier auf den nächsten Übergriff zu warten werden Wege gesucht, bereits die subtilen Sexismen anzugehen. Statt langweiligen Resolutionen und szenigen Events gibt es überall ein Feuerwerk kreativer Aktionen gegen Sexismus und die zweigeschlechtliche Ordnung. Camps, Kongresse, linke Zentren usw. könnten dann so aussehen: Damit nicht mehr Plena oder andere Kollektive, sondern konkrete Menschen agieren können, gibt es in der Anfangsphase Trainings bzw. Workshops, welche die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärken sollen – viele kleine Runden „trainieren" sich gegenseitig, den Blick für subtile Sexismen und andere Formen von Diskriminierung zu schärfen oder bei Übergriffen direkt zu intervenieren.
Überall gibt es ganz unterschiedliche Lösungen: Schlafräume für alle un-möglichen Geschlechter, Klos für Rock- und HosenträgerInnen oder Duschen, bei denen per Ampel signalisiert werden kann, was mensch gerade will bzw. nicht will (z.B. alleine duschen). Sie entspringen den Bedürfnissen konkreter Menschen ohne Verweis auf Geschlecht oder andere Konstruktionen.

Statt dem Abfeiern des Erreichten entstünde ein offener Prozess der vielen Möglichkeiten – es wird Zeit, endlich damit anzufangen ... „Sie können antisexistische Praxis jetzt neu starten!" Ein paar Bausteine dazu möchten wir auch beitragen ...

Mehr Infos:

- Seminare, Workshops und Trainings zu antisexistischer Theorie und Praxis (z.B. direkte Intervention), Dekonstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und kreativer Widerstand (verstecktes Theater, Subversion, irritierende Performances, Werbeplakate verändern und und und ...), Alternativen zu Zweierbeziehungen usw.
- Wir beteiligen uns immer gerne an der Entwicklung und Umsetzung von dezentralen, antisexistischen Selbstorganisierungs-Konzepten für Camps, Kongresse, Zentren usw.

Kontaktaufnahme sehr erwünscht: Fuck Gender!, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen, 06401-903283, zuschreibungen@web.de, www.gender-trouble.de.vu.

gender trouble

Kannst du dir eine Welt ohne Zweigeschlechtlichkeit, genormte Sexualität und klare Aufteilungen vorstellen? Hast du Utopien im Kopf?

Gender-Ausstellung

Die Motive oben stammen aus der „Fuck Gender!"-Ausstellungen, dort sind sie in voller Größe enthalten.

- Fuck Gender! Austellung mit Bildern, Collagen und Texten rund um Ausbruchsversuche aus Zweigeschlechtlichkeit und normierter Heterosexualität – downloadbar unter www.projektwerkstatt.de oder ausleihbar über die Projektwerkstatt Saasen.

www.gender-trouble.de.vu.

Selbstorganisierung

Morgens aufstehen und tun können, was mensch will ohne Angst vor ökonomischen Krisen. Klare Positionen beziehen zu können ohne Furcht vor dem Entzug von Fördergeldern. Die Wirklichkeit „unabhängiger" Projekte und politischer Gruppen sieht anders aus: Lohnarbeit und Abhängigkeit von Staatsknete prägen das Leben vieler, die eigentlich gegen Kapitalismus, Fremdbestimmung oder auch nur die Auswüchse neoliberaler Konzepte kämpfen. Widerstand und Selbstentfaltung bleiben auf die „Freizeit" beschränkt. Das „autonome" Zentrum ist nur so lange autonom, wie mensch mit den EigentümerInnen gut auskommt.

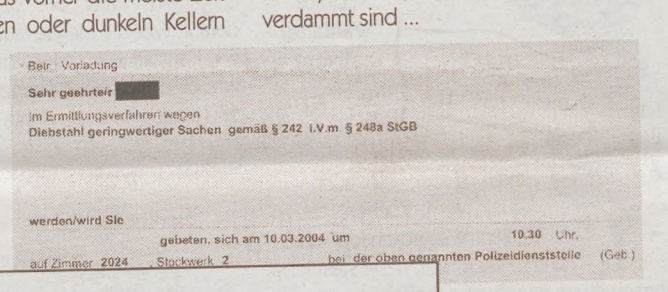
Das Fehlen echter Alternativen zu Lohnarbeit ist ein wichtiger Grund, warum zur typischen, linken Biographie nach drei, vier Jahren Rebellion fast immer der schleichende Rückkehr ins „normale" Leben gehört. Das Gegenmittel heißt Selbstorganisierung im Alltag – ein Mix aus Kreativität und dem Wissen um die vielen Möglichkeiten, „umsonst" zu leben und Projekte unabhängig durchführen zu können.

Selbstorganisierung meint dabei den schrittweisen Ausstieg aus marktförmiger Reproduktion, den Abbau ökonomischer Zwänge und den Aufbau von tragfähigen „Alternativen im Alltag", die ein gutes Auskommen für die Einzelnen ermöglicht, ohne arbeiten gehen zu müssen. Die übliche Lebens- und Politikpraxis wird auf den Kopf gestellt: Die Grundfrage lautet nicht mehr, woher das Geld kommt, sondern wie es auch ohne geht! Die Möglichkeiten sind vielfältig: Der Aufbau von gemeinsamer Infrastruktur (ob Gemeinschaftsbibliotheken, Fahrradwerkstätten oder Computerräume) schafft sofort einen ungemeinen Reichtum. Wo diese Orte als offene Plattformen organisiert sind können auf Anhieb viel mehr Menschen auf Ressourcen und Wissen zugreifen, das vorher die meiste Zeit ungenutzt in Regalen oder dunkeln Kellern verstaubte. Umsonstläden schaffen soziale Orte, die den Austausch von nützlichen Dingen des Alltags organisieren. Das gezielte

alltag

Abgreifen von Resten spart viel Geld, dass vorher in den Neukauf von Produkten floss – durch kreatives Recycling sind bereits ganze Häuser ausgebaut worden. Auch Gratisessen mit einer bunten Palette von Nahrungsmitteln ist so sehr einfach zu realisieren – ohne Geld. Wer Selbstorganisierung systematisch betreibt wird weniger Probleme haben, das Geld für die Dinge zu organisieren, für die uns noch keine besseren Lösungen eingefallen sind.

Wo diese Ansätze miteinander verbunden werden können sogar erste Keimformen von Gratisökonomie entstehen – Zonen, in denen Menschen unabhängig vom Gewicht des Geldsbeutels am Leben teilhaben können und die damit andeuten, wie eine Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat aussehen könnte. Besonders spannend wird es da, wo Selbstorganisierungs-Versuche als Reibungsfläche mit der marktförmigen Wirklichkeit begriffen und bewusst in Aktionen eingebunden werden. Auf dass immer mehr Menschen erfahren, dass sie nicht zum sinnlosen Schuften verdammt sind ...


Betr.: Vorladung

Sehr geehrte/r [redacted]

im Ermittlungsverfahren wegen
Diebstahl geringwertiger Sachen gemäß § 242 i.V.m. § 248a StGB

werden/wird Sie
gebeten, sich am 10.03.2004 um 10.30 Uhr,
auf Zimmer 2024, Stockwerk 2, bei der oben genannten Polizeidienststelle (Geb.)

Projekte

- Workshops und Seminare zu Selbstorganisation (von Gratisessen bis Hausausbau) oder Beratung konkreter Projekte
- Redaktion Selbstorganisierung im Alltag in der CONTRASTE. Mail: piratenutopie@web.de
- Die Projektwerkstatt als Beispiel für gemeinsame Infrastruktur
- Viele Tips zu Selbstorganisierung: www.projektwerkstatt.de./von-unten und www.alltagsalternative.de.vu
- Kontakt für alles: piratenutopie@web.de, 06401/903283

Dokumentation über Kriminalisierung und Hetze wirbelt einigen Staub auf

Giessener Repressionsverhältnisse

Über 20 Fälle von Erfindungen irgendwelcher Straftaten, zusätzlich viele Erfindungen von Tatbeteiligungen, etliche rechtswidrige Angriffe auf Demonstrationen, ebenso illegale Platzverweise, Hausverbote, Festnahmen, DNA-Tests und Hausdurchsuchungen, Einschüchterung und Gewalt, Hetze und Schüren sozialrassistischer Gewalt sind in einer 50-seitigen „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen" zusammengetragen und nun veröffentlicht worden.

Mit dieser Dokumentation sollte der politische Kampf gegen Repressionsstrukturen argumentativ unterfüttert und erweitert werden. Der Blick auf den Alltag lokaler und regionaler Repressionsbehörden zeigt, dass Machtmissbrauch die Regel ist. Besonders erschreckend ist zudem die anwachsende Einigkeit innerhalb „Gießener Eliten", die Kriminalisierung, Diskriminierung und direkte Repression zu vertuschen oder gar zu unterstützen. Erst das Schweigen in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen plus der Diffamierung alternativer politischer Gruppen durch einzelne RedakteurInnen und Vereins- bzw. ParteifunktionärInnen gibt denen, die Recht brechen und Macht ausnutzen, die Sicherheit, ihr Verhalten „gefahrlos" durchführen zu können.

Reaktion von Polizei, Politik, Presse und Justiz

Zunächst haben nur wenige Medien über die Dokumentation berichtet. Auffällig war, dass die Giessener bürgerlichen Medien die in der Doku selbst beschriebene Strategie des Verschweigens fortsetzten. Der mehrfach mit Hetze zitierte Lokalredaktionschef der Giessener Allgemeine, Guido Tamme, war zwar auf der Presse-Präsentation anwesend, aber ein Text von ihm erschien nie.

Veröffentlicht wurden nach den ersten Pressepräsentationen Texte im Giessener Express, in der Frankfurter Rundschau und im Neuen Deutschland. Gegenüber der nachfragenden Presse blockten Polizei, Staatsanwaltschaft und Politik ab: Nichts sei bekannt, alles sei erlogen und ähnliche Bemerkungen.

Vom 8.-15.3. fand eine Aktionswoche gegen Repression statt. Täglich stand am Marktplatz ein Infostand mit symbolischem Käfig, in dem Teddybären, eine Sonne usw. gefangen waren. Es gab Demonstrationen und etliche Veranstaltungen. Dreimal erschien der bunte.nachrichten.dienst, der das Schweigen Giessener Medien durchbrechen will. Dort wurden Aktivitäten angekündigt und davon berichtet (siehe www.bunter.nachrichten.dienst.de. vu). Tageszeitungen und Rundfunk ignorierten alle Aktionen.

Der 15.3.

Zu einem prominent besetzten Podium (die AutorInnen der Dokumentation, ein ehemaliger Polizist und ein aktueller Polizeidirekter aus Nordrhein-Westfalen) waren etwa 60 ZuhörerInnen erschienen. Eine angeregte Diskussion folgte den präzisen Vorträgen, dabei wurde viele konkrete Vorwürfe Richtung Politik, Presse, Justiz und vor allem Polizei gemacht. Der Hauptreferent, Polizeidirektor und HU-Chef Reinhard Mokros, berichtete zu Beginn seiner Ausführungen, dass er aus Giessener Polizeikreisen bedrängt worden sei, nicht zu erscheinen. Am übernächsten Tag fand sich ein detaillierter Bericht in der Giessener Allgemeine – dass erste Mal erfuhren LeserInnen bzw. HörerInnen bürgerlicher Medien in Gießen von den Auseinandersetzungen und der Dokumentation.

Doch dabei blieb es nicht – eine unverständliche Polizeiaktion gegen den Veranstalter des Abends schuf deutlich mehr Aufmerksamkeit. Während der Veranstaltung war nicht bekannt, dass zwei zivile PolizeibeamtInnen die Vorträge bespitzelten. Auf dem Nachhauseweg wurde der Moderator des Abends dann von drei zivilen Polizeifahrzeugen abgedrängt und schikaniert. Als erstes reagierten die Jusos Gießen mit einer Pressemitteilung. Am gleichen Tag folgte die Humanistische Union.

Der Polizeipräsident beschwichtigt ... und legt einen drauf!

Aufgrund der Kritik am Polizeieinsatz in der Nacht nach der Veranstaltung meldete sich Gießens Polizeipräsident zu Wort – seine Ausführungen beinhalten etliche Widersprüche. Schützend stellt er sich vor seine BeamtInnen und wies die Vorwürfe „mit Nachdruck" zurück. Über den Vorgang und die Erklärung des Polizeipräsidenten nach dem 15.3. berichteten etliche Medien. Daraufhin meldete sich der Polizeipräsident bei der Humanistischen Union und regte ein klärendes Gespräch an. Doch ihr Verhalten änderte die Polizei nicht. Am 7.4.2004 veröffentlichte die Polizei Mittelhessen ihre Kriminalitätsstatistik. Darin findet sich ein unglaublicher Absatz mit Tätervorwürfen gegen die Projektwerkstatt (siehe Abbildung aus der Statistik). Nirgends anders gab es in der Statistik Benennungen von TäterInnen oder Tätergruppen. Von den bekanntgewordenen Ermittlungsverfahren ist 2003 nur eines durch Gerichtsurteil abgeschlossen worden – für den Rest ist die Behauptung der Polizei eine politisch brisante Vorverurteilung. Offenbar mussten sie ihre Wut abreagieren, der Zunahme sog. Straftaten (657 Prozent) hilflos gegenüberzustehen ...

3. Staatsschutzdelikte[2]

Täter aus ...	2003	2002
... linkem Spektrum	138	21
... rechtem Spektrum	46	66
... der politisch motivierten Ausländerkriminalität	1	2
gesamt	185	89

Im Jahr 2003 wurden in der Stadt und im Landkreis Gießen sowie im Lahn-Dill-Kreis insgesamt **185 Fälle** sogenannter Staatschutzkriminalität registriert.
Der Anstieg bei Tätern aus dem linken Spektrum ist überwiegend auf Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Zusammenhang mit der in Gießen eingeführten Gefahrenabwehrverordnung und dem Landtags-/OB-Wahlkampf durch Aktivisten der Projektwerkstatt in Saasen zurückzuführen.

Bei den Straftaten aus dem Bereich des rechten Spektrums bilden die Delikte nach § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), die in letzter Zeit auch vermehrt über Internet und Handy (SMS) begangen werden, einen Schwerpunkt. Schmierereien (Symbole und Parolen) paaren sich oft mit normalen Graffiti-Symbolen.

[2] Die dargestellten Werte umfassen sowohl die Fälle der Stadt und des Landkreises Gießen als auch des Lahn-Dill-Kreises.

staatsgewalt

Herausgeber

- Humanistische Union – Regionalverband Mittelhessen
- Bildungssyndikat Gießen/Wetzlar
- Infoladen Gießen
- AG Füsele. Autonome Gruppe für selbstbestimmtes Leben
- Gruppe X. Autonome Menschen ohne Label und kollektive Identität aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen

Kontakt, ReferentInnen ...

Die AutorInnen der Dokumentation stehen für Nachfragen, Veranstaltungen, Interviews oder als TextverfasserInnen zur Verfügung. Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen. Tel. 06401/90328-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de

Links

- Infoseite zur Doku und zu den Reaktionen: www.polizeidoku-giessen.de.vu
- Direkt zur Doku: www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/polizeidoku.pdf
- Kurzfassung: .../kurzfassung_doku.pdf
- Projektwerkstatt Saasen: www.projektwerkstatt.de/saasen

Herrschaftsfreiheit, Sozialdemokratie & (Neo)Liberalismus

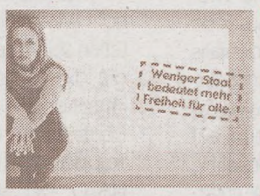
„Wenn alle Gesetze weg wären, würden sich die Menschen gegenseitig totschlagen."

„Der Mensch ist nunmal nicht so gut, dass er ohne Kontrolle leben kann."

Gegenüber grundsätzlich herrschaftsfreien Entwürfen von Gesellschaft gibt es erhebliche Vorbehalte – ob nun bei „Linken", in der bürgerlichen Mitte oder bei Rechten. Wenn man die auf Autorität durch Staat, Führer, Herrenrassen, Gott oder wer weiß wem setzenden Konservativen, Rechten und Teilen der Bürgerlichen mal weglässt, weil deren Vorstellungen auf den ersten Blick emanzipatorischen Ideen der Befreiung des Menschen offensichtlich zuwiderlaufen, so überrascht die Staatstreue vieler sozialdemokratischer, sozialistischer und zum Teil auch linksradikaler Kreise oft. Ihre Argumentation lautet, dass die Menschen ohne eine ordnende Hand zum Faustrecht kommen würden. Unterschiede ergeben sich, wer die ordnende Hand sein und wer sie kontrollieren soll – mal ist es eine unklar definierte Mischung der zivilgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Eliten namens Governance, mal sind es Räte oder schlicht das Proletariat. Ihnen sind zwei grundlegende Fehler gemeinsam: Sie glauben, Menschen würden besser, wenn andere Menschen sie kontrollierten. Zudem wollen sie als ordnende Hand wiederum Menschen einsetzen (was anderes gibt halt nicht) – und sie blenden die Frage aus, was denn mit diesen Menschen wird, die nun mit Macht ausgestattet sind. Werden die dann nicht viel eher konkurrierend agieren, wo sie bessere Durchsetzungschancen kraft ihrer Macht haben?

Abwesenheit von Herrschaft fördert kooperatives Verhalten

Alle Modelle einer guten Führung scheitern an diesem Punkt: Wenn einige Menschen bessere Durchsetzungsmöglichkeiten haben als andere, werden sie eher geneigt sein, diese auch einzusetzen. Das heißt: Die Existenz von Herrschaft ist selbst der Grund für die Anwendung derselben. Kontrolle nützt da wenig, denn kontrollierbar ist höchstens konkretes Abstimmungsverhalten, nicht aber der privilegierte Zugang zu Ressourcen, Informationsweitergabe oder -veränderung, informelle Absprachen usw.



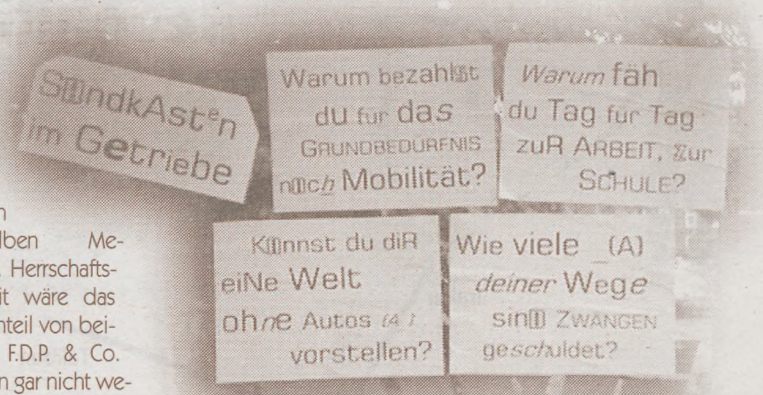
Die einzige Chance ist die Abwesenheit von Herrschaft. Dann ist die Chance am größten, dass Menschen miteinander kooperieren, weil sie den größten Nutzen und das geringste Risiko haben. Es gibt keine Garantie, aber es geht bei der Debatte um Utopien auch nicht um die Suche nach dem Paradies. Wichtiger ist, die Rahmenbedingungen zu entwickeln, die am stärksten zur Kooperation drängen und am wenigsten zur Konkurrenz.

„Es kommt darauf an, Institutionen zu demokratisieren, ihre Abschaffung wäre Anarchie und Chaos."

Freiheit und Freiheit

Fanatiker des Rechtsstaates kritisieren den Wunsch nach Herrschaftsfreiheit, indem sie die neoliberalen Ideen mit denen anarchistischer oder anderer herrschaftsfreier gleichsetzen. Das ist verständlich als Propagandastrategie der StaatsfetischistInnen von Sozialdemokratie, Attac, Radikal- oder BasisdemokratInnen. Tatsächlich aber wäre jede Gleichsetzung von Liberalisierungsprogrammen z.B. der Grünen oder der F.D.P. mit herrschaftskritischen Positionen vor allem eines: Ein Armutszeugnis der Analysefähigkeit derer, die die Gleichsetzung betreiben.

Das Bild links ist eine Anzeige der Industrie. Auch dort wird Propaganda gemacht. Denn tatsächlich sind Markt und Staat keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Eine Ausrichtung auf Profit und Verwertung ist nur möglich durch staatliche Rahmensetzungen. Die wirtschaftliche Globalisierung wird von den Nationalstaaten und ihren Institutionen gemacht. Die Verschärfung der Arbeitsgesetze, der Abbau des Sozialen – alles geht von den Regierungen aus. Profiteure sind die Konzerne, aber der Staat ist der Macher. Hinzu kommt immer mehr Kontrolle, Überwachung, Bestrafung für die, die nicht den Normen gemäß handeln. Auch das ist der Staat. Insofern sind Staat und Markt nicht Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Herrschaftsfreiheit wäre das Gegenteil von beidem. F.D.P. & Co. wollen gar nicht weniger Staat, sondern einen modernisierten. Und alle ...-DemokratInnen wollen mit ihrer Forderung nach mehr Staat auch vor allem mehr Kontrolle. Nützen wird das den Herrschenden und u.a. den Konzernen. Wer Freiheit will, muss weniger Staat und weniger Markt anstreben. Oder am besten ganz abschaffen – beides!



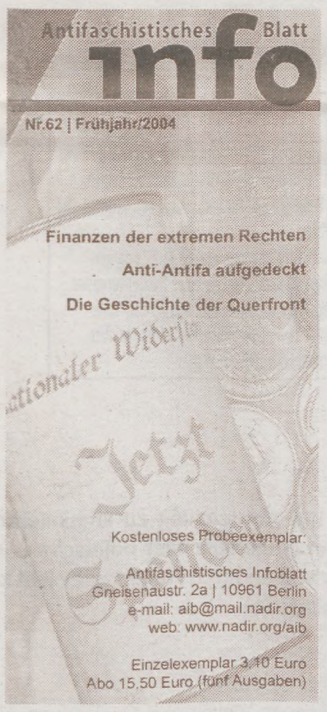
Aufruf zu Streit und Diskussion

Es soll ein neues Projekt unter dem Titel „Freie Menschen in freien Vereinbarungen" geben. Ziel ist, die Debatte weiter voranzutreiben, Modelle für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu formulieren und konkrete Handlungsansätze auf dem Weg dorthin zu beschreiben. Kontakt: 06401/903283, saasen@projektwerkstatt.de.

where is utopia?

Internet und Lesestoff

- Viele Texte und Links: www.herrschaftsfrei.de.vu
- Text zu verschiedenen Herrschaftsperspektiven: www.opentheory.de/herrschaft
- Freie Menschen in Freien Vereinbarungen. Verfasst von der Gruppe Gegenbilder zeigt das Buch die historische Entwicklung von Gesellschaft, die Notwendigkeit herrschaftsfreier Organisierung und konkrete Handlungsansätze auf. Es stammt aus dem Jahr 2000 und wurde als Gegenbild zur Expo 2000 geschrieben, ist aber zeitlos. A5, 180 S., 10 Euro.
- Reader „Herrschaftskritik konkret": Sammlung vieler Texte zur Herrschaftskritik unterschiedlichster AutorInnen, u.a. Christoph Spehr, John Holloway, Schöner Leben Göttingen, Gruppe Gegenbilder. A4, 6 Euro.
- Reader „Ökonomie von unten": Textsammlung zu wirtschaftlichen Grundfragen, ökonomischer Macht und Alternativen. A4, 6 Euro.



Interkulturelle Gärten als praktisches Beispiel:

Gesellschaftliche Aneignung?!

Die Interkulturellen Gärten, bekannt geworden durch die Internationalen Gärten Göttingen[1] können auf eine fast 10jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und anderswo artikulieren ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstversorgung, indem sie in Erinnerung an die in ihren Heimatländern zurückgelassenen Hausgärten auf öffentlichem Grund Nahrungsmittel anbauen. Die Gärten werden bald zum Ausgangspunkt eines vielfältigen sozialen Gefüges: ehemals Machtlose erhalten durch die Möglichkeit der Produktion von Lebensmitteln plötzlich Eigenmacht, aus an den Rand Gedrängten werden Gebende – Subjektwerdung im besten Sinne. Durch den Kontakt mit der Erde, mit dem Lebendigen entstehen heilsame Prozesse, die in vielen Fällen ein Schlüssel zur konstruktiven Auflösung von Traumatisierungen sind. Das Ganze ohne politischen Überbau, ohne Organisation, ohne wissenschaftlichen Diskurs – zumindest zu Anfang. Selbstorganisation, gesellschaftliche Aneignung von unten im idealtypischen Sinne.

Natürlich schreitet die Überbaubildung voran. Unter dem Dach der Interkulturellen Gärten entsteht ein erweitertes Konzept von Integration mit dem Ausgangspunkt der „Verwurzelung". Rekurriert wird auf aktuelle Diskurse um zivilgesellschaftliches Engagement, Demokratie, Toleranz und plurale Einwanderungsgesellschaft.[2] Das Projekt ist im System angekommen. Ähnlich dem Nachhaltigkeitsdiskurs der 90er Jahre, der unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (NGOs, Unternehmen) die „Globalisierung von oben" ökologisch abfederte, scheint der Fokus dahin zu gehen, einem „Integrationsdiskurs von oben" den praktischen Unterbau zu liefern.

Dieselben Akteure (Bundesministerium des Inneren etc.), die das Projekt mit Ruhm überhäufen[3], sind gleichzeitig dabei, die Menschenrechte von Flüchtlingen mit Füßen zu treten – Residenzpflicht, Abschiebehaft, Zuwanderungsbeschränkung – und die sozialen Rechte eines zunehmenden Anteils der Bevölkerung in Frage zu stellen. Die Masse der vom Produktionsprozess und von der Möglichkeit einer würdevollen Existenzsicherung Ausgeschlossenen steigt parallel zur in Hochglanzbroschüren angepriesenen Interkulturellen Kompetenz.

Gesamtgesellschaftlich denken!

Dabei bietet die Idee und die Praxis der Interkulturellen Gärten in vielfältiger Hinsicht Anknüpfungspunkte für einen antikapitalistischen Diskurs. In den Gärten können Menschen aktiv werden, die ihrer allgemeinen Unzufriedenheit mit den Bedingungen der täglichen Bedarfsdeckung Ausdruck verleihen wollen, Naturfreaks, PermakulturphilosophInnen, MigrantInnen aus nahen und fernen Ländern, Gentechnik-KritikerInnen und auch solche, die einfach nur Lust haben auf Nachbarschaftskontakte. Die Tätigkeit des Gärtnerns knüpft an menschliche Urbedürfnisse nach Kontakt an, nach sich-Umgeben mit Schönheit und Lebendigkeit, nach Wachstum und Selbstentfaltung, selbstbestimmter Gestaltung und Einflussnahme. Ein im besten Sinne „geerdetes" Projekt, das die Chance in sich trägt, endlich milieuunabhängig die gesellschaftliche Aneignungsfrage zu stellen.

Insbesondere Stadtgärten sind ein Ort, der die Widersprüche der aktuellen Gesellschaftsformation intensiv erfahrbar macht: die Stadt ist Abbildung der modernen Produktionsweise, der Entfremdung des Menschen von natürlichen Kreisläufen und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch das Prinzip der Wertschöpfung. Gerade seit den 90er Jahren wird der urbane Raum zunehmend dem Zugriff der Kommerzialisierung unterworfen. Stadt, das ist Vernutzung von Natur und deren Umwandlung in riesige Ansammlungen von Dreck, Gestank, Lärm und Abfall – und gleichzeitig ein Ort erhöhter sozialer Komplexität. Die entfremdeten Bedingungen münden immer wieder in die Forderung nach deren Überwindung. Eine dieser Forderungen ist die nach Räumen eigenmächtiger Produktion.

Aneignung jetzt!

Meine These lautet: Die Bewegung der Interkulturellen Gärten ist in der Lage, eine Aneignungsstrategie zu entwickeln, wenn sie es denn politisch will. „Alles für alle" kann zu einer antikapitalistischen Perspektive werden, die alltagspraktische Handlungsmöglichkeiten für viele eröffnet. Von dieser Praxis aus ist die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum und Reichtum, nach der Organisierung von Produktion und Arbeit, nach neuen Formen gesellschaftlicher Organisierung leichter zu stellen als durch jeden linken Verbalradikalismus. Was hierzulande teilweise den Charakter symbolischer Politik in sich trägt, findet seine Ergänzung im globalen Kontext von Landlosen- und anderen Bewegungen in den Ländern des Südens. Hier wie dort geht es um die Vermittlung von sozialen Konflikten, um neue Erfahrungen und neue Standpunkte in der Debatte. Und damit stehen wir erst am Anfang.

antikapitalismus

Fussnoten:

1 www.internationale-gaerten.de
2 www.stiftung-interkultur.de
3 Die Internationalen Gärten Göttingen sind mehrfach preisgekrönt, u.a. durch den Integrationspreis des Bundespräsidenten 2002, den Förderpreis Aktive Bürgerschaft etc.

Zum Text:

- Autorin: Kristina Bayer, Berlin, k_bayer@web.de
- Initiative Interkultureller Garten Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
- Stiftung FreiRäume (www.stiftung-freiraume.de.vu)

Bücher aus der Projektwerkstatt:

Die Entwicklung kreativer Methoden und Strategien für Aktionen, Gruppenarbeit und Projekte sowie die Diskussion um Gesellschaft, Kritik und Utopien führt immer wieder zu neuen Veröffentlichungen, an denen Menschen aus der Projektwerkstatt zusammen mit anderen aus allen möglichen Städten werkeln. Viele Texte sind im Internet downloadbar oder zu lesen, alle Veröffentlichungen können bestellt werden:

www.projektwerkstatt.de/materialien

Neuerscheinungen 2004

Mythos Attac

Ein umfangreiches Buch zum Hype um die GlobalisierungskritikerInnen – mit vielen Quellen und Zitaten der Attac-Eliten sowie einem Kapitel zu Perspektiven für Attac-AktivistInnen. Ca. 192 S., A5, 14,90 Euro. ISBN 3-86099-796-3, Verlag Brandes & Apsel (siehe auch Seite 8).

Direct-Action-Kalender 2005

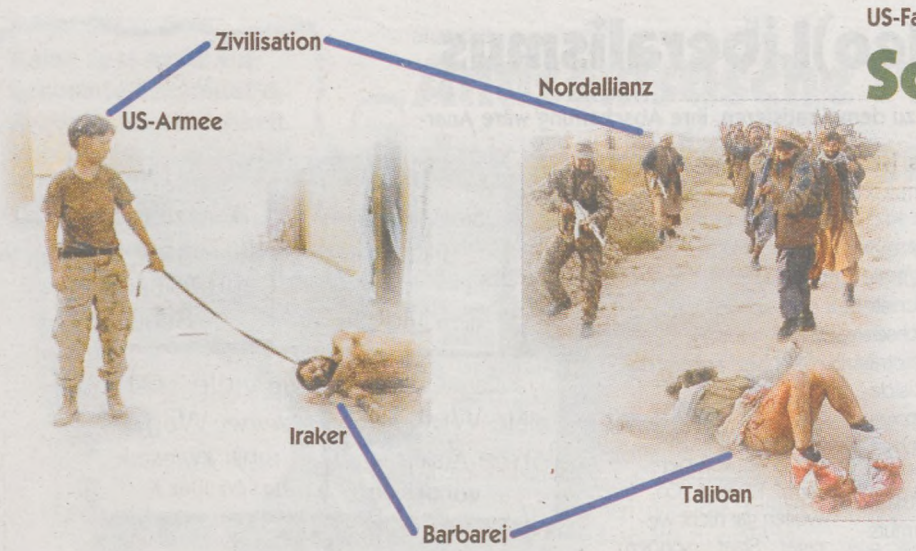
Der kreativ-freche Taschenkalender im A5-Format mit viel Platz für Termine und Aktionsplanungen im Kalendarium sowie hunderten Tipps für direkte Aktionen und Selbstorganisierung. Mit praktischem Adressenheft. 4 Euro (siehe S. 1).

Anfang März war zudem eine umfangreiche Dokumentation zu Polizeiwillkür in Mittelhessen erschienen (www.polizeidoku-giessen.de.vu).

Rückblick auf 2003

Zwei größere Werke sowie die Direct-Action-Hefte-Reihe kamen im vergangenen Jahr heraus. Letztere sind kleine A5-Broschüren zu Themen wie „Subversive Kommunikation" oder „Kreative Antirepression" und können auch im Internet heruntergeladen werden. Größere Brocken waren der Direct-Action-Kalender für 2004, der erstmals erschien mit vielen praktischen Tipps (Restexemplare können noch bestellt werden!). Zudem erschien der Reader „HierarchNIE! Entscheidungsfindung von unten und Dominanzabbau" mit Tipps für Gruppen (siehe S. 6).

Mehrere Reader wurden aktualisiert, z.B. „Ökonomie von unten" und „Ökostrom von unten". Gleiches gilt für die Direct-Action-CD und die Musiksammlung „Abwehr der Ordnung".



US-Fans, Eurofanatiker und Kriegsgegner drehen alle am gleichen Rad:

Schafft ein, zwei ... viele Kriegsgründe!!!?

Eigentlich ist es ohnehin nichts Neues: Kriege sind Alltag! Das wird in Deutschland gerne übersehen – obwohl auch deutsche Truppen schon recht lange wieder beim blutigen Geschäft dabei sind. Aufgeschreckt wurden viele erst, als auch deutsche Bomber aus der Höhe ihre mörderischen Geschosse fallenließen und so der Krieg auch offensichtlich wurde. Zudem fand er fast vor der Haustür statt. Deutsche Kampfjets sausten 1999 gen Balkan.

Danach ging es Schlag auf Schlag: 2001 Angriff auf Afghanistan, 2003 der Irakkrieg. Hier versuchte sich die Bundesregierung in etwas Neuem: Mitmachen und dagegen sein! Der Wahlkampf wurde mit der Absage an den Krieg gewonnen, tatsächlich aber wurde alles getan, den Krieg zu ermöglichen. In der üblichen Gläubigkeit gegenüber Medien und offizieller Propaganda machte sich bei vielen Deutschen eine plötzliche Friedenssehnsucht breit und Hunderttausende Menschen gingen auf die Straße – jedenfalls wenn die Eliten der Friedensbewegung einluden. Ansonsten gingen alle ihrer normalen Tagesbeschäftigung nach. Der Krieg fand auf dem Bildschirm statt. Deutsche Militärpolitik, u.a. die gerade durch den Irakkrieg angeheizte Diskussion um eine europäische Aufrüstung, blieb verborgen.

Ein anderer Krieg ist möglich!

Die Forderungen aus den meisten Friedensgruppen richten sich zwar gegen die jeweils aktuellen Kriege oder auch mal gegen konkrete Militärstandorte, die eigenen Vorschläge aber laufen geradewegs auf neue Kriegsgründe hinaus.

- Internationaler Staatsgerichtshof: Wenn ein Gericht verurteilen soll, muss es auch Strukturen geben, die die „TäterInnen" herausschaffen. Was im nationalen Rahmen die Polizei ist, kann international nur eine Truppe sein – UNO-Truppen, nationale Truppen oder die NATO. Der Staatsgerichtshof wäre dann nur eine neue Kommandozentrale über die Frage, wo Angriffe erfolgen.
- Schurkenstaaten stoppen: Wer „Steueroasen schließen" ruft, fordert autoritäre Durchgriffe gegen Nationen wegen unflätigen Verhaltens. Das ist ähnlich der Benennung von Schurkenstaaten durch die US-Regierung.
- Umweltschutz, Menschenrechte, Frieden, Gerechtigkeit ... Bomben müssen fallen auch in den Konzepten der herzensguten, aber oft verstandesarmen FriedensfreundInnen. Andere sind da ehrlicher, aber auch brutaler: Antideutsche Gruppen lechzen inzwischen nach Blut und sehen in Panzern antifaschistische Aktionen und in Kampfjets lebendigen Kommunismus.

Völkerrecht statt Menschenrecht

Eine bemerkenswerte Wandlung nimmt auch der Rechtsbezug. Zwar werden Bombenabwürfe und der Tod vieler Menschen teilweise noch mit dem Bezug auf Menschenrechte legitimiert, häufiger aber gilt als unumstößliche Rechtsgrundlage das Völkerrecht. Angesichts dessen, dass Völker konstruierte Massen sind und nur durch Obrigkeit eine Stimme bekommen, bedeutet Völkerrecht die Anerkennung eines juristischen Selbstzwecks der Regierungen. Sie, nicht die Menschen, werden durch Kriege bedroht oder gefördert. Kommen die konkreten Menschen zu Schaden, sind sie „Kollateralschäden". Sie haben keine Stimme, nicht mal einen Zweck im Machtpoker der angreifenden und gegenangreifenden Regierungen, denen es immer um ihre Macht und nie um die Menschen geht. Weder im angegriffenen noch im eigenen Land.

No law, no war!

Die Existenz von Völkern und Nationen als Konstrukte mit Interessen sind die Basis für Kriege. Kämpfe werden nicht zwischen den Menschen, sondern zwischen kollektiven Identitäten geführt. Recht und Gesetz als Manifestation des Staatlichen und der Repräsentation von Volk verhindert nicht Kriege, sondern bildet den Rahmen, oft sogar das (vorgeschobene) Motiv. Dem Krieg die Basis zu entziehen, muss die Aufhebung dieser Grundlagen bedeuten. Jeder Schritt dahin kann wichtig sein: Die Grenzen öffnen, Militärstandorte und -strukturen schließen, Kriegsfähigkeit reduzieren. Nationale und völkische Orientierungen müssen ebenso verschwinden wie die Einsatzkommandos für Kriege.

Kriegsbereites Europa, kampffähige UNO

Die zur Zeit in Abstimmung befindliche EU-Verfassung hat es in sich. Die militärische Schlagkraft wird beschworen und alle Mitgliedsländer werden gezwungen (!), aufzurüsten. Europäische Kampfverbände, auch gemeinsame Truppen eines in den Kriegsparagraphen bereits genauer beschriebenen Kerneuropa, sind wichtiger Gegenstand der Verfassung. Bei der UNO geht es ähnlich zur Sache, die soll robust ausgebaut werden. Besetzungen und Kriege sollen nur mit UNO-Mandat erfolgen – gemeint ist da in der Regel der Sicherheitsrat, wo die mächtigen Nationen eine klare strukturelle Dominanz haben. Die soll sogar noch ausgebaut werden, z.B. indem Deutschland auch an dieser Stelle wieder an die Hebel der Macht zurückkehrt.

Was ist ein „Bombodrom"?

So bezeichneten „die Russen" ihren Luftkriegs-Übungsplatz bei Wittstock. Heute nennen wir das Gelände auch FREIe HEIDe. Die Bundesregierung plant, hier erneut das Bombenabwerfen aus der Luft üben zu lassen. Nun, wie sagte noch unser Außenminister in seiner Jugend? „Schafft zwei, drei, viele Vietnams!" und „Legal, illegal, scheißegal!" – denn das Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung und ganz gewiss nicht die Beteiligung an Angriffskriegen und die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee.

Deshalb ist die FREIe HEIDe ein wichtiges Anliegen von mehr als regionaler Bedeutung. Immerhin soll hier der größte Luftkriegs-Übungsplatz Europas entstehen. Bis zu 7500 Mal pro Jahr kann das 120 Quadratkilometer große Gelände nach dem geplanten Betriebskonzept angeflogen werden, auch die Nutzung durch Nato-Partner ist geplant. Seit 13 Jahren wehren sich die umliegenden Gemeinden, bislang erfolgreich. Der Widerstand wächst und ist vielfältig. Ein Redner der Gruppe FREIe HEIDe Neuruppin/Berlin bezeichnete deshalb auf dem diesjährigen Ostermarsch in Fretzdorf (der größte in ganz Deutschland!) die Gegend als „Übungsplatz für den Frieden".

Gelegenheit zum Mitüben gibt es reichlich: Bei der Kampagne „200 Gruppen in die FREIe HEIDe" geht es darum, mit vielen Gruppe auf den Platz zu gehen, um durch eine gewaltfreie Aktion die Landschaft vom Bombodrom zu befreien. Ihr selbst bestimmt den Zeitpunkt und den genauen Ablauf. Die Idee, die dahinter steckt, ist so etwas wie eine Dauerbesetzung mit Schichtwechsel. Frieden macht Spaß – und das ist gut so. Ihr braucht nichts Besonderes dort zu tun, um dort Zivilen Ungehorsam zu leisten. Macht einfach, was ihr gern tut. Es ist bereits Ziviler Ungehorsam. Kontakt: siehe im Kasten.

erwünscht. Du kannst deine Kreativität und deinen Widerstand frei entfalten.

Vergesst eure Fahrräder, Materialien und Instrumente nicht. Die Kosten für Verpflegung und Zeltplatznutzung betragen 7-15 Euro pro Tag. Für Kinderbetreuung wird gesorgt.

Kontakt:

Ev. offenes Jugendzentrum „Cafe Hinterhof", Rudolf-Breitscheid-Str. 38, 16816 Neuruppin, Tel. 03391/3256, Email: kontakt@freieheide-nb.de, Web: www.freieheide-nb.de
Autorin: Aus der Gruppe „ristinow".

Foto unten: Skurile Pro-Bundes-Demo als Verarschung auf den Sommer-Aktionstagen 2003.

Sommer-Aktionstage

Oder kommt zu den Sommeraktionstagen – vom 21. bis 26. Juli 2004 gibt es ein Camp auf dem Naturcampingplatz in Schweinrich mit buntem Programm. Unter dem Motto „Polyphon gegen's Bombodrom" werden am 25. Juli die Lebenslaute den Truppenübungsplatz in einen öffentlichen Konzertraum verwandeln. InstrumentalistInnen, SängerInnen und auch ganze Musikensembles sind herzlich eingeladen. Die Vorbereitung findet ab dem 21.7. in Schweinrich statt. Kontakt für die Teilnahme am Konzert: Sabine Will, Fehrbelliner Str. 7, 10119 Berlin, Telefon 030/4499779, Email: info@lebenslaute.de, Web: www.lebenslaute.de

Aber auch für NichtmusikerInnen wird es jede Menge Handlungsmöglichkeiten geben. Neben Vorträgen und einer Ausstellungseröffnung sind z.B. eine Offene Aktionsplattform, Mars-TV, Radrundreisen und Exkursionen geplant – und eigene Ideen sind

Zitate zur Gewalt

Die Gewalt herrscht dort, wo der Staat sagt: Um die Gewalt zu bekämpfen darf es keine Gewalt mehr geben außer meiner Gewalt

Erich Fried

Wenn ich die Wahl hätte zwischen Feigheit und Gewalt, würde ich zur Gewalt raten.

Mahatma Gandhi

Wir sind – das kann wohl niemand bestreiten – wirklich in einem Zustand, der juristisch als „Notstand" bezeichnet werden kann. Nein, muss. Millionen von Menschen, alles Leben auf der Erde, das heißt also auch das künftige Leben, sind tödlich bedroht ... Von allen Gesetzbüchern, selbst vom kanonischen Recht, ist Gewalt im Zustand des Notstandes nicht nur erlaubt, sondern empfohlen. Zum Beispiel Strafgesetzbuch Paragraph 53, 1 bis 3. Das muss man den Mitmenschen klarmachen. Es ist nicht möglich, durch liebevolle Methoden, wie das Überreichen von Vergißmeinnichtsträußen, die von Polizisten gar nicht in Empfang genommen werden können, weil sie ja Schlagstöcke in der Hand halten, effizienten Widerstand zu leisten. Ebenso unzulänglich, nein: sinnlos, ist es, für den atomaren Frieden zu fasten. Das erzeugt nur im Fastenden selbst einen Effekt, nämlich Hunger; und vielleicht das gute Gewissen, etwas „getan" zu haben. ... Das sind alles wirklich nur „Happenings": Unsere heutigen, angeblich politischen Aktionen ähneln diesen Schein-Aktionen, die in den sechziger Jahren aufkamen, wirklich aufs erschreckendste. ... Die diese durchführten, glaubten zwar, die Grenze des Nur-Theoretischen überschritten zu haben, aber sie bleiben doch „akores" nur im Sinne von „Schauspielern". Sie spielten nur Theater. Und zwar aus Angst vor dem Wirklichhandeln. ...
Ziel darf Gewalt für uns niemals sein. Aber dass Gewalt – wenn mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden soll und nur mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden soll und nur mit ihrer Hilfe durchgesetzt werden kann – unsere Methoden sein muss, das ist wohl nicht abstreitbar ... sobald hunderttausend zusammen sind, wird automatisch ein lustiges Volksfest daraus.

Günter Anders (in „natur")

no law, no war!

Lesestoff und Internet:

- www.no-law-no-war.de.vu: Kritische Seite zur Logik von Kriegen, den Ursachen und zur Verbindung von Nationalstaaten und Krieg.
- Das Buch „Nachhaltig, modern, staatstreu?" sammelt auch zum Thema Krieg etliche Zitate von Friedensgruppen, wo diese kriegstragende Strukturen einfordern – unter dem Deckmantel der Friedensliebe. Bestellungen über www.projektwerkstatt.de/materialien.

Warum erregt Gewalt die Gemüter, während Inhalte und Aktionsformen kaum interessieren?

Let's talk about Militanz

Die Frage der Gewaltanwendung prägt viele Diskussionen und zerstört oft den Willen zur Gemeinsamkeit. Ist aber die Frage der Anwendung von Gewalt überhaupt ein so wichtiger Knackpunkt, dass er zum Scheidepunkt werden muß? Diese Frage wird selten gestellt. Meist geht es um die Frage, ob Gewaltfreiheit sinnvoll ist oder nicht. Um Abgrenzung zu legitimieren, müßte sie aber ein dominanter Grundsatz aller politischen Arbeit sein – also sich qualitativ von anderen Fragen, die nicht zu Abgrenzungen führen, unterscheiden.

AnhängerInnen der Gewaltfreiheit führen verschiedene Argumente für ihre Position ins Feld. Danach solle eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichbar sein, d.h. „der Zweck heilige nicht die Mittel". Andere halten Gewaltfreiheit für die wirksamste Strategie, wieder andere fürchten, dass Militanz das öffentliche Image beeinträchtige. Solche Gründe kann mensch teilen oder nicht – manches bleibt oft ohne Begründung wie ein Lehrsatz im Raum stehen. Doch wichtiger ist, dass solche Debatte ablenken von dem, was nötiger zu diskutieren wäre – nämlich die Qualität von Aktionsform und -vermittlung, ob nun gewaltfrei oder nicht.

Auslassungen

Die Debatte um Gewalt klärt den Begriff selten oder nie. Gewaltfreiheit erscheint oft als Modewort und Label, wobei Aktionsformen oft passend zur öffentlichen Reaktion als gewaltfrei eingemeindet oder eben ausgegrenzt werden. Zudem ist Gewalt nicht gleich Gewalt. Wer das nicht klärt, blendet einerseits Motive und Ziele aus dem Handelns aus, zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben" sowie der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Damit machen sich viele zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muß – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Grundlage mehr zur Unterscheidung von Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung.

Wichtigere Fragen

Während die Gewaltfrage oft aufgebläht wird, fallen andere Punkte weg, z.B.:

- Wie sehen die Dominanzverhalten und Hierarchien in Gruppen aus, u.a. die CheckerInnen-, Männer- oder Erwachsenendominanz innerhalb von Aktionen oder Bündnissen?
- Fördern politischen Positionen die Zwangsverhältnisse durch Staat oder Markt?.
- Werden Kritiken oder Forderungen so stark populistisch verkürzt, dass sie falsche Auslegungen hervorrufen, für rechte Gruppen anknüpfungsfähig sind u.ä.?
- Wieweit reproduzieren Aktionen mit ihrem Hang zu prominenten RednerInnen, Aufrufen im Namen von Gruppen usw. die Normen und Zurichtungen in der Gesellschaft?
- Welche Außenvermittlung hat eine Aktion? Wen erreicht sie wie und mit welchen Positionen?
- Sind die Eingriffe in den Alltag von Menschen, die jede Aktion (auch die gewaltfreie!) mit sich bringt, angemessen und sichtbar begründet?
- Wie können Vielfalt und Qualität von Aktionen verbessert werden, sowohl von der Aktionsmethode her wie auch bei der Vermittlung?

Solche Fragen werden kaum gestellt, bei gewaltfreien wie militanten Gruppen. Das Ergebnis ist verheerend – die meisten militanten wie auch die meisten gewaltfreien Aktionen sind platt sowie inhaltlich und methodisch langweilig. Viele militante Aktionen überzeugen nicht, aber nicht wegen ihrer Gewalt, sondern weil die Gewalt primitiv ist und eine Vermittlung fehlt. Das aber gilt auch für Mahnwachen, Latschdemos und Postkartenaktionen. Notwendig wäre eine deutliche Weiterentwicklung von Zielen, Visionen, Gesellschaftskritiken und Methoden von Aktionen plus Außenvermittlung. Wenn dann im Zuge politischer Kämpfe kreative, vermittlungsstarke militante und gewaltfreie Aktionen nebeneinander geschehen – wer wollte sich darüber ärgern?

keine gewalt!?

Lesestoff und Internet:

- Günter Anders (1987): Gewalt – Ja oder nein? Natur-Buch bei Knaur
- Zur Frage der Gewalt. Positionspapier aus dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk: www.projektwerkstatt.de/topaktuell/Uvu/gewalt.pdf.

Hausarrest, Nachsitzen, Arbeitsstunden, Knast

Welchen Sinn macht Strafe?

Die Studie ist überraschend und kommt aus berufenem Munde. Überraschend ist sie nicht vom Inhalt her, sondern dass das zu Erwartende offiziell bestätigt wird. Berufener Mund deshalb, weil Auftraggeber das Bundesjustizministerium ist und es sehr glaubwürdig klingt, wenn die Bundesregierung selbst zu ihren eigenen Strategien sagt: Das ist alles Unsinn – Strafe und Knast machen alles schlimmer!

Anfang 2004 veröffentlichte das Justizministerium eine „Rückfallstatistik" zur Wirkung von Strafe. Das spannende Ergebnis hört sich so an: „Die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion Verurteilten weisen ein höheres Rückfallrisiko auf als die mit milderen Sanktionen Belegten." Also – je härter die Strafe, desto sicherer die Kriminalisierung durch selbige. Das ist nicht überraschend, sondern deckt sich mit allen Beobachtungen zu Autorität: Je autoritärer die Erziehung, desto gewaltförmiger in der Tendenz der Umgang der so Erzogenen mit ihren Mitmenschen. Je autoritärer das persönliche Umfeld, desto gewaltförmiger der Umgang der Menschen untereinander (z.B. im Knast). Je autoritärer ein Staat, umso mehr Gewalt zwischen den Menschen in ihm – jeweils in der Tendenz. Die Forderung nach Abschaffung von Knästen, Justiz und Polizei ergibt sich schon aus diesen Überlegungen. Mehrere weitere kommen hinzu:

- Die Existenz von Repressionsstrukturen ist selbst immer auch Ursache für den Wunsch nach Einsatz derselben zu bestimmten Zwecken. Herrschaft und Herrschaftsausübung folgen unmittelbar aus der Möglichkeit dazu. Wenn ich die Waffe in der Hand habe (oder eine Polizei durch entsprechende Gesetze zum Handeln veranlassen kann), steigt meine Neigung, mich mit meinen Mitmenschen nicht mehr zu einigen, sondern sie zu zwingen.

- Fast alle Gewalttaten zwischen Menschen haben spezifische Gründe, die nicht wiederkehren. Wer einen anderen Menschen aus Rache, angestautem Ärger oder Neid umbringt oder verletzt, wird das nicht mit größerer Wahrscheinlichkeit wieder tun wie andere Menschen auch. Das macht die Tat nicht besser, es zeigt aber, dass Strafe der Genugtuung Dritter dient, aber nicht zu Veränderung von Verhalten führt. Ganz im Gegenteil: Die asozialisierten Verhältnisse im Knast können bewirken, was ohne den Knast nicht passieren würde – die Fortsetzung von gewaltförmigem Verhalten.
- Viele Gewalttaten haben eine Vorphase, z.B. sexueller Missbrauch in Form von verbalen Übergriffen oder Drohungen, Schläge bis hin zum Mord in Form von massivem Streit. Wenn hier das soziale Umfeld nicht weggucken würde („Darüber redet man nicht" über „das geht Dich nichts an" bis zu „das beschmutzt die Ehre unserer Familie"), sondern intervenieren und die VerursacherInnen zur Rede stellt, würden die meisten Eskalationen hin zu Gewalttaten gar nicht mehr stattfinden. Strafe dagegen greift erst ein, wenn es zu spät ist.
- Die weitaus meisten Straftaten, Häftlinge und auch Paragraphen im Strafgesetzbuch haben mit Gewalt zwischen Menschen aber gar nichts zu tun. Es sind Handlungen mit wirtschaftlichem Hintergrund oder Ungehorsam bzw. Sabotage gegen den Staat. Erstere sind bei genauerer Betrachtung fast immer Umverteilungen von Oben nach Unten, d.h. Menschen holen sich etwas, wo es mehr davon gibt – oftmals sogar, ohne dadurch andere Menschen zu schädigen. Wer jemand anders das Fahrrad klaut, schädigt die andere Person. Wer aber kein Handy hat und Karstadt, T-Punkt oder Vodafone bieten Tausende an, so ist das Wegnehmen von einem Umverteilung. Aus Profitinteressen ist das unter Strafe gestellt. Mit dem zweiten großen Block im Strafgesetzbuch schützt sich der Staat selbst – mensch darf seine Hymne und Fahne nicht verunglimpfen oder PolizistInnen nicht beleidigen. Und etliches mehr.

- Zu alledem gibt es verbotene Dinge, die niemanden stören – nur der Staat will eine bestimmte Ordnung aufrechterhalten. Drogenkonsum, Parties auf der leeren Straße, bunte Graffitis an grauen Behördenwänden und ähnliches gehören dazu.

Strafe und Repression angreifen

Strafe dient nie den Menschen, sondern der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die durch Interessen geleitet wird – den Interessen derer, die gerade bestimmen, was geschehen soll. Wer Politik gegen Herrschaft machen will, greift an dieser Stelle etwas sehr Symbolisches an, etwas was den Kern von Machtausübung betrifft. Deutschland ohne Nazis oder ohne Castor – das ist denkbar. Deutschland ohne Justiz und Polizei aber kaum. Ein Grund mehr, Repression grundsätzlich in Frage zu stellen und damit Visionen einer Gesellschaft jenseits von Staaten, Erziehung und Strafe überall ins Gespräch zu bringen. Das kann über den direkten Angriff auf Repression, Kontrolle und Strafe erfolgen (von Störung, Theater, Graffiti bis Militanz). Zudem ist jede Situation, in der Repression auftritt, eine Chance, selbige zu thematisieren, also Kontrollen, Verhaftungen oder Gerichtsprozesse in eine Aktion zu wenden.

Knäste abschaffen!

Internet:

- Die Studie: www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Justiz-und-Recht/Nachrichten-,715.600306/pressemitteilung/Bundesjustizministerium-legt-u.htm
- www.projektwerkstatt.de/antirepression: Hintergrundtexte, Aktionsideen und mehr zu kreativer Antirepression.
- www.polizeidoku-giessen.de.vu: Informationen zu einer umfangreichen Sammlung von krassen Erfindungen und repressiven Durchgriffen seitens Polizei, Justiz, Presse und Politik im Raum Giessen.

Beratung und Hilfe:

KoBRA, Koordination und Beratung zu Repressionsschutz und zu kreativer Antirepression, Tel. 06401/903283, kobra-info@web.de und kobra-rechtsberatung@web.de.

Lesestoff:

- Direct-Action-Heftchen „Kreative Antirepression" und „Knast". Tipps für kreative Aktionen. Je 16 S., A5, 1 Euro.
- Dokumentation zu Polizei- und Justizerfindungen, Hausdurchsuchungen und mehr im Raum Gießen. 50 S., A4, 4 Euro.
- Alles unter www.projektwerkstatt.de/materialien.

Jenseits von Event-Hopping

Widerstand im Alltag

Die Demo gegen Sozialabbau ist vorbei – bei deinem Gang zum Arbeitsamt zerstört die Erwartung der üblichen Schikanen die letzten Reste der kurzlebigen Euphorie. Die herrschaftsförmige Realität holt dich ein ... wahrscheinlich kein seltener Fall. Denn während NGOs, wichtige Bündnisse oder Checkerkreise im Monatstakt hochgehypte Events und Kampagnen aus dem Boden stampfen, fehlt eine widerständige Alltagspraxis fast völlig. Das ist sicher kein Zufall – und ein wesentlicher Grund, warum sich in D-Land kein „nachhaltig"-radikaler Widerstand entwickeln kann. Schwarz-rote Fahnen oder „Smash Capitalism!"-Parolen sind wenig überzeugende Antworten auf den ganzen Mist, der unseren Alltag bestimmt.

Wer es schafft, sich im Alltag von den Zwängen einer herrschaftsförmigen Gesellschaft zu befreien hat viel mehr Zeit für das schöne Leben und den Einsatz für andere Verhältnisse. Nirgends haben wir mehr Gestaltungsmacht als in unserem Alltag – deshalb macht es viel Sinn, dort gleichberechtigtes Zusammenleben, Autonomie und Herrschaftsfreiheit auszuprobieren. Herrschaft, Verwertung und alle Formen der Diskriminierung sind ständig und überall präsent – jede Situation bietet daher Ansatzpunkte für kleine Aktionen, das Hinterfragen der Normalität und direkte Gespräche mit Menschen, vor denen wir uns so oft hinter Transpis und Abgrenzungsgehabe verstecken.

Möglichkeiten ...

Das Umkrempeln des Alltag hat viele Facetten: Direkte Intervention ... bei sexistischen Übergriffen, der Diskriminierung von Kindern oder rassistischen BGS-Kontrollen nicht mehr wegsehen, sondern kreativ und frech einschreiten, nachfragen usw. Handlungsfähigkeit ... Edding, Aufkleber, Aufmerksamkeit und etwas Übung in verstecktem Theater helfen, um im Alltag aktionsfähig zu sein. Selbstorganisation ... Umsonstläden, Gratisessen und andere Projekte bieten Chancen, um uns von Arbeit, Staat und Markt lösen zu können. Freiräume ... Häuser, Wohnprojekte und WGs als soziales Experiment für gleichberechtigtes, buntes Leben und Reibungsfläche mit der Normalität begreifen.

... und Chancen

Widerstand im Alltag will emanzipatorische Ideen auf alltägliche Probleme „anwenden". Wo das versucht wird, entstehen viel mehr Möglichkeiten für andere, sich widerständig zu verhalten - gerade für Menschen, die nicht den Szenecodes entsprechen oder keine Lust auf subkulturelle Events haben.

Querdenken in einem Wachstumssektor der modernen Gesellschaft

Selbstbestimmung und Ökologie

Mensch kann Umweltschutz auf sehr verschiedene Weise betreiben:

- Er kann die Menschen verdrängen wollen, sie als Krankheit auf der Erde definieren und sich ihre Ausrottung wünschen. Entweder ganz oder zumindest teilweise, dann immer wieder bezogen auf als besonders wertvoll angesehene Naturgebiete, die von Menschen freigeräumt werden sollen.
- Mensch kann zum zweiten das gesellschaftliche Leben reglementieren. Verbote und Gebote formen das Verhalten der Menschen. Das ist der klassische Umweltschutzansatz, praktiziert seit einem Jahrhundert – Hand in Hand mit der Institution, die den formalen Rahmen des Lebens schafft und gestaltet, dem Staat.
- Drittens lässt sich das Verhalten der einzelnen Menschen und der Wirtschaft finanziell steuern. Das ist der neoliberale Entwurf, Umweltschutz wird profitabel und Umweltzerstörung teuer. Das Konzept verträgt sich hervorragend mit gesellschaftlichen Verhältnissen, die insgesamt neoliberal umgeformt werden. Die Ökologiebewegung ist zudem selbst in fast ihrer ganzen Breite davon erfasst. Sie hat sich umstrukturiert, durchgerüttelt, verändert und ist zum Vorantreiber des Neoliberalismus geworden.
- Es gibt noch eine vierte Möglichkeit, gut verbindbar mit anderen. Menschliches Verhalten lässt sich über Erziehung, Bildung, Werbung, mediale Beeinflussung, Normen und Werte beeinflussen. Was Menschen auf verschiedene Weise als „richtiges Denken und Handeln" eingetrichtert wird, führt selbst dann zu den erwünschten Verhaltensweisen, wenn kein Zwang (autoritäre Politik) oder Anreiz (moderne neoliberale Variante) besteht.

All diese Formen des Umweltschutzes haben eines gemeinsam: Sie operieren herrschaftsförmig. Herrschaft bedeutet dabei nicht das eindeutige „oben" und „unten", sondern die Existenz von Zwängen und Beeinflussungen, die den Willen der Einzelnen steuern – egal ob das von einer Regierungsmacht als Verbot oder aus dem sozialen Umfeld der betroffenen Person als Erziehung, Rollenmuster usw. erfolgt. Herrschaft ist organisierte, d.h. nicht nur als zusammenhangloser Einzelfall eintretende Fremdbestimmung.

Insofern sind alle beschriebenen Konzepte einander wesensgleich, wenn sie auch in der konkreten Ausformung ganz unterschiedliches Aussehen haben, unterschiedliche Methoden und Sanktionen einsetzen.

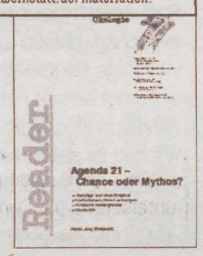
Der Umwelt hilft das alles wenig, denn es wird ein wesentlicher Wesenszug von Herrschaft übersehen. Herrschaft verbessert die Möglichkeiten der Menschen, die Herrschaft gerade ausüben (egal an welchem Ort, also genauso als Regierung eines Landes wie als Leitung eines Konzerns wie als „Oberhaupt" einer Familie oder eines Vereins), ihre Entscheidungen so zu treffen, dass es für sie Vorteile bringt, aber die Nachteile auf andere abgewälzt werden. Umweltzerstörung als Folge von Rohstoffgewinnung, Produktion oder andere Landnutzung ist ein klassisches Beispiel dafür.

Umweltschutz von unten

Somit wäre ein fünfter Weg für den Umweltschutz möglich: Die Überwindung von Herrschaft. Mensch könnte die Umwelt zur Sache gleichberechtigter Gestaltung machen. Die Menschen werden nicht mehr vertrieben, kontrolliert, gesteuert, beeinflusst usw. in Bezug auf ihren Umgang mit der Umwelt, sondern ganz im Gegenteil erhalten sie die volle Möglichkeit, die Umwelt so zu gestalten, wie sie es wollen. Dann hat kein Mensch mehr die Möglichkeit, über Herrschaft (Recht, Normen, Diskurse, Polizei, Justiz, Eigentumsrecht ...) die Folgen seines Verhaltens einfach auf andere abwälzen zu können. Die Ergebnisse werden vielfältig sein – und genau das ist das Schöne daran. Emanzipatorischer Umweltschutz oder „Umweltschutz von unten" will die Menschen zu AkteurInnen machen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben oder sich für sie interessieren. „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch" heißt der Weg dorthin, ein ständig weiterzuentwickelndes Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder kapitalistischen Instrumenten wie Ökosteuer oder Zertifikatehandel. Die Schritte bestehen aus konkreten Projekte, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparatniks und vieles mehr. Dazu gehört, die Vision einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren.

Lesestoff und Internet:

- Umweltschutz von unten: www.projektwerkstatt.de/uvu
- Zitate zu Naturschutzfilz und Umweltschutz von oben: www.projektwerkstatt.de/aes
- Medienpaket „Agenda, Expo, Sponsoring" mit dem Band 1 zum Naturschutzfilz plus einer dazugehörigen CD, die alle wichtigen Quellen und Dokumente enthält. Zudem der Band 2 mit einer intensiven Darstellung der Ideen emanzipatorischer Ökologie.
- Reader „Ökologie & Ökonomie" sowie „Agenda 21 – Chance oder Mythos?" mit vielen kritischen Texten. Alles unter www.projektwerkstatt.de/materialien.



umweltschutz

Brot für die Welt (Hrsg.)
Von Gen-Piraten und Patenten
Verfasst von Beate Wörner
WeltThemen 1
104 S., Pb., ISBN 3-86099-201-5

Die Pharmaindustrie und Saatgutkonzerne streichen riesige Gewinne aus der Ausbeutung pflanzengenetischer Ressourcen ein. **So treibt die Biopiraterie Bauern in den Ruin und plündert das Wissen der indigenen Völker.**

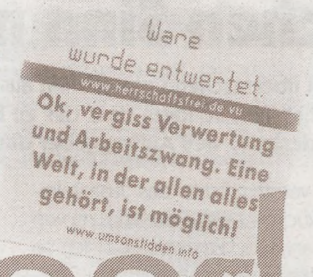
Brot für die Welt (Hrsg.)
Wem gehört das schwarze Gold?
Verfasst von Martin Petry, WeltThemen 4
216 S., illustriert, Pb., ISBN 3-86099-785-8

Im zähen Ringen mit der Weltbank, ExxonMobil und den Regierungen von Tschad und Kamerun haben Menschenrechtsgruppen Entschädigungen aus den Erdöleinnahmen für die Bevölkerung erreicht.
»Spannend wie ein Krimi ...« *(der überblick)*

Brandes & Apsel Verlag · Scheidswaldstr. 33
D-60385 Frankfurt a.M. · Fax 069 / 957 301 87
E-Mail: brandes-apsel@t-online.de · Internet: www.brandes-apsel-verlag.de

Gratisökonomie hier und jetzt!

Arbeit, Geld, Konsum und Privateigentum binden uns alle in die Zwänge des Kapitalismus ein. Das dieses Hantieren mit den kapitalistischen Handwerkzeugen uns nicht in ein freieres und selbstbestimmteres Leben führen, leuchtet ein, denn der Kapitalismus konstruiert und reproduziert sich ja gerade über sie. In der Lohnarbeit werden unsere Tätigkeiten in Abstrakte Werte umgewandelt und zu anderen Tätigkeiten und Dingen in ein angeblich vergleichbares Verhältnis gesetzt. Das Geld bildet dieses Verhältnis ab. Es ist das Medium für Ausbeutung, Armut und Reichtum. Bei der Lohnarbeit handelt es sich – wie auch beim Privateigentum – um ein Zwangsverhältnis. Die materielle Existenz der meisten Menschen hängt direkt von der Teilnahme am System der Lohnarbeit ab. Doch durch unsere Arbeit und unsere permanente Schaffung von Privateigentum machen wir diese Welt und ihr Wirtschaftssystem zu dem, was sie sind. Die kapitalistische Kultur hilft, die Werte und Handlungsnormen zu verfestigen und von Generation zu Generation zu transportieren.



Ohne Moos!

Um aus dieser kapitalistischen Kultur, dem „Kapitalismus in uns", auszusteigen und in andere Verhältnisse zueinander zu treten, müssen wir andere Formen gesellschaftlicher Kooperation entwickeln bzw. wiederentdekken. Diese Formen sollten auf eine In-Wert-Setzung (oder Verwertung) von menschlichen Tätigkeiten und Ressourcen verzichten. Sie sollten der Selbstlogik der kapitalistischen Akkumulation (der Mehrwertproduktion) andere, selbstbestimmtere Kooperationsbeziehungen zwischen den Menschen entgegensetzen.

Mit Umsonstläden und freier Produktion (z.B. der Computersoftware Linux) sind Anfänge für eine solche Verwertungsfreie Kooperation gemacht worden.

Gegenexperiment „Umsonstladen"

Das Prinzip der Umsonstläden ist ganz einfach und ermöglicht vielen Leuten, mitzumachen. Wer Dinge hat, die sie oder er nicht mehr benötigt, die aber noch gut erhalten sind, bringt sie in den Umsonstladen. Dort können sie von anderen Leuten einfach wieder mitgenommen werden. Einzige Auflage: Die Leute müssen die Dinge für ihren direkten Gebrauch benötigen, d.h. sie dürfen nicht verkauft werden. Im Umsonstladen kosten die Dinge kein Geld und es geht auch nicht ums Tauschen. Das Prinzip des Umsonstladens zeigt, dass auch ein anderes sozialeres Verhalten zwischen den Menschen möglich ist. Auch aus ökologischer Sicht ist der Umsonstladen höchst sinnvoll, da die Dinge nun nicht mehr weggeworfen, oder sinnlos gelagert werden, sondern wieder eine neue Nutzung erfahren. Das vermeidet aber nicht nur Müllberge, sondern auch eine überflüssige Produktion von neuen Dingen mit gleicher Funktion.

Ein Umsonstladen kann aber auch noch in anderer Weise neue Formen von Kooperation erproben. So ist ein Betrieb ohne Lohnarbeitsverhältnisse und auf der Basis der Freiwilligkeit der Einzelnen ebenso ungewöhnlich, wie eine hierarchiefreie, kollektive Organisationsweise, wo alle gemeinsam entscheiden und trotzdem eine große Freiheit im Handeln der einzelnen AktivistInnen ermöglicht wird. Ein Gratisökonomie-Projekt kann so also ein praktischer Anfang sein, eine antikapitalistische Struktur auch schon innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse zu erproben.

Dabei wird das Projekt immer wieder an die Grenzen des Möglichen innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse stoßen und deutlich machen, dass die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse nicht vereinbar sind mit einer freien und selbstbestimmten Zukunft. Denn letztlich gibt es ja kein richtiges Leben im Falschen.

Die NutzerInnen in Gratisökonomie-Projekten sind ebenso wie die InitiatorInnen solcher Projekte selbst kapitalistisch sozialisiert. Der Fetisch vom Reichtum und vom Anhäufen wirkt auf sie ebenso, wie der Drang nach immer mehr Geld und Eigentum. Wir alle sehen die Dinge und Tätigkeiten immer vor allem durch den Filter des Wertes. Wer kleinen Schulkindern bei ihren Pausengesprächen zuhört, kann unschwer erkennen, dass es in unserem Blick doch immer auch um Geld und Besitz geht. Ohne diese Kategorien sind wir kaum fähig unsere Wahrnehmung zu ordnen. Das trifft selbstverständlich auch auf die NutzerInnen der Umsonstläden zu. Unschwer ist zu erkennen dass ihr Bedürfnis oft genug in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Geldwert eines Gegenstandes steht. Die Gier lässt manche sich die Taschen bis oben hin voll packen und andere täglich im Laden erscheinen. Und trotzdem sind es genau diese Momente, die ein Potenzial zum Querdenken und zum emanzipatorischen Konflikt in sich bergen. Freilich stellt aber auch allein der Fakt, dass die Dinge im Laden nichts kosten, bereits eine Provokation für die meisten NutzerInnen dar und eröffnet eine Kommunikationsmöglichkeit.

Ebenso klar ist aber auch, dass die Idee des Umsonstladens allein kein Modell für ein anderes Wirtschaften sein kann. Schließlich produziert der Umsonstladen nichts, sondern lebt von den Dingen, die auf kapitalistische Weise produziert wurden.

LinuX

Die zahlreichen ProgrammiererInnen, die weltweit an dem freien Softwaresystem Linux basteln zeigen jedoch, dass es auch eine Produktion auf Basis der Gratisökonomie geben kann. Und sie zeigen zugleich die Notwendigkeit auf, solche verwertungsfreie Produktion auch für andere Bereiche zu erproben. Die angebliche Effizienz und Überlegenheit kapitalistischer Produktion muss spätestens seit der Existenz von Linux in Zweifel gezogen werden.

Es muss jedoch auch darum gehen, über die Dinge hinaus zu kommen und gegenseitige Hilfe auf einer ganz praktischen Ebene zu etablieren. In Berlin haben wir dazu den Versuch eines Gratis-Rings gestartet. Sein Ziel ist es, dass Menschen sich direkt gegenseitig helfen, ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Die Beispiele reichen vom berühmten Haare schneiden über Hilfen im Haushalt bis hin zu handwerklicher oder auch gesundheitlicher Hilfe. Solche alternativen Praxen werden zwar nicht von heute auf morgen die Welt umkrempeln, aber sie können doch weit mehr als einfache Experimentierfelder sein. Sie können vor allem auch den einzelnen mitmachenden Menschen helfen, sich von den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen (insbesondere der Lohnarbeit und des Konsums) ein Stück weit zu befreien und damit Zeit und Energie für Subversion und Spaß zu gewinnen.

Autor: Einer vom Umsonstladen Berlin

Umsonstladen unterwegs

Die Einrichtung von alternativen Initiativen und Projekten hängt oft von der Geld- und Raumfrage ab. In Gießen haben die AktivistInnen des Umsonstladens aus der Raumnot eine Tugend gemacht, und ergänzen das regelmäßige Angebot in einer Infoladen-Ecke durch Umsonstladen-Stände in der Innenstadt oder in wechselnden Räumen von anderen Initiativen. Das erhöht natürlich den Organisationsbedarf, bringt aber auch mehr Aufmerksamkeit, vor allen in ganz unterschiedlichen Bevölkerungsteilen, die mensch sonst vielleicht nicht erreichen würde. Der Spaßfaktor ist bei gutem Wetter draußen sowieso viel größer.

Die Anregung zu einer anderen Variante kam aus dem Umsonstladen Berlin: Beim ersten überregionalen Umsonstladentreffen in Hamburg, berichtete eine Frau von den Anfängen ihres Umsonstladens im Keller ihres Hauses. Wenn nun eine Gruppe keine unabhängigen Räume zur Verfügung hat, ließe sich evtl. im eigenen Keller einfach eine Umsonstecke einrichten. Wenn sich das erst einmal rumgesprochen hat, ergeben sich weitere Kooperationen oft von selbst, weil es dann eine Anlaufstelle für Suchende und Gebende gibt. Diese Ideen sind natürlich auch auf andere Projekte übertragbar: gemeinsam nutzbare Computerräume, Werkzeuge, Kopierer, gemeinsam Kochen...

Lesestoff und surfen:

- Contraste Januar 2004 zu Umsonstläden
- www.umsonstladen.info

Die Alternative zu Zentralismus und Basisdemokratie

Offene Plattformen ... den Anspruch des WSF ernst nehmen!

Wo immer etwas größer wird, entsteht das Problem der Koordinierung, des Überblicks, der Informationsflüsse bis hin zum seltsamen Zwang, jetzt auch Gemeinsames entscheiden zu müssen. Camps, Kongresse, Konferenzen, Aktionen, aber auch die politischen Zusammenhänge einer Stadt oder Region sind solche Größenordnungen. Normalerweise entwickelt sich eine Mischung aus Nebeneinander (manchmal auch Gegeneinander) und zentralen Organisationsstrukturen. Bei Camps, Kongressen oder Aktionen sind das meist Plena, in einigen Fällen auch SprecherInnenräte (z.B. Jugendumweltkongreß, X-1000malquer) oder formale Führungsgremien (wie die Vorstände in den NGOs, z.T. als Koordinations- oder Steuerungsgruppen verschleiert).

Organisierung von unten

Die immer wieder negativen Erfahrungen mit Dominanzen und zentraler Steuerung sowie das Erleben der strategischen Unterlegenheit basisdemokratischer gegenüber zentralistischen Organisierungsmodellen führt zu ständigen Debatten über die Struktur großer Treffen, Aktionen oder gruppenübergreifender Prozesse. Dabei wiederholen sich immer dieselben Fehler:

Es wird nach einem Modell gesucht, daß für alle die beste Lösung bringen soll.

Alle Anforderungen und Probleme sollen durch eine Methode bearbeitet werden.

Immer bleibt im Kern ein zentrales Gremium und eine kontrollierende Struktur übrig, wenn sie auch in ihrer Form ständig wechselt (Plenum, SprecherInnenrat, Vorstand, Koordinationskreis, Orga-Gruppe usw.)

Werden Teilfragen ausgelagert, so wird auch dafür wieder ein neues Gremium geschaffen, das zentral zuständig ist.

Kooperation autonomer Teile

Das Gegenmodell zu solchen Lösungsmodellen muß sehr grundsätzlich mit der Vorstellung brechen, überhaupt ein allumfassendes Organisierungsschema zu finden. Das ist nämlich bereits eine Vorgabe, die dominant wirkt, weil sie die Einigung im Sinne einer Vereinheitlichung durchsetzt. Hierarchiemindernd aber kann nur eine Organisierung sein, die verschiedene (!) Handlungsmöglichkeiten schafft, die gerade Unterschiedlichkeit fördert – und zwar im Sinne echter Möglichkeiten, nicht nur der theoretischen Chance. Ein grundlegendes Modell dieser Art sind die „offenen Plattformen". Darunter ist zu verstehen, daß Organisierungen nicht mehr von Gremien ausgehen, sondern von allen AkteurInnen gleichermaßen entwickelt werden können.

Die Gleichberechtigung entsteht durch den für alle möglichen Zugriff auf alle (!) Ressourcen, seien es Adressenlisten (z.B. Presseverteiler), Infrastruktur (Geräte, Technik usw.), Räume, Wissen, Termine usw.

Die Vielfalt entsteht durch die informelle und technische Möglichkeit, verschiedene Organisierungsansätze auch nebeneinander zu verwirklichen. Das bedeutet: Es geht nicht mehr um die Frage „der" richtigen Organisierung, sondern um eine Vielfalt verschiedener. Die Menschen verwirklichen jeweils „ihre richtige" Struktur zusammen mit denen, die ähnliche oder gleiche Vorstellungen haben.

Statt eines Nebeneinanders ist das Ziel, daß zwischen diesen autonomen Teilbereichen vielfältige Kooperationen entstehen, seien sie in gemeinsamen Aktionen, gemeinsamer Nutzung von Infrastruktur oder auf andere Weise. Wichtig ist dabei einerseits, dass keine übergeordnete Ebene diese Kooperationen organisiert bis erzwingt, andererseits aber auch, daß Kooperation gegenüber konkurrierendem Verhalten der einzelnen Teile (exklusive Nutzung von Infrastruktur, Material, Geld, Wissen, Verteiler usw.) als die sinnvollere Form erscheint. Das ist vor allem dann gegeben, wenn alle diese nutzbare Infrastruktur grundsätzlich allen gleichberechtigt zugänglich ist. Wo keine bevorzugten Zugriffsrechte existieren und damit auch außer dem blanken Faustrecht und ähnlichen Ausgrenzungsmethoden keine Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten bestehen, ist die Chance am größten, daß sich die Teilgruppen kooperativ verhalten, also sich über die Nutzung verständigen, die Infrastruktur weiterentwickeln usw. Gruppenegoismus und das für andere auch Nützliche fallen dann weitgehend zusammen (siehe auch die Theorie der Herrschaftsfreiheit im Projekt „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen", z.B. unter www.herrschaftsfrei.de.vu oder www.opentheory.org/herrschaftsfrei).

Praktisch werden ...

Gegen das Prinzip der „Offenen Plattformen" könnte es Vorbehalte geben – weil es fremd ist und auch „Linke" meist strukturkonservativ sind, Angst vor Neuem haben. Oder weil Eliten ungern die Zügel aus der Hand geben (auch wenn sie es anders begründen werden). Da ist hilfreich, dass die Plattformen auch zunächst neben anderen Teilen bestehen können. Allerdings muss durchgesetzt werden, dass die hierarchische Gesamtorganisation mit Steuerungsgruppe, Plenum oder wie auch immer keine Zuständigkeit für die Plattform haben. Die ist ein autonomer Teil und hängt nicht von anderen Teilen, die z.B. Hausrecht anwenden, ab.

Wie offene Organisierungsplattformen aussehen können, wird noch sehr stark zu entwikkeln sein. Es gibt aber bereits einzelne Beispiele für Anfänge von Praxis, die zeigen können, in welche Richtung es geht. Viele der bisherigen Beispiele litten unter äußeren Zwängen. „Offene Plattformen" werden zur Zeit in politischen Bewegungen als Fremdkörper wahrgenommen. Es sind Zonen, wo die normalen Dominanzen nicht mehr wirken. Daher versuchen formaldemokratische Gremien oder informelle Eliten, solche „Freiräume" wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Weltsozialforum (WSF)

Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen der Institution Weltsozialforum. Daher ist niemand berechtigt, im Namen eines der Foren zu sprechen oder eine Position als die aller Teilnehmer wiederzugeben. Die Teilnehmer dürfen nicht aufgefordert werden, als Institution Erklärungen oder Aktionsvorschläge anzunehmen, die jeden oder die Mehrheit binden und den Eindruck erwecken können, mit ihnen würde das Forum als Institution etabliert. Es stellt daher keinen Ort der Macht dar, um den die Teilnehmer in den Treffen ringen. Ebenso wenig hat das Forum den Anspruch, die einzige Form der Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Organisationen und Gruppen zu sein.

(6. Absatz der WSF-Grundsätze – von den WSF-tragenden NGOs auch nicht mehr beachtet ...)

Fotos:
Offene Plattform auf dem Grenzcamp in Köln (oben) und Torten für WSF-Funktionäre, geworfen von Basisgruppen.

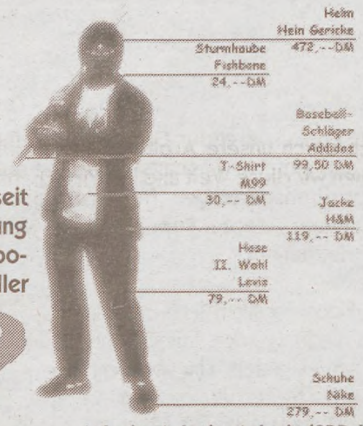
Internet und Lesestoff:

- www.hierarchnie.de.vu
- www.projektwerkstatt.de/plattform
- HierarchNIE! Der Reader zu Gruppenmethoden und Entscheidungsfindung von unten – mit vielen grundlegenden und analytischen Texten zu Dominanz und Hierarchie, aber ebenso mit konkreten Tipps für Gruppen und große Veranstaltungen, u.a. zu offenen Plattformen. A4, 6 Euro

Faschismus ist keine Meinung ... Nazis raus?

Antifa-Verkürzungen

In einer langweiligen radikalen Linken, in der (von Ausnahmen abgesehen) Aktionsformen ständig nur wiederholt werden, identitäre Label sprießen und Argumentationsketten immer mehr verkürzen, stellen die antifaschistischen Gruppen seit etlichen Jahren den sichtbarsten Teil. Der Integrationsversuch der Bundesregierung unter dem Codewort „Aufstand der Anständigen" schlug überwiegend fehl – ein positiver Punkt. Ansonsten aber wäre eine intensive Reflexion und Selbstkritik sinnvoller als immer neue Entwürfe noch coolerer T-Shirts und stylischer Plakate voller Männlichkeitssymbolik.



no nazis?

Eine emanzipatorische Politik ist mit Ausgrenzung unvereinbar, denn Emanzipation bedeutet, die Selbstentfaltung des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und Hürden, Zurichtungen, Zwänge usw. ab- statt aufzubauen. Das gelingt schon intern nicht, in der Antifa-Politik ist zudem „Nazis raus!" und das Verscheuchen von Neofaschisten eher die normale Aktionsform. Allerdings – sie hat auch ihre Berechtigung, denn Emanzipation entsteht nicht durch Zugucken, sondern durch eine offensive Politik des Zurückdrängens von Zwängen. Das Handeln von Nazis, das darauf abzielt, andere Menschen einzuschränken, zu verängstigen, wegzujagen oder gar vernichten zu wollen, ist „Gewalt von oben", gegen die soziale Notwehr sinnvoll, ja erforderlich ist. Die Grenze zwischen Notwehr und eigener Machtausübung muss aber messerscharf formuliert und vermittelt werden, damit der Kampf nicht zum Spielfeld eigener Herrschaftsphantasien oder identitärer statt emanzipatorischer Politik wird.

Kritik antifaschistischer Praxis

Die konkrete Form vieler Antifa-Aktionen vermittelt die eigenen Ziele und den Sinn sozialer Notwehr nicht oder nur undeutlich. Zudem breiten sich ständig antiemanzipatorische Positionen und Strategien aus.

- Sieg-Niederlage: Der Kampf gegen die Nazis vermittelt selten das Bild, dass es hier um das Erstreiten von Freiräumen geht. Dann müssten deutlicher die hinter den konkreten Faschos stehenden Strukturen bis hin zu den faschistoiden Mustern in der gesellschaftlichen Mitte thematisiert und angegriffen werden. Im Vordergrund steht eher der Kampf „Mann gegen Mann". Können die Nazis marschieren, haben sie gewonnen. Sonst jubelt die Antifa. Das Muster gleicht den hirnlosen Logiken auf Seiten der Nazis. Die Spielregeln sind offenbar beidseitig akzeptiert. Sieg-Niederlage-orientierte Verhältnisse aber sind herrschaftsförmig und vermitteln keine emanzipatorischen Visionen.
- Dominanz und Kraftkult: Viele Antifagruppen, -symbole und -plakate posieren mit Männlichkeitssymboliken. Böser Blick, Gewaltbereitschaft, Gefährlichkeit und Muskeln sind hoch im Kurs, bei Antifa-Männern und -Frauen. Auch in den internen Strukturen sind dominante Rhetorik, angsteinflössende Gestik und informell extreme Hierarchien der Normalfall.
- Identitäre Politik: Verbunden ist die Konstruktion eigener Mächtigkeit mit der Schaffung von Labeln und identitären Codes. Kleidung, Aufnäher, platte, aber gemeinschaftstümelnde Slogans mit ständiger „Wir"-Nennung sowie Fahnen und Embleme prägen die antifaschistische Arbeit. Die Konstruktion einheitlicher Gruppen ist antiemanzipatorisch, weil sie Differenzen übergeht, stattdessen vereinheitlicht und identitäre Kollektive schafft. Das „Volk" ist die übergreifendste Kategorie dieser Logik, die kleineren Gruppen mit ähnlichen Identitätslogiken nutzen die gleichen Mechanismen. Dazu gehört auch die Abgrenzung, d.h. das „Wir" braucht oft das „die Anderen" zum Gemeinschafts-Akt.
- Fehlende Vermittlung: Viele Aktionen haben kaum oder keine Aussenwirkung. Transparente und Slogans sind voller Codes und schon von der Vorüberlegung nur auf die eigenen Zusammenhänge gerichtet, während bei Demonstrationen, Flugblätter usw. die Menschen rundherum gar nicht wahrgenommen werden. Dazu passen auch eklatante Versäumnisse bei Kooperationen. Fast immer regt sich gegen Nazis auch bürgerlicher Widerstand. Der ist ebenso von massiven Verkürzungen geprägt und dient oft eher dem Heimatschutz als emanzipatorischen Zielen. Diese dort einzubringen und nicht das Feld Gewerkschaftsfunktionärlnnen oder anderen zu überlassen, wäre praktische Politik.
- Verkürzte Positionen: Allerdings würde Vermittlung nicht reichen, neu diskutiert werden müssen auch die Positionen selbst. Mangels eigener Ziele werden krasse Verkürzungen wie „Nazis raus", „Palis über den Jordan" oder der Wunsch nach Vernichtung ganzer Dörfer und Städte als antifaschistische Praxis for-

Arbeit, Arbeit, Arbeit (SPD-Wahlslogan). Mehr Arbeit (FDP-Wahlslogan). Arbeit soll das Land regieren (PDS-Wahlslogan).

Arbeit für alle?

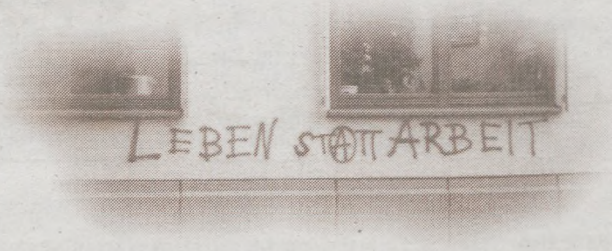
Das Jahr 2004 steht im Zeichen der größten Sozialabbauwelle in der BRD. Der fordistische Spuk, wo wachsende Märkte für immer mehr Beschäftigung sorgten, ist endgültig vorbei und so werden auch alle „zivilisatorischen Errungenschaften" die an den Fordismus gebunden waren allmählich wieder kassiert. Für die Betroffenen hat dies weitreichende Konsequenzen. Das neue Schlagwort Flexibilität bedeutet im entsicherten Kapitalismus nichts anderes, als den Verlust aller individueller Sicherheit. In einer Welt in der alles „zumutbar" ist, wird das Leben selbst zur Zumutung.

In einem sind sich die Reformregierung und viele ihrer sozialstaatlichen Kritiker einig. Die Lösung für das Dilemma liegt im Wachstum, das neue Arbeitsplätze schaffen soll.

Die einen setzen dabei eher auf die Stärkung der Angebotsseite, in der Hoffnung die kaufkräftige Nachfrage im Ausland schon irgendwo zu finden, während die anderen eher auf die Stärkung des inländischen Konsums setzen. Beide klammern jedoch eine Frage aus. Wofür ein mehr an Arbeit? Das die meiste Arbeit nur wenig mit Selbstentfaltung zu tun hat, dürfte heute kaum jemand bezweifeln. In Deutschland werden 65 Krankheitstypen offiziell als Arbeitskrankheiten anerkannt. In Japan ist der Stresstod am Arbeitsplatz so verbreitet, dass ein spezielles Wort dafür entwickelt wurde: Karoschi. Haben wir – zumindest in der westlichen Hemisphäre – tatsächlich eine Güterknappheit, die mehr Arbeit nötig macht? Das Gegenteil ist der Fall. Zwar gibt es eine Menge Tätigkeiten, wie die Pflege alter Menschen, Kinderbetreuung, Umweltschutz o.ä., in die noch viel mehr Energie gesteckt werden müsste, doch tatsächlich ist die aktuelle Krise gerade auf ein gewaltiges Wachstum der Produktivität zurück zu führen. Diese ist derart rasant gestiegen, dass die menschliche Arbeitskraft immer weniger gebraucht wird. Für eine vernünftig eingerichtete Welt würde dies als Möglichkeit erscheinen, sich endlich von dem Fluch, sein Brot nur im Schweiße seines Angesichts zu essen, zu erlösen. Für eine kapitalistisch eingerichtete Welt erscheint es jedoch vielmehr wie das Nahen des Armageddons. Das zeigt, dass Arbeit nicht verwechselt werden darf, mit allgemein nützlicher menschlicher Tätigkeit. Vielmehr muss Arbeit verstanden werden als die entmündigte Produktion für einen anonymen Markt, die von jeder sinnlichen Eigenschaft des Produktes und der Arbeit abstrahiert solange sie verwertbar bleibt. Der Sinn kapitalistischer Produktion besteht eben nicht in der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern in der Verwandlung menschlicher Energie in Geld. Deshalb versuchen die Fanatiker der Marktwirtschaft die menschliche Arbeitskraft zunehmend in eine verkäufliche Ware zu verwandeln, gerade in einer Zeit, in der der Verkauf der Arbeitskraft genauso erfolgversprechend erscheint, wie der Verkauf von Tofuwürstchen auf der Jahresfeier der Metzgerinnung.

Wer sich also mit der Regierung darüber streiten möchte, was der beste Weg „für Wachstum und Beschäftigung" (DGB) ist, kann das gern tun. Ein Kampf gegen die aktuellen und noch kommenden Zumutungen wird damit nicht gewonnen. Dieser muss vielmehr ein Kampf gegen und nicht für die Arbeit sein. Der Ruf nach mehr Leistung muss mit einer Politik der aktiven Verweigerung beantwortet werden, nicht mit alternativer Konzeptheckerei. Der Widerstand v.a. auch gegen Repressionen denen mensch sich in der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sieht, ist in diesem Sinne ein wichtiges Feld des anstehenden Widerstandes. Für viele ist dies bereits tägliche Realität. Trotzdem wird es auch von vielen sozial engagierten Menschen noch immer als Nebenschauplatz abgetan, da auch für sie noch immer die Lohnarbeit die einzig denkbare Form gesellschaftlicher Teilhabe ist. Alles andere gilt als bedauernswertes Unglück dem abgeholfen werden muss- durch Wachstum und Beschäftigung. Dieses Denken muss überwunden werden, die Konzepte einer neuen sozialen Bewegung müssen jenseits der Arbeit liegen.

Hartzer Käse



Lesestoff, Surfen ...

- Manifest gegen die Arbeit: www.giga.or.at/others/krisis/diverse_manifest-gegen-die-arbeit_1999.html
- Terror der Arbeit: www.giga.or.at/others/krisis/n-trenkle_terror-der-arbeit.html
- Annette´s Philosophenstübchen zur Arbeit: www.thur.de/philo/arbeit.htm
- 5-h-Woche: www.5-stunden-woche.de
- Contraste Febr. 2002: Hoch die Arbeit?

Immer auf Sonnenkurs bleiben!

- sauber
- unabhängig
- leistungsstark

D-35091 Cölbe, ✆ 06421-8 007 0 - www.wagner-solar.com

Seminarrraum (ca. 40 Personen) mit Leinwand, Dia-, Film- und Overheadprojektor, Episkop, Video

Musik- und Partyraum mit Billard, Dart und Soundanlage

Was wir nicht sind ...

Bildungsstätten sind sauteuer geworden ... und bieten dafür Luxus: Einzelzimmer statt kreativer Umgebung, Büffets statt Selbstorganisierung Luxus ist zum Markenzeichen für Seminare geworden und hat Inhalte verdrängt. Viele der SeminaranbieterInnen erhalten umfangreiche staatliche Förderungen oder nehmen hohe Gebühren. Darauf setzen wir nicht.

Das Tagungshaus für kreative Gruppen

Seminarräume Arbeitsräume Bibliotheken Umweltgerechtes Haus

Und ... was wir sind:

Im Seminarhaus der Projektwerkstatt ist vieles anders. Hier steht im Vorderung, was Kreativität anregt und konkreten Projekten nützt: Große Gruppenräume, eine technisch gute Ausstattung mit Werkstätten aller Art. Hinzu kommt, was nötig ist: Gruppenküche und -sanitäranlagen sowie Schlafräume. Alles ist handgemacht, in allem spiegelt sich der Geschmack sowie das handwerkliche Geschick der beteiligten Gruppen und EinzelhelferInnen wieder. Die Gruppen kochen in der Regel selbst. Dafür brauchen sie nur soviel zu bezahlen, wie sie können.

Wir sind ein Tagungshaus für politische Gruppen, die hier Projekte vorbereiten oder Wissen „tanken" wollen.

Kleingruppenräume und -ecken in der Bibliothek

Drei Bettenräume mit 8, 11 und 4 Betten plus Platz für Isomatten

► Projekt-Werkstätten nutzen!

Alle Werkstätten stehen den Seminargruppen offen. Das bedeutet, daß Musik und Theater, Layouten von Infoblättern, Plakaten oder Broschüren, Internetprogrammierung, Fotoentwicklung, Interviews und vieles mehr im Seminarhaus erfolgen können.

► Unsere Preise:

Nach Selbsteinschätzung (Richtwert pro Person+Nacht 6-10 Euro). Bereitstellung von Lebensmitteln: 7 Euro pro Person und vollem Tag. Vollverpflegung: Zusätzlich 120 Euro pro Volltag.

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (20 km östlich Gießen)
06401/90328-3, Fax -5, unterwegs 0171/8348430, tagungshaus@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/saasen
Bahnschluss in Saasen (Linie Gießen-Fulda), Radweg „R7" ab Gießen oder vom Vogelsberg. Wegbeschreibung im Internet.

Staatsnahe NGOs, neue „Links"parteien ...

Alter Wein in alten Schläuchen

Ihr Aufstieg scheint unaufhaltsam, ist aber vor allem eine Folge der skandalösen Praxis von Regierungspolitik seit den 90er Jahren. Wo allzu offen Profitinteressen über die Bedürfnisse der Menschen sowie der Reichtum weniger über die Grundsicherung vieler gestellt wird, wächst das Unbehagen. Im günstigen Fall wächst daraus Protest der Betroffenen. Wahrscheinlicher ist, dass das Unbehagen eingefangen wird von einer Vielzahl konkurrierender Gruppen mit einfachen Weisheiten, die das Bessere versprechen und einfache Lösungsvorschläge unterbreiten. Was früher Sache der jeweiligen Oppositionspartei war (freilich nur bis zu dem Tag, an dem sie an die Regierung kam), ist heute gelebter Populismus von NGOs, Protestkampagnen und einer Flut neuer Parteigründungen.

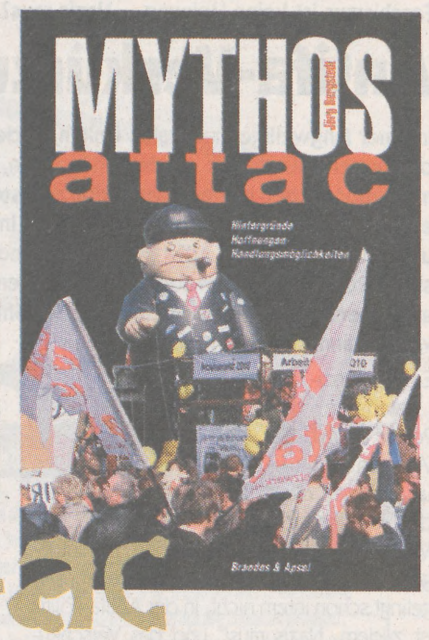
„NGO stellen gewissermaßen eine Parallele zur Entwicklung von grünen Parteien dar. Im letzteren Fall professionalisieren sich politische Aktivisten, indem sie zu beruflichen Parteipolitikern und Parlamentariern werden. In einem kleinen Segment der sozialen Bewegungen, vor allem dem Umweltbereich, professionalisieren sich Bewegungsaktivisten, indem sie Nichtregierungsorganisationen gründen. Eine vergleichbare Entwicklung gibt es auch im Bereich der internationalistischen Solidaritätsbewegung. Durch die vor allem von der Sozialdemokratie mit dem Brundtland-Report vorangetriebene Diskussion über nachhaltige Entwicklung und die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden beide politischen Stränge Ende der achtziger und frühen neunziger Jahre eng miteinander verknüpft. Mehr als in anderen erlangten NGO in diesen beiden Bereichen die Anerkennung durch zwischenstaatliche Organisationen und durch nationale Regierungen. Einzelne Staatsapparate und Stiftungen unterstützen NGO direkt finanziell und indirekt durch Steuererleichterungen sowie durch Kooptation in den politischen Beratungsprozess. ...

... im Zusammenspiel mit den Medien reduzieren einige der von diesen aufgewerteten NGO die Komplexität weltgesellschaftlicher Zusammenhänge auf wenige und scheinbar unmittelbarer politischer Praxis zugängliche Themen, Personen oder Verhandlungsarenen". So formulierte Alex Demirovic in seinem Text „NGO, Staat und Zivilgesellschaft" (Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster, S. 142 ff).

Populismus, Kampagne, Lobby, Geld

Die vier Säulen moderner Protest„arbeit" passen zusammen. Dabei reduziert sich die Funktion der meisten Menschen auf reines MitläuferInnentum bei überregionalen Events und Kampagnen. Mitlatschen auf Demos oder Veranstaltungen organisieren, Infostände durchführen und Unterschriften sammeln vor Ort. Eigene Aktivitäten sind möglich, aber irrelevant, weil ihnen die Einbettung in die mediale Vermittlung der professionellen überregionalen EventmanagerInnen fehlt.

- Populismus bedeutet die gezielte Reduzierung auf einfache Kritik oder Forderungen. Sie suggerieren die Hoffnung auf Besserung ohne aufwendige Veränderungen in der Gesellschaft. Sie ähneln religiösen Verlockungen, analytische Texte werden kaum mit den populistischen Positionen verbunden. Aktuell sind die Hoffnung auf die EU als Weltakteur, die Tobin Tax als Verbesserungssteuer oder die Verteufelung der als abtrennbar beschriebenen Finanzmärkte bekannte Beispiele von Populismus. Aber auch die von kleineren politischen Zusammenhängen verkündeten Heilsbotschaften, z.B. die platte Solidarisierung mit widerlichen Regimen der Marke Hussein oder Arafat sowie die Glorifizierung der EU bzw. militaristisch-fundamentalistischer Regierungschefs a la Bush und Sharon, stellen krasse Vereinfachungen zum Zwecke propagandistischer Wirkungen dar – purer Populismus.
- Kampagnenförmige Politik ist mit Populismus gut verknüpfbar. Sie bedeutet, dass in strategischen Zentralen Themen und ihre Vermarktung vorgedacht werden. Ausführende sind neben den Medien die AkteurInnen an der Basis, deren Verhalten aber durch gleichförmige Fahnen, Slogans, Aufkleber usw. praktisch gleichgeschaltet ist.
- Lobbyarbeit bedeutet die Ausrichtung der Organisationsstrategie auf die Beratungstätigkeit von EntscheidungsträgerInnen, vor allem Behörden und Regierende. Dazu werden immer mehr SpezialistInnen eingestellt, die völlig entkoppelt von politischer Bewegung an irgendwelchen Orten Gespräche führen mit dem Ziel, minimalste Veränderungen in das praktische Regierungshandeln zu bringen.
- In allen Fällen ist das Sichern eines Einkommens wichtiger Antrieb bei den Handelnden. Moderne Organisationen agieren mit Hauptamtlichen. Solch umfangreiche Finanzmittel sind nur über öffentliche Zuschüsse oder über die Spendenbereitschaft des reichen BildungsbürgerInnentums zu bekommen. Um all diese nicht zu verschrecken, müssen alle politischen Forderungen darauf abgeklopft werden, diesen Gewinnern des Neoliberalismus nicht zuwiderzulaufen.



Internet:

- www.debatten.de.vu: Zitate und Debatten zu politischer Organisierung, Positionen usw.
- www.attac-online.de.vu: Die kritischen Seiten zu Attac.
- www.projektwerkstatt.de/oekofilz: Kritische Hintergründe zu Umwelt-NGOs.

Lesestoff:

- Bergstedt, Jörg (2004): Mythos Attac. Hintergründe, Hoffnungen, Handlungsmöglichkeiten. Brandes & Apsel in Frankfurt. Ca. 192 S., 14,90 Euro (erscheint Juli 2004).
- Bergstedt, Jörg (2003): Nachhaltig, modern, staatstreu? Kritik politischer Ideologien und der Strategien von NGOs und politischen Gruppen. Projektwerkstatt in Saasen. 14 Euro.
- Bergstedt, Jörg (2002): Reich oder rechts? Filz von NGOs mit Parteien, Regierungen, Wirtschaft, esoterischen und rechten Gruppen. IKO in Frankfurt. 22,80 Euro.
- Bestellen: www.projektwerkstatt.de/materialien.

Mythos Attac

Ab Juli 2004: Das erste kritische Attac-Buch!

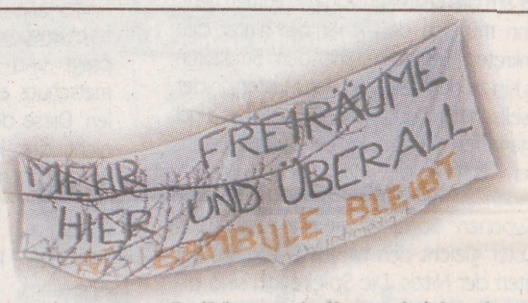
Es war ein kometenhafter Aufstieg. Im Juni 2001 bereits als Zentrum des Widerstandes in den Medien benannt, als der Verein nur wenige Mitglieder hatte. Ein halbes Jahr später vom Stern zur „Organisation des Jahres" ernannt, aufgestiegen zu den Mikrophonen der quotenstärksten Politiksendungen und -blätter. Noch ein Jahr später wird der Attac-Chefideologie Sven Giegold vom Stern-Jugendmagazin „Neon" zum Mann des Jahres gekürt – und lässt alles mit Rang und Namen, von Michael Ballack bis Daniel Küblböck locker hinter sich. Als sich die Friedensbewegung (gegen den Irakkrieg) und der Protest gegen den Sozialabbau formieren, ist Attac von der ersten Minuten an deren Sprachrohr. Durch Kongresse und neue Zeitschriften ist seit 2003 auch die Umweltbewegung auf dem Weg in den Hafen „Attac".

Bis 1.7.: Ab 3 Stück je 11 €, ab 20 St. 8 €.

Zweifelsfrei: Der Medien-Hype um Attac hat politischen Protesten mehr öffentliche Wahrnehmung gebracht. Konkrete Forderungen wie die Tobin Tax oder das Ende des Irakkrieges wurden populär. Fraglich aber bleibt, was durch diese Popularität erreicht wurde. Hat Attac den politischen Protest gestärkt? Oder ist der Aufbau einer professionellen Kampagnen-NGO einer der Gründe, warum in Deutschland vielfältige Basisbewegungen wie in Spanien, Italien und anderen Ländern immer noch fehlen? Sind die großen Demonstrationen gegen Kriege oder Sozialabbau ein Erfolg oder mehr ein Grund dafür, dass konkreter, alltäglicher Widerstand kaum stattfindet?

Wer steckt hinter Attac? Wer verfolgte mit der Gründung welche Ziele und wie haben sich diese durch den Erfolg der NGO gewandelt? Das Buch liefert präzise Informationen über die Gründung und Entwicklung von Attac, die Ideologie und die Strukturen, die gegenüber den konventionellen Verbandsformen bisheriger NGOs eine erhebliche Effizienzsteigerung brachten. Hunderte von Quellen wurden ausgewertet, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Der fällt sehr kritisch aus – und dennoch stellt das Buch klar, dass Attac ein vielfältiges Projekt ist. Die ideologische Verengung in den Führungskadern des NGOs verbindet sich mit teilweise kreativ-spritzigen Aktionsmethoden in den Basisgruppen. Die Kritik an Attac ist daher verbunden mit perspektivischen Entwürfen, wie eine Weiterentwicklung gerade der an der Basis und in Arbeitsgruppen teilweise spannenden Organisation hin in eine handlungsfähige, vielfältige und horizontal vernetzte, offenen Basisbewegung möglich ist. Insofern ist das Buch scharfe Kritik und Perspektive in einem.

Mitwirkende am Buch waren AkteurInnen aus den Basisgruppen in Göttingen, Marburg und Giessen, darunter auch Aktive in Attac-Ortsgruppen.



FreiRäume sichern!

„Neulich traf ich Elli und Sven wieder, weißt Du? Die beiden aus dem besetzten Haus in der Crelonstrasse. Die wohnen jetzt zu zweit und haben ein süßes Töchterchen. Die haben ihr Haus total schön umgebaut, ich hab Fotos gesehen. Im Flur, wo sie früher zu fünft hausten, haben sie sich jetzt zu dritt eingerichtet, eben als Familie. Elli geht morgens immer zur Arbeit, Sven hat es nicht geschafft, seine Ausbildung zuende zu machen. Unten, wo früher die Kneipe war, ist jetzt eine wunderschönes Lesezimmer und eine Sauna. Sieht richtig schnieke aus, aber das benutzen jetzt ja auch nur noch die fünf Familien, die im Haus wohnen". Vorhang. Applaus. Angekommen in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Anspruch, anders zu leben, offene Räume zu schaffen, Gegengesellschaft aufzubauen ist zerstoben in nervenzerreibenden Debatten um den Dreck der Punkrockkonzerte und welche Nationalfahnen cool sind. Am Ende musste der Vereinsvorstand per Beschluss entscheiden und die, die bleiben durften, haben alle ihren Weg in die Normalität gefunden. Das Haus ist jetzt zwar nicht mehr umkämpft zwischen der Wohnbaugesellschaft und den BewohnerInnen, aber dafür auch nicht mehr als offener Raum zu nutzen. Wer was Offenes sucht, muss Hausordnungen der staatlichen Zentren akzeptieren oder neue Häuser besetzen, renovieren und dann vielleicht nach der Legalisierung Stück für Stück wieder selbst zerstören, privatisieren und dem Offenen entziehen.

Nur ein kleiner Teil alternativer Projekte scheitert am Konflikt mit dem Staat. Die meisten scheitern an sich selbst. Das hat zwar viel mit der Zurichtung der Menschen zu tun, durch die Mackerigkeit, Dominanzgehabe oder Unterwürfigkeit, der Hang zur Akzeptanz geltender Gesetze und Normen sowie die Ängste vor der Übermacht von Repression, sozialem Umfeld oder dem blanken Kampf ums materielle Überleben in jedes Projekt geschleppt wird. Allerdings fehlt meist auch ein kreativer Umgang damit, der Wille, alles anders und besser zu machen plus einem gemeinsamen Verein, wo „doch der Vorstand nur formal da ist", reicht den meisten schon. Andere fangen schon schwach an und reden mit großen Worten über ihr autonomes Zentrum, was bei näherem Hinsehen eine städtische Einrichtung ist, wo nur der Jugendpfleger ein bisschen kumpeliger drauf ist. Und wo doch mal mehr Freiheit erkämpft werden kann, verregeln die BewohnerInnen oder NutzerInnen ihr Haus meist selbst: Schlüsselgewalt für die Räume, Passwörter an den Computern, säuberlich getrenntes Eigentum ... die Chefs haben gewechselt und tragen jetzt schwarz anstatt grün.

FreiRäume schaffen und sichern!

Der Republik quadratmeterweise die Wirkungsmöglichkeiten entziehen, ist eine Strategie politischer Verständigkeit und der Organisierung von mehr eigenen Handlungsmöglichkeiten gleichzeitig. Jedes Nest braucht solch einen Freiraum, offen, unkontrolliert. Es gibt Beispiele, wo Experimente über das Übliche hinausgehen. Die meisten davon liegen außerhalb Deutschlands. Offenbar ist in diesem Lande die Bewegung so bürokratisch wie der Staat. Mit subversiven Ideen der Sicherung von Eigentumsliquidierung versuchen Projekte sich Handlungsspielräume zu verschaffen. Es lohnt sich, diese Ideen anzusehen und eigene zu entwickeln. Zwei seien genannt, beide können angesprochen werden und helfen bei neuen Projekten:

Projekte

- Mietshäuser-Syndikat mit Sitz in Freiburg: Viele Häuser, durch interessante GmbH-Konstruktionen gesichert. Schwerpunkt auf Wohnprojekte. www.syndikat.org.
- Stiftung FreiRäume: Neu gegründet, soll Grundeigentum neutralisieren und dabei vor allem öffentliche Räume sichern nach außen und innen. Vorbild ist die Projektwerkstatt in Saasen, deren Konstruktion damit „exportiert" werden kann, je nach Ort abgewandelt. www.stiftung-freiraeume.de.vu.

Kontakt:

Stiftung FreiRäume, c/o Projektwerkstatt, Tel. 06401/903283.

Reclaim your life!

Projektwerkstatt in Saasen

Projekte und Aktionen sind das Herzstück der Projektwerkstatt. Dafür sind die Räume und auch das Tagungshaus geschaffen. Neben den politischen Gruppen, Projekten usw., die z.B. für ein Wochenende oder eine Woche im Tagungshaus unterkommen und die Projektarbeitsräume nutzen, laufen rund um das Haus auch ständig Projekte. Vielfach sind es Kooperationen mit teilweise vielen anderen Gruppen regional, überregional und international.

Alle Projekte treten unter ihrem Namen auf, niemand kann sich „Projektwerkstatt" nennen. Dafür sind aber auch alle Projekte in ihren Entscheidungen autonom. Hierarchien lehnen wir ab – Vorstände, Plena, Delegiertentreffen oder anders betitelte Zentralgremien gibt es nicht, statt dessen ist das ganze Haus so aufgebaut, daß Informationsflüsse über direktes Begegnen, Infowände usw. läuft. Es gibt nämlich keine getrennten Büros, sondern alles ist allen zugänglich. Ob Bücher oder Computer, alles wird gemeinsam genutzt und weiterentwickelt (oder auch mal nicht ...). Beispiele für aktuell laufende Projekte sind in dieser Zeitung viele zu finden.

Das Haus

Das gesamte Haus ist fast unüberschaubar – überall gibt es Ecken und Winkel, und überall tun sich neue Möglichkeiten auf. Teile der Archive, dann wieder eine Sitzecke mit Computer, Ausstellungen, Pinnwände, ein großer Raum für Vorträge oder Filme, dann eine gemütliche Hängematten-Sitzecke oder eine mit Videorekorder, ein schallgeschützter Probe- und Partyraum und vieles mehr. Diese Vielfalt kommt allen Treffen, aber vor allem solchen Projekttreffen und Seminaren zugute, bei denen Dominanzabbau zählt. Eine kurze Übersicht über das Haus kann einen Eindruck vermitteln.

Besondere Räume gibt es zu Utopien und visionärer Gesellschaft: Archive zu Themen wie Utopien, Direkte Aktionen, LadenSchluss, der politische „Umsonstmarkt" (www.projektwerkstatt.de/ladenschluss), Orientierung des ganzen Hauses an kreativen Gruppenprozessen (Raumgestaltung usw. für Open Space und Ähnliches)

Projektarbeitsräume

Biologisches Labor (Siebe, Lupen, Mikroskope, Photometer usw.), Layoutwerkstatt (DTP-Computer, Bilder-/Fotoarchive, Zeichentisch), Internetzugänge und Internetprogrammierung, Fotolabor (schwarz-weiß), Heimwerkstatt, Party- und Proberaum (schallgeschützt), Gruppenräume und viele kleine Sitzecken (z.T. mit technischer Ausstattung, großer Seminarraum mit Projektoren, Direct-Action-Archiv und Aktionsraum.

Archive und Bibliotheken

Umweltschutz (Landschaft, Energie, Müll, Gentechnik usw.), Eine-Welt, Globalisierung, Neoliberalismus, Antifa, Antirassismus, Antinationalismus, Rechte Ideologie/Neue Rechte, Gender/Antisexismus, Pädagogik, Bildungsarbeit, Filz im Naturschutz (Umweltschutz, Staat und Konzerne, rechte Ökologie usw.), Esoterik, Ökofaschismus, Kinderbücherei, Direkte Aktionen/Widerstand (u.a. zu Köln 99, n30-Global-Action-Day/Seattle, Expo-Widerstand, Prag 2000, Gratiszug Bonn-Genua, Weihnix 24.12.01, Anti-NATO München, Atomforum, Castor usw.), Gruppenmethoden, Organisationsformen, Medienarbeit, Finanzierung usw.

Tagungshaus

3 Bettenräume mit 21 Betten (zusätzlich Matratzen, Isomatten möglich), großer Tagungsraum und mehrere Kleingruppenräume, Gruppenküche und Sanitäranlagen. ReferentInnenvermittlung zu verschiedenen Themen sowie Einführung und Unterstützung für Kreativmethoden und Entscheidungsfindung von unten (Fish Bowl, Open Space) sind möglich (siehe S. 7).

www.projektwerkstatt.de/saasen.

Stiftung FreiRäume

www.stiftung-freiraeume.de.vu

Projekte, die Lust haben, ihren öffentlichen Raum zu sichern, können die Stiftung „nutzen". Um FreiRäume auch darüber hinaus unterstützen zu können, freuen wir uns über Spenden und Zustiftungen. Beide sind steuerlich absetzbar. Wer Häuser an die Stiftung gibt oder vererbt, stellt damit sicher, dass nicht Profitinteressen, sondern vielfältige Nutzungen im Haus verwirklicht werden.

Konto-Nr. 600 46, Raiffeisenbank Aulatal (BLZ 532 617 00)